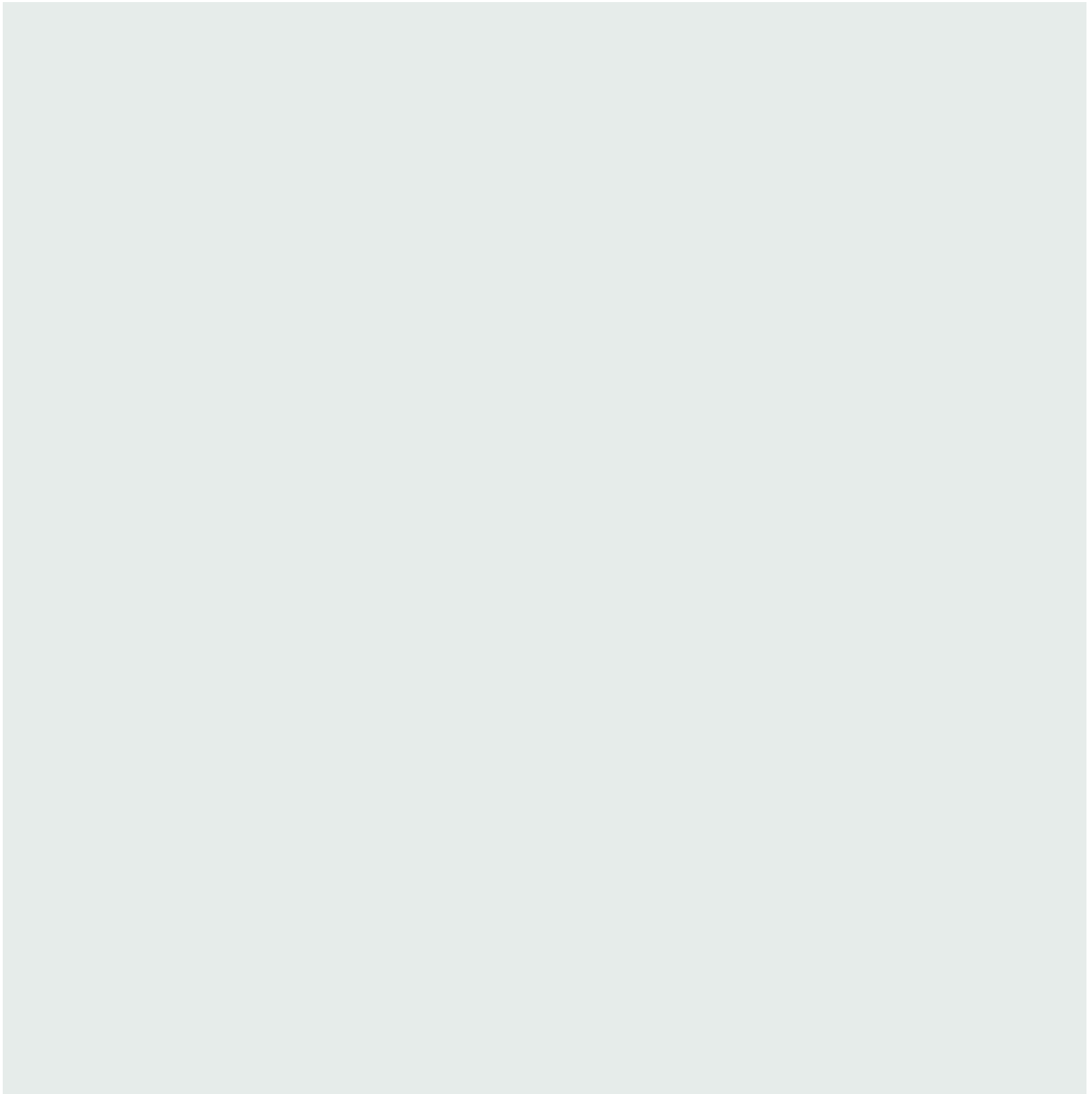




Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank AG
Finanzbericht 2015



FINANZBERICHT 2015

003

AN DIE AKTIONÄRE

039

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

093

ABSCHLUSS

099

ANHANG

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	008
Corporate-Governance-Bericht	010
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	019
Vergütungsbericht	022
Bericht des Aufsichtsrats	032

Zusammengefasster Lagebericht 039

Grundlagen des Konzerns	040
Wirtschaftsbericht	045
Geschäftsentwicklung	048
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	060
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	063
Risikobericht	067

Abschluss 093

HGB-Bilanz	094
Gewinn- und Verlustrechnung	096

Anhang 099

Mandate der Organmitglieder	118
Gewinnverwendungsvorschlag	120
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	121
Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a KWG Offenlegung durch die Institute	122
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	124

AN DIE AKTIONÄRE

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	017
Vergütungsbericht	020
Bericht des Aufsichtsrats	030

Aktionärsbrief

*Ihre geehrten Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie unsere OLB als Aktionäre und Freunde verbunden sind!*



Die Konjunkturdaten des Jahres 2015 zeichneten ein durchaus solides Bild der deutschen Wirtschaft. Im Umfeld gesunkener Energiekosten, sehr niedriger Zinsen und hoher Beschäftigung wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 1,7%. Der Konsum erwies sich wieder als konjunkturelle Stütze, ebenso konnte der Export ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion kräftig zulegen. Im Nordwesten zeigte sich die Mehrheit der Unternehmen mit dem Jahresverlauf zufrieden. Dennoch schauten die Wirtschaftsakteure Ende 2015 zurückhaltender in die Zukunft als noch zu Beginn des vergangenen Jahres. In dieser Skepsis spiegeln sich auch in der Region die Unsicherheiten mit Blick auf die weltweiten geopolitischen Krisen, die wirtschaftliche Abkühlung in China oder über die Bewältigung der Flüchtlingskrise wider. Gleich zu Beginn des Jahres 2016 sorgten diese Einflüsse für deutliche Kursrückgänge an den Aktienbörsen.

Das Bankenumfeld bleibt stark geprägt vom Niedrigzinsumfeld sowie dem sich verändernden Kundenverhalten, der Digitalisierung und einem intensiven Wettbewerb. Steigenden Kosten für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen sowie Investitionen in die Modernisierung und Maßnahmen zur Stärkung von Eigenkapital und Liquidität steht eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenüber. Diese verschärft sich noch durch die überaus expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Es ist davon auszugehen, dass die Niedrigzinsphase über die kommenden Jahre Bestand haben wird.

Das im Vorjahr gesteckte Ziel der Ergebnisverbesserung hat Ihre OLB in diesem herausfordernden Marktumfeld erreicht. Gegenüber 2014 konnten wir das Ergebnis vor Steuern nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) um etwa ein Drittel auf 46,1 Mio. Euro steigern, wobei wir auch von einem Sonderertrag aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister profitierten. Die Ergebnisentwicklung ist vor allem angesichts der Tatsache positiv, dass sich die gesamte Finanzwirtschaft seit Jahren im strukturellen Wandel befindet und sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2015 sehr anspruchsvoll zeigten.

Für uns bleibt besonders wichtig, das Wachstum unserer Firmen- und Privatkunden in der Region auch bei weiter steigenden regulatorischen Eigenkapitalanforderungen eng begleiten zu können. Dafür müssen wir unsere Substanz durch Gewinnthesaurierung weiter stärken. Deshalb schlugen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vor, einen Großteil des Bilanzgewinns gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) in Höhe von insgesamt 18,8 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Parallel wollen wir Sie, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, wie im Vorjahr mit einer Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie an der positiven Geschäftsentwicklung beteiligen.

Auch im Jahr 2015 waren wir zuverlässiger Mittelstandsfinanzierer und zeigten unsere hohe Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit und das Wachstum in unserer Region. Das Kundenkreditvolumen lag mit 10,2 Mrd. Euro dennoch leicht unter Vorjahresniveau. Dies erklärt sich im Wesentlichen mit der Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, deren Ergebnis nicht mehr ins Geschäftsjahr 2015 einfluss.

Unsere Ertragslage im operativen Geschäft hat sich trotz des unverändert soliden Kundengeschäfts aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Das Zinsniveau ging weiter zurück. Dies spüren wir im Zinsbeitrag aus dem Kundengeschäft. Aufgrund des Sonderertrags konnten wir insgesamt dennoch eine Steigerung des Zinsüberschusses um 1,9 Mio. Euro auf 239,1 Mio. Euro erzielen.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich auf 66,9 Mio. Euro (Vorjahr: 70,9 Mio. Euro). Wesentlich hierfür war der Verkauf der Münsterländische Bank Thie & Co. KG. In der Regionalbank entwickelte sich das Provisionsgeschäft gut. Im Versicherungs-, Bauspar- und Immobiliengeschäft konnten wir unser Provisionsergebnis verbessern (+ 3,1 % gegenüber Vorjahr). Vor allem das erfolgreiche Wertpapiergeschäft war ausschlaggebend für die leichte Steigerung des Provisionsüberschusses und der sonstigen Erträge in unserem strategischen Wachstumsfeld Private Banking & Freie Berufe um 6,2 %.

Auch in der Vermögensverwaltung bewährte sich die Spezialisierung unserer Kundenbetreuer: Hier konnte das Mandatsgeschäft kontinuierlich ausgebaut werden, die Mittelzuflüsse entwickelten sich mit einem Zuwachs um 32,2 % gegenüber Vorjahr sehr positiv.

Angesichts des Margen- und Ertragsdrucks ist für uns konsequentes Kostenmanagement zentral. Im Wesentlichen durch Kostenentlastungen aus Effizienzsteigerungen und der Entkonsolidierung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG konnten ansteigende Aufwendungen für eine erhöhte Bankenabgabe, höhere Beiträge zur gesetzlichen Einlagensicherung und Tarifierhöhungen im Personalbereich mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt ging der Verwaltungsaufwand gegenüber Vorjahr um 10,7 Mio. Euro zurück. Der laufende Personalaufwand reduzierte sich auf 143,7 Mio. Euro (Vorjahr: 153,5 Mio. Euro). Der Sachaufwand verringerte sich trotz Modernisierungsinvestitionen in Filialen und in die weitere Digitalisierung der Bank auf 83,5 Mio. Euro (Vorjahr: 84,4 Mio. Euro).

Ein stabiler Verlauf der Konjunktur sorgte in der Breite unseres Kundenkreditportfolios für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Der deutlich geringere Risikoversorgeaufwand im Schiffsportfolio führte zu einer Verringerung der Risikoversorge um 7 % auf 36,3 Mio. Euro.

Unsere Bilanzsumme belief sich auf 13,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 14,1 Mrd. Euro). Das Kernkapital erhöhte sich im Wesentlichen durch die Thesaurierung des Bilanzgewinns aus dem Vorjahr, die Kernkapitalquote stieg von 10,3 auf 10,8 %. Mit dieser soliden Kapitalbasis werden wir auch künftig das Wachstum unserer Firmen- und Privatkunden in der Region eng begleiten und regulatorische Vorgaben erfüllen.

Die Beziehungen zwischen Kunden und ihrer Bank wandeln sich dynamisch. Die Bedürfnisse der Kunden an Beratung zu komplexen Themen in der Filiale steigen, zudem nimmt der Wunsch zu, Bankgeschäfte online und mobil erledigen zu können.

Unser Zukunftsprogramm „OLB 2019“ ist unsere Antwort auf die herausfordernden Rahmenbedingungen, die uns wie die gesamte Bankenbranche bewegen. Mit dem Zukunftsprogramm und Investitionen in Höhe von 30 Mio. Euro wollen wir bis zu unserem 150. Jubiläum in drei Jahren trotz des Niedrigzinsumfelds unseren Ertrag steigern und unsere Kosten senken. Die Beratungskompetenz und Spezialisierung unserer Kundenbetreuer entwickeln wir weiter und stärken parallel unsere digitale Kompetenz. Es kommt entscheidend darauf an, dass wir immer eine hohe Qualität in der Beratung gewährleisten und zugleich in allen Bereichen schneller, verständlicher und digitaler werden. Daher setzen wir auf neue Online-Beratungselemente und -produkte ebenso wie auf die durchgängige Digitalisierung von Abläufen und darauf, die Erreichbarkeit auf allen Kanälen sicherzustellen: Filiale, Internet und Telefonie. Unser Standortnetz werden wir im Zuge dieser Entwicklung weiter differenzieren und modernisieren. Einen besonderen Wachstumsschwerpunkt legen wir auf das Geschäft mit Firmen- und gehobenen Privatkunden. Hierbei nutzen wir intensiv die weltweite Kapitalmarktexpertise der Allianz Gruppe.

Geschäftsabläufe werden im Rahmen des Zukunftsprogramms verschlankt, Komplexitäten reduziert und Kosten gesenkt. Über einen Zeitraum bis 2019 werden 280 Arbeitsplätze abgebaut. Um die sozialverträgliche Umsetzung zu gewährleisten, ist im Geschäftsjahr 2015 ein Restrukturierungsaufwand in Höhe von 7,0 Mio. Euro gebucht worden.

Auch angesichts des im vergangenen Jahr ausgeschütteten Sonderertrags erwarten wir für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt einen leichten Rückgang des Ergebnisses vor Steuern gegenüber 2015. Wir planen im Einzelnen mit leicht steigenden Erträgen aus dem operativen Geschäft, stabilen Verwaltungsaufwendungen und einer konservativen Risikovorsorge.

Mit unserem Zukunftsprogramm „OLB 2019“ arbeiten wir intensiv daran, unsere Profitabilität zu stärken und auch dem Aktienkurs wieder Auftrieb zu geben.



Patrick Tessmann

Vorsitzender des Vorstands

Die Aktie

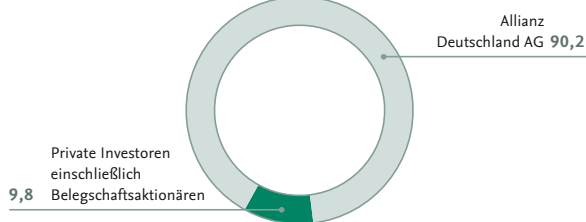
Entwicklung der OLB-Aktie

Der Deutsche Aktienindex (DAX) zeigte im Jahr 2015 einen sehr volatilen Verlauf. Ausgehend von einem Niveau zu Jahresbeginn unterhalb von 10.000 Punkten stieg der DAX nach Ankündigung des umfangreichen Anleihen-Ankaufprogramms der EZB kontinuierlich an und erreichte im April mit 12.374 Punkten ein neues Allzeithoch. Bis September büßte der Index jedoch fast ein Viertel dieses Werts wieder ein, als er auf dem Jahrestief von 9.427 Punkten notierte. Bis Jahresende erholte sich der DAX wieder und schloss das Jahr mit einem Plus von 10 % bei 10.743 Punkten ab. Unsicherheiten über die chinesische Wirtschaftslage, mögliche Auswirkungen auf die Weltkonjunktur und der Ölpreisverfall setzten die Börsen gleich zu Beginn des neuen Jahres 2016 zunächst unter Druck, bis sich im März wieder erste Beruhigungstendenzen zeigten, die insbesondere auf weitere geldpolitische Lockerungen der Europäischen Zentralbank zurückzuführen waren.

Im Umfeld niedriger Zinsen, volatiler Kapitalmärkte und zunehmender regulatorischer Anforderungen wiesen Bankaktien auch im vergangenen Jahr eine im Durchschnitt rückläufige Kursentwicklung auf. Der Branchenindex Composite DAX (CDAX) Banken lag am Ende des Börsenjahres 2015 knapp 8,4 % unter dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB bewegte sich 2015 an der Börse Hamburg zwischen 17,01 Euro und 20,35 Euro und notierte am Jahresende mit 17,60 Euro 7,4 % unter dem Wert zu Jahresbeginn. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde die Aktie dort für 14,20 Euro gehandelt (Stand: 18. März 2016).

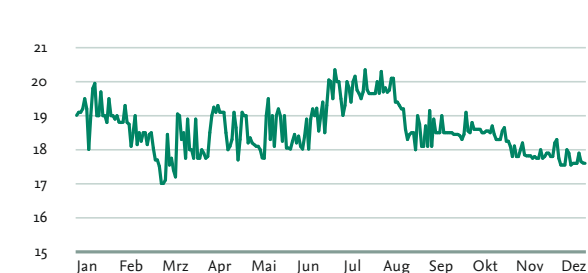
Aktionärsstruktur

in %



Wertentwicklung der OLB-Aktie 2015

in Euro



Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand: 31. Dezember 2015). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin, Hamburg und Hannover im regulierten Markt sowie in Düsseldorf und Frankfurt im Freiverkehr gehandelt. Mit 175,7 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2015 über dem Niveau des Vorjahres (133,2 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse in Hamburg, gefolgt von der Börse in Frankfurt. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von gut 330 Mio. Euro (Stand: 18. März 2016).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen.

Finanzkalender

2016

Bilanz-Presskonferenz Geschäftsjahr 2015	18. März 2016
Veröffentlichung Finanzbericht 2015 AG & Finanzbericht 2015 Konzern im Internet	30. März 2016
Hauptversammlung (Oldenburg)	11. Mai 2016
Zwischenbericht per 30.06.2016	12. August 2016

Stammdaten

2016

Wertpapierkennnummer (WKN)	808 600
International Securities Identification Number (ISIN)	DE0008086000
Aktienart	Inhaberaktien
Stückelung	nennwertlose Stückaktien
Börsennotierung	Berlin, Hamburg und Hannover (regulierter Markt) Düsseldorf und Frankfurt (im Freiverkehr)
Anzahl der Aktien	23.257.143
Marktkapitalisierung per 18.03.2016	330,3 Mio. Euro

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Kunden, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) gilt in der Fassung vom 5. Mai 2015. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz (AktG) sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2015 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der [Erklärung zur Unternehmensführung](#).

 siehe Seite 019

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Ferner hat er für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen zu sorgen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder sowie eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand werden durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern, darunter eine Frau. Der Vorstand ist gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands wird mindestens einmal jährlich einer Bewertung durch den Aufsichtsrat unterzogen. Der Aufsichtsrat bewertet auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie des Vorstands in seiner Gesamtheit und überprüft die Sachkunde und Zuverlässigkeit der Vorstandsmitglieder.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzenden bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordination innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch Limite und Berichtspflichten zur Begrenzung des Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisikos sowie des operativen Risikos enthalten. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury-/Eigenbestandslinien.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. AktG, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz (KWG), der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 HGB.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Alle Geschäfte zwischen Unternehmen des Allianz Konzerns einerseits und Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben üblichen Drittkonditionen zu entsprechen. Bei Geschäften zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und Vorstandsmitgliedern vertritt der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss des Aufsichtsrats die Gesellschaft. Wesentliche Geschäfte zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und einem Vorstandsmitglied nahestehenden Personen oder Unternehmungen bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses des Aufsichtsrats.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt.

 siehe Seite 022 ff.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern. Er muss sich zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen (gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz [AktG]); diese Mindestquoten sind bei erforderlich werdenden Neuwahlen ab dem 1. Januar 2016 zur Besetzung einzelner oder mehrerer Aufsichtsratssitze zu beachten. Gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) besteht der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht, den Abhängigkeitsbericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns. Er erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von besonderer Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat nimmt mindestens einmal jährlich eine Bewertung seiner Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung vor. Er bewertet auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen seiner Mitglieder sowie des Gremiums in seiner Gesamtheit und überprüft die Sachkunde und Zuverlässigkeit der Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus prüft der Aufsichtsrat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Mögliche Verbesserungsmaßnahmen werden im Plenum diskutiert und gegebenenfalls beschlossen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Gemäß Ziffer 5.4.1 des DCGK sowie in Erfüllung von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG hat der Aufsichtsrat folgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
 - unternehmerische Erfahrung,
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts,
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat,
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren und der Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer von 15 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom DCGK empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit, den für die Ausübung der Aufsichtsrats Tätigkeit zu erwartenden Zeitaufwand aufzubringen.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des DCGK sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Mindestens 30 % Frauen und mindestens 30 % Männer (ab dem 1. Januar 2016 geltende gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Abs. 2 Satz 1 AktG). Der Aufsichtsrat macht sich die gesetzliche Geschlechterquote auch als Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Sinne von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG zu eigen.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist in nachstehender Tabelle dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht obigem Anforderungsprofil. Die ab dem 1. Januar 2016 geltende gesetzliche Geschlechterquote ist bereits erfüllt, da dem Aufsichtsrat in seiner aktuellen Zusammensetzung (31. Dezember 2015) vier Frauen und acht Männer angehören. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden die oben genannten Ziele und gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

Mitglieder des Aufsichtsrats (Stand: 31. Dezember 2015) einschließlich Geburtsjahr und Mandatsbeginn:

Name	Geburtsjahr	Mandatsbeginn
Rainer Schwarz (Vorsitzender)	1952	27.05.2010
Uwe Schröder (stv. Vorsitzender)	1955	30.05.2000
Prof. Dr. Werner Brinker	1952	25.05.2004
Prof. Dr. Andreas Georgi	1957	26.09.2000 – 25.05.2004 23.05.2006
Svenja-Marie Gnida	1983	05.06.2013
Dr. Peter Hemeling	1955	01.10.2015
Stefan Lübbe	1963	11.03.2004
Prof. Dr. Petra Pohlmann	1961	05.06.2013
Horst Reglin	1956	27.05.2008
Carl-Ulfert Stegmann	1969	05.06.2013
Gabriele Timpe	1967	05.06.2013
Christine de Vries	1973	05.06.2013

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat folgende Ausschüsse gebildet: einen Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 MitbestG. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses muss über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und

Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Oldenburgische Landesbank AG.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss soll mit dem Risikoausschuss zusammenarbeiten und sich intern beispielsweise durch das Risikocontrolling und extern von Personen beraten lassen, die unabhängig vom Vorstand sind. Vorstandsmitglieder dürfen nicht an Sitzungen des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses teilnehmen, bei denen über ihre eigene Vergütung beraten wird. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er von der Oldenburgische Landesbank AG angemessene Finanzmittel erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und bei den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten Auskünfte einholen. Der Vorstand muss hierüber unterrichtet werden.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zudem unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und spricht diesbezüglich Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat aus. Entsprechendes gilt auch für die Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit sowie für die Überprüfung der Sachkunde und Zuverlässigkeit der Vorstandsmitglieder. Des Weiteren überprüft er die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und gibt diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ab. Zu seinen Aufgaben gehört ferner die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, und insbesondere der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Oldenburgische Landesbank AG haben. Er überwacht, ob die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ordnungsgemäß einbezogen wurden, und bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement. Zu den Aufgaben des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Vorratsbeschlüssen über die Gewährung von Organkrediten an natürliche Personen sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision, dem Leiter von Compliance und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten. Der Risikoausschuss kann, soweit erforderlich, den Rat externer Sachverständiger einholen; er bestimmt auch Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen, anhand derer der Vorstand zum Thema Strategie und Risiko zu berichten hat.

Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene der OLB. Darüber hinaus befasst sich dieser Ausschuss mit der Risikosituation der Bank und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems

sowie besondere Risikoentwicklungen. Der Risikoausschuss überwacht zudem, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur gestaltet werden können. Er überprüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Ferner erteilt er die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf, darunter auch Organkredite an Unternehmen nach § 15 KWG. Schließlich erteilt der Risikoausschuss die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Der Aufsichtsratsvorsitzende soll nicht den Vorsitz im Prüfungsausschuss innehaben. Der Vorsitzende des Ausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Sofern der Vorsitzende nicht als unabhängig im Sinne der §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG anzusehen ist, muss dem Prüfungsausschuss noch mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi als Vorsitzender des Prüfungsausschusses unabhängig ist und den erforderlichen Sachverstand besitzt. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision, beim Leiter von Compliance und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Kontroll-, des internen Revisions- sowie Compliancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen, sowie die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Zudem erörtert er den Halbjahresfinanzbericht vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 AktG und der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats-tätigkeit sowie für die Genehmigung des Investitionsplans.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Nominierungsausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er angemessene Finanzmittel erhalten. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu ermitteln und dabei unter anderem auf die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

Der Nominierungsausschuss erarbeitet eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Er bereitet die Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrats vor und gibt diesbezügliche Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ab. Entsprechendes gilt für die Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrats in seiner Gesamtheit sowie für die Überprüfung der Sachkunde und Zuverlässigkeit der Aufsichtsratsmitglieder.

Der gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildende *Vermittlungsausschuss* hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenium Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Dr. Peter Hemeling
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Christine de Vries

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Svenja-Marie Gnida
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz
- Carl-Ulfert Stegmann

Prüfungsausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Stefan Lübbe
- Prof. Dr. Petra Pohlmann
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Nominierungsausschuss

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Werner Brinker
- Dr. Peter Hemeling

Vermittlungsausschuss

(§ 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG))

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Uwe Schröder
- Gaby Timpe

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2015 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der [Bericht des Aufsichtsrats](#).



siehe Seite 032 ff.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen und Zwischenabschlüssen informiert. Bei der Erstellung der Abschlüsse werden die nach nationalen Vorschriften vorgeschriebenen Rechnungslegungsprinzipien berücksichtigt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

 siehe Seite 009

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem **Finanzkalender**, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors’ Dealings“)

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie für sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben besteht diese Pflicht auch für Personen, die mit Personen mit Führungsaufgaben in einer engen Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2015 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 1 und 2 HGB

Entsprechenserklärung zum DCGK

§ 161 AktG verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich eine Entsprechenserklärung zu den im DCGK enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind im Sinne eines „comply or explain“ offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2015 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum DCGK abgegeben. Danach hat die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des DCGK seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2015 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ gemäß § 161 AktG

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 5. Mai 2015 und wird ihnen auch künftig entsprechen.
2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 hat die Oldenburgische Landesbank AG sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 24. Juni 2014 entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Patrick Tessmann
gez. Karin Katerbau

Für den Aufsichtsrat:
gez. Rainer Schwarz“

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2015 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des DCGK.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität des Unternehmens. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden, Aktionäre und des Unternehmens einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz unterstützt mit eigenen Initiativen das UN Global Compact Programm und erkennt die Richtlinie der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) für multinationale Unternehmen an. Dadurch soll Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft integriert werden. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen Generalsekretärs der United Nations (UN), Kofi Annan, und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Bank für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der OLB festgelegten Verhaltensgrundsätze setzen diese Prinzipien um und bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Hierdurch sollen den Mitarbeitern Leitlinien gegeben werden, die ihr tägliches Denken und Handeln bestimmen. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex der Oldenburgische Landesbank AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft im Bereich „Investor Relations“ veröffentlicht und orientiert sich am Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

 siehe Seiten 010 ff.

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im [Corporate-Governance-Bericht](#) beschrieben.

 siehe Seiten 022 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt. Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats findet sich im Corporate-Governance-Bericht.

 siehe Seiten 014 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats wird im [Corporate-Governance-Bericht](#) beschrieben. Der Vorstand hat auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

Zielgrößen für den Frauenanteil im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die OLB nachstehende Zielgrößen für den Frauenanteil im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands festgelegt. Als Frist für die Erreichung aller Zielgrößen wurde einheitlich der 30. Juni 2017 festgesetzt. Eine Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat musste gemäß § 111 Absatz 5 Satz 5 AktG nicht festgelegt werden, weil für den Aufsichtsrat ab dem 1. Januar 2016 die gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Absatz 2 Satz 1 AktG gilt.

- Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand beträgt 25 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 25 %). Da von Gesetzes wegen keine längere Umsetzungsfrist als bis zum 30. Juni 2017 festgelegt werden konnte und aktuell mit keinen Veränderungen zu rechnen ist, orientiert sich der Zielwert am Status quo.
- Die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 20 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 14 %).
- Die Zielgröße für den Frauenanteil in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 20 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 13 %).

Der Bank geht es dabei nicht allein um die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, denn die OLB kann unternehmerisch langfristig nur erfolgreich sein, wenn Frauen gleichberechtigt gefördert und leistungsbezogen in Führungspositionen eingesetzt werden. Die Oldenburgische Landesbank AG hat sich schon frühzeitig zur Förderung der Vielfalt im Unternehmen verpflichtet. Es wurden bereits entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, Personal-Prozesse danach ausgerichtet und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Neben Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reichen diese von Personalförderprogrammen über gezielte Vorbereitungen auf künftige Aufgaben bis hin zum Mentoring für angehende Führungskräfte, in denen die Teilnehmer vom Erfahrungsschatz langjähriger (auch weiblicher) Führungskräfte profitieren können.

Gesetzliche Geschlechterquote für den Aufsichtsrat

Gemäß § 96 Absatz 2 Satz 1 AktG muss sich der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG ab dem 1. Januar 2016 zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen. Diese gesetzliche Geschlechterquote wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 erfüllt, da dem Aufsichtsrat seit seiner letzten Konstituierung im Mai 2013 vier Frauen und acht Männer angehören.

Vergütungsbericht 2015

Der Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2015 erfolgt.

Für die Vorstandsvergütung sind folgende Vergütungsgrundsätze maßgeblich:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG. Sie sind so ausgestaltet, dass keine Anreize geschaffen werden, unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.
- Das Vergütungssystem unterstützt die Ziele des Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagements und wirkt auf eine strukturell konservative Risikopolitik im Unternehmen hin.

Das geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.
- b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen, die Bereitstellung von Dienstwagen sowie Aufwandsersatz für Kosten der doppelten Haushaltsführung.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus zwei Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurzfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der unternehmensbezogene und individuelle Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 150 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen. Sie darf jedoch 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich für alle Vorstandsmitglieder aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden vor Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.

- b) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (Allianz Equity Incentive = AEI) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar oder in Aktien der Allianz SE ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen. 50 % der RSU unterliegen zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien. Der Aufsichtsrat kann bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen.

Für nähere Angaben zu den RSU verweist die Bank auf die Ausführungen im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Der Aufsichtsrat hat Höchstgrenzen für die Vorstandsvergütung insgesamt sowie hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsbestandteile festgelegt. Ferner hat er Festlegungen zu dem angestrebten Versorgungsniveau für die einzelnen Vorstandsmitglieder getroffen.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersvorsorge in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2015

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 in individualisierter Form ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Nachfolgend wird die Vorstandsvergütung in der Berichtsform gemäß nationalem und internationalem Handelsrecht dargestellt und weitergeführt:

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile		Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	
	2015	465,0	99,8	164,9	164,9	894,6
Patrick Tessmann	2014	77,5	1,2	25,9	25,9	130,5
	2015	360,0	10,9	124,6	124,6	620,1
Dr. Thomas Bretzger	2014	360,0	43,6	135,5	135,5	674,6
	2015	360,0	17,3	126,6	126,6	630,5
Karin Katerbau	2014	360,0	15,2	136,0	136,0	647,2
	2015	360,0	15,1	126,3	126,3	627,7
Hilger Koenig	2014	360,0	11,5	134,5	134,5	640,5
	2015	—	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	625,0	33,9	249,2	249,2	1.157,3
	2015	—	—	—	—	—
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	360,0	11,7	141,4	141,4	654,5
	2015	1.545,0	143,1	542,4	542,4	2.772,9
Gesamtvergütung	2014	2.142,5	117,1	822,5	822,5	3.904,6

Ergänzend werden nachfolgend die Vergütungstabellen gemäß Empfehlung des DCGK dargestellt.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des DCGK – Darstellung gewährter Zuwendungen:

Gewährte Zuwendungen	Patrick Tessmann Vorstandsvorsitzender (seit 01.01.2015)				Dr. Thomas Bretzger Vorstand				Karin Katerbau Vorstand			
	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	77,5	465,0	465,0	465,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	1,2	99,8	99,8	99,8	43,6	10,9	10,9	10,9	15,2	17,3	17,3	17,3
Summe	78,7	564,8	564,8	564,8	403,6	370,9	370,9	370,9	375,2	377,3	377,3	377,3
Einjährige variable Vergütung	25,8	155,0	—	232,5	119,0	119,0	—	178,5	119,0	119,0	—	178,5
Mehrfährige variable Vergütung	25,9	164,9	—	232,5	135,5	124,6	—	178,5	136,0	126,6	—	178,5
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	25,9	—	—	—	135,5	—	—	—	136,0	—	—	—
RSU 2016 (Laufzeit 4 Jahre)	—	164,9	—	232,5	—	124,6	—	178,5	—	126,6	—	178,5
Summe	51,7	319,9	—	465,0	254,5	243,6	—	357,0	255,0	245,6	—	357,0
Versorgungsaufwand	37,0	161,8	161,8	161,8	133,3	125,3	125,3	125,3	130,5	125,2	125,2	125,2
Gesamtvergütung	167,4	1.046,5	726,6	1.191,6	791,4	739,8	496,2	853,2	760,7	748,1	502,5	859,5

Gewährte Zuwendungen	Hilger Koenig Vorstand				Dr. Achim Kassow Vorstandsvorsitzender (bis 31.12.2014)				Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)			
	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	360,0	360,0	360,0	360,0	625,0	—	—	—	360,0	—	—	—
Nebenleistungen	11,5	15,1	15,1	15,1	33,9	—	—	—	11,7	—	—	—
Summe	371,5	375,1	375,1	375,1	658,9	—	—	—	371,7	—	—	—
Einjährige variable Vergütung	119,0	119,0	—	178,5	208,0	—	—	—	119,0	—	—	—
Mehrfährige variable Vergütung	134,5	126,3	—	178,5	249,2	—	—	—	141,4	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	134,5	—	—	—	249,2	—	—	—	141,4	—	—	—
RSU 2016 (Laufzeit 4 Jahre)	—	126,3	—	178,5	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	253,5	245,3	—	357,0	457,2	—	—	—	260,4	—	—	—
Versorgungsaufwand	141,2	140,6	140,6	140,6	233,9	—	—	—	133,1	—	—	—
Gesamtvergütung	766,2	761,0	515,7	872,7	1.350,0	—	—	—	765,2	—	—	—

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des DCGK – Darstellung nach Zuflussprinzip:

Zufluss	Patrick Tessmann Vorstands- vorsitzender (seit 01.01.2015)		Dr. Thomas Bretzger Vorstand		Karin Katerbau Vorstand	
	Tsd. Euro	2015	2014	2015	2014	2015
Festvergütung	465,0	77,5	360,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	99,8	1,2	10,9	43,6	17,3	15,2
Summe	564,8	78,7	370,9	403,6	377,3	375,2
Einjährige variable Vergütung	164,9	25,9	124,6	135,5	126,6	136,0
Mehrjährige variable Vergütung	—	—	—	—	—	—
Sonstiges	—	—	—	—	—	—
Summe	164,9	25,9	124,6	135,5	126,6	136,0
Versorgungsaufwand	161,8	37,0	125,3	133,3	125,2	130,5
Gesamtvergütung	891,5	141,6	620,8	672,4	629,1	641,7

Zufluss	Hilger Koenig Vorstand		Dr. Achim Kassow Vorstands- vorsitzender (bis 31.12.2014)		Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)	
	Tsd. Euro	2015	2014	2015	2014	2015
Festvergütung	360,0	360,0	—	625,0	—	360,0
Nebenleistungen	15,1	11,5	—	33,9	—	11,7
Summe	375,1	371,5	—	658,9	—	371,7
Einjährige variable Vergütung	126,3	134,5	—	249,2	—	141,4
Mehrjährige variable Vergütung	—	—	—	—	—	—
Sonstiges	—	—	—	—	—	—
Summe	126,3	134,5	—	249,2	—	141,4
Versorgungsaufwand	140,6	141,2	—	233,9	—	133,1
Gesamtvergütung	642,0	647,2	—	1.142,0	—	646,2

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 20.992 Stück RSU. Zur Wertentwicklung der RSU verweist die Bank auf die Anhangangabe (45) zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 betrug 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 90,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 140,4 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 8,1 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,68%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 60,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 446,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 366,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,43% und 1,67%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Am 31. Dezember 2015 betrug der auf Basis der IFRS ermittelte versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2015 aktiven Vorstandsmitglieder 1.801,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.004,8 Tsd. Euro). Davon entfielen auf Herrn Tessmann 189,1 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 408,7 Tsd. Euro, Frau Katerbau 428,0 Tsd. Euro und Herrn Koenig 776,0 Tsd. Euro.

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 19,6 Mio. Euro (Vorjahr: 20,5 Mio. Euro). Der Erfüllungsbetrag für diesen Personenkreis gemäß HGB belief sich auf 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,6 Mio. Euro).

In der nachfolgenden Darstellung finden sich die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Pensionsrückstellungen, bzw. -verpflichtungen nach HGB und IFRS der in den Geschäftsjahren 2014 und 2015 aktiven Mitglieder des Vorstands:

Tsd. Euro		HGB		IFRS	
		Versorgungsaufwand	Pensionsrückstellung	Current Service Cost	Pensionsverpflichtung
	2015	155,7	185,8	161,8	189,1
Patrick Tessmann	2014	31,6	31,6	37,0	37,0
	2015	121,5	380,7	125,3	408,7
Dr. Thomas Bretzger	2014	127,7	251,9	133,3	296,0
	2015	121,0	395,2	125,2	428,0
Karin Katerbau	2014	124,5	266,3	130,5	317,6
	2015	158,5	583,5	140,6	776,0
Hilger Koenig	2014	114,4	185,8	141,2	678,7
	2015	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	224,0	637,1	233,9	782,9
	2015	—	—	—	—
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	130,5	676,1	133,1	892,6
	2015	556,7	1.545,2	552,9	1.801,8
Summe	2014	752,7	2.048,8	809,0	3.004,8

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Fixe Vergütung

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, bemisst sich das Bruttomonatsgehalt nach den Tarifgruppen gemäß jeweils aktuell geltendem Tarifvertrag. Tariflich vergütete Mitarbeiter haben zudem generell Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), die in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Mitarbeiter im außertariflichen Bereich erhalten ein individuell nach Maßgabe des übernommenen Aufgaben- und Verantwortungsbereichs vereinbartes monatliches Grundgehalt.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen
- Bausteine der betrieblichen Altersvorsorge

Variable Vergütung

Um die Mitarbeiter angemessen am Unternehmenserfolg zu beteiligen, individuelle und kollektive Arbeitsleistungen angemessen zu würdigen und das Erreichen der in der Geschäfts- und Risikostrategie der Oldenburgische Landesbank AG niedergelegten Unternehmensziele zu unterstützen, werden auch variable Vergütungskomponenten gewährt.

Um eine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung und damit Anreize zu aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht unangemessenem Verhalten zu vermeiden, ist das Vergütungssystem so ausgestaltet, dass das Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung deutlich unterhalb der gesetzlich vorgegebenen Obergrenze von 100 % liegt.

Unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank entscheidet der Vorstand jährlich über die Zahlung und die Höhe einer über die tariflich garantierten 13 Monatsgehälter hinausgehenden freiwilligen Sonderzahlung (Abschlussvergütung) für die gemäß Tarifvertrag vergüteten Mitarbeiter.

Darüber hinaus können Tarifmitarbeiter, mit Ausnahme von Auszubildenden, Provisionen durch die erfolgreiche Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Mit außertariflichen Mitarbeitern schließt die Bank jährlich eine individuelle Zielvereinbarung ab, auf deren Basis eine freiwillige erfolgsabhängige Tantieme erzielt werden kann. Die Zielerreichungsbandbreiten betragen 70–120 %, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht, bzw. für Mitarbeiter der zweiten Führungsebene 60–140 % bezogen auf einen individuell festgelegten Zielbonus. Mit Ausnahme der Mitarbeiter der zweiten Führungsebene können auch die außertariflich bezahlten Mitarbeiter Provisionen durch die erfolgreiche Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Euro	Gesamtvergütung 2015			
	fix	variabel ¹	Mitarbeiter ^{2,3}	Summe
Oldenburgische Landesbank AG	100.555.865	10.788.353	2.590	111.344.218
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank-Konzern	100.555.865	10.788.353	2.590	111.344.218

¹ Einschließlich Provisionen

² Die Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Institutsvergütungsordnung (InstitutsVergV) enthält alle Leistungsempfänger inklusive Auszubildenden, Aushilfen und Praktikanten.

³ Die Anzahl für 2015 enthält Mitarbeiter des durch Anwachung verschmolzenen Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratsstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Jedes Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontroll-, des Risiko- sowie des Prüfungsausschusses erhält eine zusätzliche jährliche Vergütung in Höhe von 15.000 Euro, jedes Mitglied des Nominierungsausschusses eine solche in Höhe von 7.500 Euro. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Vergütung bei unterjährigem Ein- oder Austritt

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahrs dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit ein Zwölftel der Vergütung. Dies gilt entsprechend für Mitgliedschaften in Aufsichtsratsausschüssen.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Euro		Festvergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt- vergütung
	2015	62.500	58.125	3.500	124.125
Rainer Schwarz, Vorsitzender (seit 01.10.2015)	2014	50.000	52.500	3.000	105.500
	2015	—	—	—	—
Andree Moschner ¹ , Vorsitzender (bis 30.09.2015)	2014	—	—	—	—
	2015	75.000	30.000	3.500	108.500
Uwe Schröder, stellv. Vorsitzender	2014	75.000	30.000	3.000	108.000
	2015	50.000	7.500	2.000	59.500
Prof. Dr. Werner Brinker	2014	50.000	7.500	2.500	60.000
	2015	50.000	75.000	3.500	128.500
Prof. Dr. Andreas Georgi	2014	50.000	75.000	2.500	127.500
	2015	50.000	15.000	3.500	68.500
Svenja-Marie Gnida	2014	50.000	15.000	3.000	68.000
	2015	50.000	45.000	3.500	98.500
Stefan Lübbe	2014	50.000	45.000	3.000	98.000
	2015	50.000	3.750	2.500	56.250
Prof. Dr. Petra Pohlmann	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2015	50.000	—	2.500	52.500
Horst Reglin	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2015	—	—	—	—
Dr. Peter Hemeling ¹ (seit 01.10.2015)	2014	—	—	—	—
	2015	50.000	3.750	2.500	56.250
Carl-Ulfert Stegmann	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2015	50.000	—	2.500	52.500
Gabriele Timpe	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2015	50.000	30.000	3.500	83.500
Christine de Vries	2014	50.000	30.000	2.500	82.500
	2015	587.500	268.125	33.000	888.625
Summe	2014	575.000	255.000	28.500	858.500

¹ Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 888,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 858,5 Tsd. Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer (USt) in Höhe von 197.220 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2015 1 Tsd. Euro zzgl. USt als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG.

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40 Tsd. Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 0,6 Tsd. Euro (jeweils zzgl. USt).

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 290,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 315,3 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 26,8 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen zwischen 3,48 % und 8,18 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 109,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 5,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 7,0 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.771,7 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.715,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 0,81 % und 4,98 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2015 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, Mai, zweimal im September und im Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen war die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen ordentlichen Sitzungen die Geschäftsentwicklung und die aktuelle Risikosituation darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte. In einem gesonderten Bericht ließen wir uns die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vorstands- und Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2014 und legten die Ziele wie auch den Gesamtbetrag für die variable Vergütung 2016 fest. Des Weiteren haben wir uns davon überzeugt, dass das Vergütungssystem für den Vorstand den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Die Höhe der Vorstandsvergütung haben wir für angemessen befunden. Daneben haben wir eine Organisationsrichtlinie verabschiedet, in der die Grundsätze zum Vergütungssystem für den Vorstand niedergelegt sind; über eine entsprechende Richtlinie über die Vergütungssysteme für die Mitarbeiter haben wir uns informieren lassen. Schließlich hat der Aufsichtsrat sowohl den Vorstand als Gesamtgremium als auch die einzelnen Vorstandsmitglieder einer Bewertung unter Zugrundelegung von Kriterien, die das Kreditwesengesetz vorgibt, unterzogen und darüber hinaus die Sachkunde und Zuverlässigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder überprüft. Das am 31. Dezember 2015

ablaufende Vorstandsmandat von Herrn Dr. Thomas Bretzger haben wir nach Vorberatung im Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss um fünf Jahre verlängert.

Nähere Angaben zur Vorstandsvergütung finden sich im [Vergütungsbericht](#).

 siehe Seite 022 ff.

Ausführlich ließen wir uns die Pläne des Vorstands zur Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens darstellen. Der Vorstand hat ein überzeugendes Konzept vorgelegt, wie er den anstehenden Herausforderungen – insbesondere dem geänderten Kundenverhalten, der zunehmenden Digitalisierung und Regulatorik sowie dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld – begegnen möchte. Nach intensiver Diskussion haben wir den Vorstand darin bestärkt, die geplanten Maßnahmen zügig umzusetzen.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Umsetzung des in 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur Frauenförderung. Er legte eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand fest und besprach mit dem Vorstand die von diesem zu bestimmenden Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir uns mit dem Kredit- und Risikomanagement der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften befasst und uns hierüber vom Vorstand berichten lassen. Schließlich haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Zu zahlreichen Themen sind auch Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig unterrichtet. Die personelle Zusammensetzung und die Aufgabenbeschreibung der einzelnen Ausschüsse ist im „[Corporate Governance Bericht](#)“ wiedergegeben.

 siehe Seite 014 ff.

Im Berichtsjahr 2015 hielt der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* insgesamt vier Sitzungen ab. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen. Der Ausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Verabschiedung einer Organisationsrichtlinie über die Grundsätze zum Vorstandsvergütungssystem vor. Er erarbeitete ferner einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Vorstandsziele für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2014 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss bereitete auch die Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands vor und unterstützte den Aufsichtsrat bei der Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit. Außerdem beschäftigte er sich mit der Umsetzung des neuen Gesetzes zur Frauenförderung, prüfte die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene und überwachte die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems für die OLB-Mitarbeiter. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Vorratsbeschlüssen über die Gewährung von Organkrediten an natürliche Personen und willigte in die Übernahme von Mandaten ein, die Vorstandsmitglieder in anderen Unternehmen und Institutionen wahrnehmen.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2015 fünfmal, davon einmal im Rahmen einer Telefonkonferenz. Der Ausschussvorsitzende stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand, dem Abschlussprüfer sowie den Leitern der Internen Revision und von Compliance. Der Ausschuss prüfte die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht sowie die Prüfungsberichte und erörterte diese Abschlussunterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenium eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. In allen Präsenzsitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss über die Tätigkeiten der Internen Revision und von Compliance berichten. Außerdem informierte er sich über die Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen und besprach mit dem Vorstand die Umsetzung von neuen regulatorischen Vorgaben. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit dem Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung und überprüfte das Risikomanagementsystem sowie die Systeme der Internen Revision und von Compliance auf ihre Wirksamkeit. Behandelt wurden auch Prüfungsberichte, die KPMG zu verschiedenen Themenbereichen erstellt hatte (depot- und kapitalmarktrechtliche Anforderungen; Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen; Ausgestaltung der Compliance-Funktion; rechtliche, wirtschaftliche und organisatorische Grundlagen; Risikomanagement; Kreditgeschäft; Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen). Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vor seiner Veröffentlichung vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenium einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt vier Präsenzsitzungen ab. Darüber hinaus fanden elf Telefonkonferenzen statt, in denen vor allem über einzelne Kreditengagements beraten und entschieden wurde. Der Vorsitzende des Risikoausschusses stand auch außerhalb der Sitzungen regelmäßig mit dem Vorstand in Kontakt. Der Risikoausschuss erörterte mit dem Vorstand mehrfach die Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen vierteljährlicher Risikoberichte wurden unter anderem die Risikotragfähigkeit sowie Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Besonders intensiv setzte sich der Ausschuss mit den Plänen des Vorstands zur Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld auseinander. Außerdem befasste er sich mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens hinsichtlich der Finanzierung von Windenergieanlagen und ließ sich regelmäßig über die Entwicklung des Teilportfolios „Schiffsfinanzierungen“ berichten. In jeder Präsenzsitzung erhielt der Risikoausschuss Statusberichte zu zwei strategischen Projekten, die die strukturellen Veränderungsprozesse in der Kreditmarktfolge bzw. die Optimierung der Prozesse im Kreditgeschäft mit Privatkunden zum Gegenstand haben. Mit großem Interesse hat der Ausschuss die Ergebnisse verschiedener Stresstests zur Kenntnis genommen, anhand derer die Auswirkungen ausgewählter Szenarien auf das bestehende Risikoprofil der Bank untersucht wurden. Gegenstand der Erörterung waren darüber hinaus die Einhaltung der einschlägigen regulatorischen Vorgaben sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen. Der Risikoausschuss hat die durch die Vergütungsstruktur gesetzten Anreize geprüft und festgestellt, dass die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der OLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. Zudem wurde überprüft, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen. Der Risikoausschuss hat dies bejaht. Weitere Themen waren die Genehmigung des Investitionsplans für das Geschäftsjahr 2016, die Zustimmung zu Organkrediten an Unternehmen sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* trat im abgelaufenen Geschäftsjahr einmal zusammen. Dabei bereitete er die Selbstevaluierung des Aufsichtsrats nach Maßgabe der vom Kreditwesengesetz vorgegebenen Kriterien vor. Daneben behandelte er eine neue Empfehlung des Deutschen Corporate Kodex, wonach der Aufsichtsrat eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer im Aufsichtsrat festlegen soll, und beschäftigte sich mit der Personalplanung für den Aufsichtsrat.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Selbstevaluierung des Aufsichtsrats

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Basierend auf der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss diskutierten wir Verbesserungspotenzial und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest. Daneben hat sich der Aufsichtsrat mit Unterstützung des Nominierungsausschusses einer Selbstevaluierung in Bezug auf seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung unterzogen. Ferner hat er – ebenfalls aufsetzend auf der Vorbereitung durch den Nominierungsausschuss – die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung des Gremiums insgesamt und seiner einzelnen Mitglieder bewertet und in diesem Zusammenhang auch die Sachkunde und Zuverlässigkeit seiner Mitglieder überprüft.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. In Umsetzung einer neuen Kodex-Empfehlung hat der Aufsichtsrat eine Regelgrenze von 15 Jahren für die maximale Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat festgelegt. Im Dezember 2015 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese besagt, dass die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen hat und auch künftig entsprechen wird. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2015 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „**Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 1 und 2 HGB**“ wiedergegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der OLB Oldenburgische Landesbank AG.

 siehe Seite 019

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2015 sowie den zusammengefassten Lagebericht der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 3 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die darauf bezogenen Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2015 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 7. Dezember 2015 und 9. März 2016 sowie des Aufsichtsratsplenums am 17. März 2016 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass

der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des zusammengefassten Lageberichts für die OLB AG und den Konzern sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Andree Moschner hat zum 30. September 2015 im besten gegenseitigen Einvernehmen sein Mandat im Vorstand der Allianz Deutschland AG beendet und ist zu diesem Zeitpunkt aus der Allianz Gruppe ausgeschieden. Zum gleichen Zeitpunkt hat er auch seine Mandate als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG niedergelegt. Herr Dr. Peter Hemeling, Chefsyndikus der Allianz SE, ist als von der Hauptversammlung 2013 gewähltes Ersatzmitglied zum 1. Oktober 2015 neu in den Aufsichtsrat eingetreten. Zum neuen Vorsitzenden hat der Aufsichtsrat Herrn Rainer Schwarz gewählt, der dem Aufsichtsrat bereits seit Mai 2010 angehört.

Im Vorstand gab es keine Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 17. März 2016
Für den Aufsichtsrat



Rainer Schwarz
Vorsitzender

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Zur Verbesserung der Transparenz und Übersichtlichkeit wurden der Lagebericht der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) als Mutterunternehmen des OLB-Konzerns und der Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 3 in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB und DRS 20 Tz. 22 im Berichtsjahr 2014 erstmals zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns	040
Wirtschaftsbericht	045
Geschäftsentwicklung	048
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	060
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	063
Risikobericht	067

Grundlagen des Konzerns

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist eine börsennotierte Regionalbank, die seit 1869 kommerzielles Bankgeschäft für Firmen- und Privatkunden betreibt. Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Region zwischen Weser, Ems und Nordsee. Mit erfahrenen Betreuern für Firmenkunden, Privatkunden und Freiberufler, spezialisierten Beratern insbesondere für die regional starke Landwirtschaft, Erneuerbare Energien und im Private Banking sowie gelebter gesellschaftlicher Verantwortung ist die OLB für die Menschen und die Region da.

Durch die Anwachsung des Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG auf die OLB AG und die rechtswirksame Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG besteht für die OLB trotz der beiden als Finanzanlage gehaltenen Spezialfonds AGI-Fonds Ammerland und AGI-Fonds Weser-Ems keine rechtliche Verpflichtung mehr zur Aufstellung eines Konzernabschlusses.

Der Vorstand der Bank hat für das abgelaufene Geschäftsjahr entschieden, einen Konzernabschluss auf freiwilliger Basis¹ aufzustellen, der neben der OLB AG auch diese Spezialfonds umfasst und auf Basis der IFRS erstellt wird. Neben den genannten Spezialfonds hält die OLB diverse kleinere Beteiligungen, die u. a. der Vernetzung in der Finanzindustrie und in der regionalen Wirtschaft dienen.

Beginnend ab dem Geschäftsjahr 2016 wird der Vorstand auf die freiwillige Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichten, jedoch weiterhin einen Jahresabschluss² aufstellen.

Darüber hinaus entfällt die Pflicht zur Veröffentlichung einer Zwischenmitteilung der Geschäftsführung für das erste und dritte Quartal eines Geschäftsjahres.³ Die Bank macht auch von dieser Vereinfachungsregel Gebrauch und wird gemäß Beschluss des Vorstands zukünftig Jahresabschlüsse und Zwischenabschlüsse zum ersten Halbjahr nach handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufstellen und veröffentlichen.

Der Anspruch der OLB, ihre Privat- und Geschäftskunden, Private-Banking- und Freiberuflerkunden sowie Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die Steuerung und Berichterstattung der Bank basiert daher auf drei strategischen Geschäftsfeldern: „Privat- und Geschäftskunden“, „Private Banking & Freie Berufe“ sowie „Firmenkunden“.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Bankgeschäft mit Privatpersonen und kleinen Geschäftskunden. Neben den privaten Baufinanzierungen und dem Einlagengeschäft sind die wesentlichen Produktgruppen die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, kleinere Geschäftskredite, Absicherung/Vorsorge und die strukturierte Vermögensanlage. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment „Private Banking & Freie Berufe“ erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung der Kunden von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. In diesem Geschäftsfeld liegt ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie auf der orderbegleitenden Wertpapierberatung und der Immobilienvermittlung und -finanzierung. Daneben werden klassische Bankprodukte im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuelle Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge angeboten. Das zum 1. Januar 2015 als Zweigniederlassung in die OLB integrierte Bankhaus W. Fortmann & Söhne wurde vollständig diesem Segment zugeordnet. Dies ermöglicht Synergien bei der Betreuung der gehobenen Private-Banking-Kunden des privaten Bankhauses.

Im Segment „Firmenkunden“ konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie

¹ Gemäß § 315 a Abs. (3) HGB

² Auf Grundlage des § 264 HGB

³ Durch Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie (Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 26.11.2015)

Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr, das Auslandsgeschäft, Zinnsicherungsgeschäfte und Versicherungen den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

Die OLB richtet ihr Renditeziel an der Risikostruktur der Geschäftstätigkeiten, den Verzinsungsansprüchen des Kapitalmarktes an Unternehmen mit vergleichbarer Risikostruktur und dem strukturellen Gewinnbedarf zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung durch Thesaurierung aus. Im Zuge des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ strebt die Bank an, in den kommenden Jahren die Eigenkapitalrendite kontinuierlich zu steigern. Der Rahmen zur Sicherstellung des erforderlichen Gewinnerzielungspotenzials wird durch die jederzeitige Beherrschbarkeit der eingegangenen Risiken gesteckt. Das Steuerungssystem der OLB leitet sich aus diesen geschäfts- und risikopolitischen Grundsätzen ab.

Grundlage für die Steuerung der Bank bilden die in der Geschäfts- und der Risikostrategie festgelegten geschäftspolitischen Ziele sowie die zu deren Erreichung geplanten Mittel und Maßnahmen einschließlich der Allokation des zur Risikodeckung bereitgestellten Kapitals. Beide strategischen Dokumente werden vom Vorstand der OLB mindestens einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen.

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses werden auf Basis der strategischen Vorgaben Ergebniszielgrößen für die Geschäftseinheiten festgelegt. Dabei werden die den Einheiten zugeordneten Ressourcen wie Kapital und Risikolimits unter Einbeziehung der damit verbundenen Ergebnisansprüche entsprechend berücksichtigt.

Die Beurteilung des Erfolgs in der Umsetzung der strategischen Zielsetzungen wird anhand von Schlüsselkennzahlen („Key Performance Indicators – KPIs“) auf Basis eines Plan-Ist-Vergleiches vorgenommen. Das Reporting der wesentlichen Steuerungsgrößen erfolgt monatlich und enthält eine ausführliche Kommentierung, die dem Vorstand die wesentlichen aktuellen Entwicklungen und Handlungsfelder aufzeigt. Durch die frühzeitige Identifizierung von Soll-Ist-Abweichungen in der Gesamtbank sowie innerhalb der strategischen Geschäftsfelder wird gewährleistet, dass die Geschäftsführung bei erkannten Zielabweichungen möglichst direkt Maßnahmen zur Korrektur der Geschäftsaktivitäten beschließen kann.

Die Auswahl der KPIs für die Gesamtbank orientiert sich am übergeordneten finanzwirtschaftlichen Ziel einer angemessenen Rendite bei jederzeitiger Beherrschung der eingegangenen Risiken. Die wesentlichen finanziellen Leistungskennzahlen bilden daher die Eigenkapitalrendite⁴, die Kernkapitalquote⁵, die Deckungsquote des Risikokapitalbedarfs⁶ sowie die Liquidity-Coverage-Ratio (LCR)⁷ als Kennzahl für die Zahlungsfähigkeit der Bank. Zur Bewertung der Kosteneffizienz auf Gesamtbankebene wird die Cost-Income-Ratio⁸ herangezogen.

Die Steuerung der kundengruppenorientierten Vertriebsorganisation basiert auf den drei strategischen Geschäftsfeldern. Sie erfolgt insbesondere über das operative Ergebnis und seine wesentlichen Komponenten, laufende Erträge und laufende Aufwendungen. Neben diesen GuV-Kennzahlen wird auch auf dieser Ebene die Kosteneffizienz beurteilt, was über den Ausweis der Cost-Income-Ratio der Geschäftsfelder in der Segmentberichterstattung sichergestellt wird.

Die genannten Schlüsselgrößen sind eingebettet in ein System weiterer finanzieller und nicht finanzieller Kennziffern zur Steuerung spezifischer Aspekte, die aber für die Steuerung des Gesamtunternehmens von untergeordneter Bedeutung sind.

⁴ Verhältnis von Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlichen IFRS-Eigenkapital ohne Berücksichtigung des kumulierten Sonstigen Ergebnisses

⁵ Verhältnis von Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva

⁶ Verhältnis von Risikodeckungsmasse zu Risikokapitalbedarf

⁷ Verhältnis des Bestands als hoch liquide eingestufte Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss der nächsten 30 Tage

⁸ Verhältnis der laufenden Aufwendungen zur Summe der laufenden Erträge

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der OLB in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien eingeteilt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des AktG, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand: 31. Dezember 2015). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei die Verlängerung der Amtszeit und die wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 25c KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des MitbestG Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan werden RSU, also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive (GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change of Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Die Oldenburgische Landesbank AG führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden potenziellen Verluste hat die Allianz Deutschland mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Die Verlustübernahmeverpflichtung, welche die davor schon für die Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhaltsgleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019 und kann von der Allianz Deutschland jeweils mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2015 laut Wachstumsschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 3,1 % (Vorjahr +3,4 %). Während sich die Wirtschaftslage in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften recht robust zeigte, hat sie sich in einer Reihe von Schwellenländern im Jahr 2015 verschlechtert. Insbesondere in China gab es deutliche Anzeichen für eine konjunkturelle Abkühlung. Zudem litten viele von Rohstoffexporten abhängige Schwellenländer unter dem Preisverfall von Rohöl und wichtigen Industrierohstoffen.

Im Euroraum wuchs die Produktion 2015 im Umfeld gesunkener Energiekosten, sehr niedriger Zinsen und eines schwachen Euro stärker als im Jahr zuvor. Insbesondere in den europäischen Krisenländern verbesserte sich die Situation. Für den Euroraum weisen vorläufige Berechnungen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,5 % (Vorjahr: +0,9 %) aus. Maßgeblich getragen wurde die Expansion von der um 1,7 % (Vorjahr +0,9 %) gestiegenen privaten Konsumnachfrage. Die Investitionsausgaben erhöhten sich gegenüber Vorjahr um 1,9 % (Vorjahr +1,3 %), einer noch kräftigeren Investitionsdynamik standen jedoch die Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der Erholung und die nachlassende Nachfrage aus wichtigen Schwellenländern entgegen.

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2015 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,7 % (Vorjahr +1,6 %). Auch in Deutschland wurde die Konjunktur vom privaten Konsum gestützt, der von einer spürbaren Ausweitung der Beschäftigung und steigenden Reallöhnen (insbesondere wegen des Kaufkraftgewinns aufgrund deutlich gesunkener Rohölpreise) profitierte und um 1,9 % (Vorjahr +0,9 %) anstieg. Die Zunahme des staatlichen Konsums um 2,8 % (Vorjahr +1,7 %) trug ebenfalls signifikant zum Wirtschaftswachstum bei, hierin spiegelt sich insbesondere die Versorgung und Integration von Flüchtlingen wider. Die Investitionstätigkeit hingegen nahm mit 1,7 % moderater zu als im Vorjahr (Vorjahr +3,5 %). Der Export stieg mit 5,4 % (Vorjahr +4,0 %) ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion kräftig. Wesentlichen Anteil daran hatten die konjunkturelle Erholung im Euroraum und die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte infolge der Abwertung des Euros.

Das Zinsniveau war im Jahr 2015 in Deutschland weiterhin extrem niedrig. Der von der Europäischen Zentralbank (EZB) festgesetzte Hauptrefinanzierungssatz lag im vergangenen Jahr unverändert bei 0,05 %. Seit März 2015 griff zudem das Anleihen-Ankaufprogramm der EZB in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro monatlich, das aufgrund des Volumens deutlichen Druck auf das Zinsniveau ausübte. Im Dezember 2015 wurde die Verlängerung der Anleihekäufe bis März 2017 beschlossen und der Einlagenzinssatz für bei der EZB unterhaltene Guthaben von minus 0,2 % weiter auf minus 0,3 % gesenkt. In diesem Umfeld fiel der Interbanken-Tagesgeldzinssatz EONIA (Euro OverNight Index Average) stetig von minus 0,08 % zu Jahresbeginn auf bis zu minus 0,24 % im Dezember 2015. Zu Beginn des Jahres 2016 schließlich hat die EZB weitere geldpolitische Lockerungen in Aussicht gestellt. Hinsichtlich einer Zinsprognose ist unter diesen Rahmenbedingungen sowie angesichts der niedrigen Inflationsrate und -erwartung im Euroraum davon auszugehen, dass die Kredit- und Kapitalmarktzinsen weiterhin niedrig bleiben und auf absehbare Zeit ungefähr um das aktuelle Niveau oszillieren werden.

Für das Jahr 2016 rechnet die Bank für die deutsche Wirtschaft mit einer Fortsetzung des Wachstums auf dem aktuellen Niveau. Der zu Jahresbeginn weiter gesunkene Rohölpreis wirkt positiv auf die Realeinkommen. Auch profitieren diese im laufenden Jahr von einer steigenden Beschäftigung, Tariflohnabschlüssen deutlich über der Inflationsrate, einer sinkenden Steuerbelastung und steigenden staatlichen Transferzahlungen. Demzufolge wird die konjunkturelle Entwicklung voraussichtlich weiterhin vor allem von den privaten Konsumausgaben getragen. Die Anlage- und Bauinvestitionen dürften 2016 aufgrund anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen gegenüber Vorjahr leicht beschleunigt zulegen. Insbesondere für den Wohnungsbau ist die Prognose positiv, zudem dürfte die Zuwanderung die Bautätigkeit weiter anregen. Auch deutet sich eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen an. Die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich hingegen nur leicht. Der Außenhandel trägt 2016 voraussichtlich in geringerem Maße als noch 2015 zum Wachstum bei, da die Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlassen dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die Wirtschaftslage in Nordwestdeutschland zeigte sich 2015 robust und auf einem guten Niveau. Die Mehrheit der Unternehmen war mit der aktuellen konjunkturellen Lage zufrieden. Insbesondere Bau- und Gewerbe, Einzelhandel, Großhandel sowie Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe berichteten von einer verbesserten Geschäftslage. Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen erreichte Ende 2015 mit 5,8% den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Ebenso zeigten sich Beschäftigungsaufbau und Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Nordwesten weiter hoch. Dennoch schauten die Wirtschaftsakteure Ende 2015 zurückhaltender in die Zukunft als noch zu Beginn des Jahres. In dieser Skepsis spiegeln sich auch in der Region die Unsicherheiten mit Blick auf die weltweiten geopolitischen Krisen, die wirtschaftliche Abkühlung in China oder auch über die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Dennoch bleiben die Investitionsplanungen laut Umfragen der Industrie- und Handelskammer (IHK) aufwärts gerichtet. Im IHK-Bezirk Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim beispielsweise geht jeder fünfte Betrieb von einem höheren Investitionsvolumen im kommenden Jahr aus, im IHK-Bezirk Oldenburg sogar jeder vierte Betrieb. Im Vordergrund stehen dabei vor allem Ersatzinvestitionen und Rationalisierungsmaßnahmen. Gleichzeitig wird der private Konsum durch die gute Situation am Arbeitsmarkt gestützt.

Für das kommende Jahr rechnet die OLB mit einem grundsätzlichen Gleichlauf von regionaler und bundesdeutscher Konjunktur, wie dies schon in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Angesichts des strukturell breit gefächerten Branchenmix mit zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben gleichen sich branchenspezifische Konjunkturunterschiede in der Region tendenziell aus. Auch zeigen sich außenwirtschaftliche Einflüsse weniger stark, weil der Weser-Ems-Raum eine geringere Exportquote als die bundesdeutsche Wirtschaft aufweist. Der niedrige Ölpreis wirkt sich über niedrige Betriebskosten weiterhin positiv auf das Transport- und Logistikgewerbe und speziell die Schifffahrtsbranche aus. In der Landwirtschaft jedoch setzen der starke Rückgang der Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch die Betriebe unter Druck.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich seit Jahren in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Nachwirkungen der Finanzkrise, das Niedrigzinsumfeld, verändertes Kundenverhalten, die Digitalisierung von Geschäftsmodellen und -prozessen und der intensive Wettbewerb einschließlich neuer Markteintritte aus dem FinTech-Sektor üben Anpassungsdruck auf Kreditinstitute aus.

Auf Seiten des Gesetzgebers und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Eigenkapital und Liquidität der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben sind die Regelungen, welche in der Capital Requirements Directive (CRD IV) bzw. Capital Requirements Regulation (CRR) der Europäischen Union umgesetzt wurden. Diese Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital und die Liquiditätsposition von Banken und müssen schrittweise bis 2019 umgesetzt werden. Darüber hinaus verursacht die Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen sowohl im Vertrieb als auch in zentralen Stabs-, Steuerungs- und Marktfolgeeinheiten eine erhöhte Ressourcenbindung und prozessualen Mehraufwand.

Zahlreichen Kostentreibern in der Finanzwirtschaft steht somit eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenüber, die sich im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld verstärkt. Bundesbank und BaFin prognostizieren in einer Stresstest-Studie bei einer auch in den kommenden Jahren anhaltenden Niedrigzinsphase erhebliche Ergebnisrückgänge bei Kreditinstituten und halten konsequente Reaktionen für notwendig. Als mögliche Handlungsfelder wurden der Ausbau des nicht zinstragenden Geschäfts, nachhaltige Kostensenkungen bei Strukturen und Prozessen, Filialschließungen sowie Fusionen und Marktaustritte genannt. Eine aktuelle Forschungsarbeit der Jade Hochschule zeichnet für die regionalen Kreditinstitute in der Region Weser-Ems jedoch ein robustes Bild und attestiert eine hinreichende Widerstandskraft gegenüber zukünftigen Risiken des Bankgeschäfts.

Geschäftsentwicklung des Konzerns

Ertragslage

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	421,2	454,8	-33,6	-7,4
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	182,1	217,6	-35,5	-16,3
Zinsüberschuss	239,1	237,2	1,9	0,8
Provisionserträge	93,8	94,1	-0,3	-0,3
Provisionsaufwendungen	26,9	23,2	3,7	15,9
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	-4,0	-5,6
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	3,7	88,1
Übrige Erträge	0,8	0,4	0,4	100,0
Laufende Erträge	314,7	312,7	2,0	0,6
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	-9,8	-6,4
Sachaufwand	83,5	84,4	-0,9	-1,1
Übrige Aufwendungen	2,1	6,7	-4,6	-68,7
Laufende Aufwendungen	229,3	244,6	-15,3	-6,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36,3	39,0	-2,7	-6,9
Ergebnis aus Restrukturierung	-7,0	3,0	-10,0	k. A.
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	4,1	3,2	0,9	28,1
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-0,6	0,5	-83,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	4,0	2,6	1,4	53,8
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7	11,4	32,9
Steuern	14,3	9,8	4,5	45,9
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9	6,9	27,7
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,36	1,07	0,29	27,1

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Das Zinsniveau ist in den kurzen Laufzeiten nochmals zurückgegangen, in der privaten Vermögensanlage setzten die Kunden unverändert auf hochliquide Einlagen, die regulatorischen Anforderungen nahmen weiter zu und binden zunehmend Ressourcen. In diesem anspruchsvollen Umfeld konnte die OLB 2015 eine deutlich positive Ergebnisentwicklung erzielen. Die Basis hierfür bildete der solide Verlauf des operativen Geschäftes. Belastungen der Erträge insbesondere aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen mit Blick auf das Niedrigzinsniveau konnten durch konsequentes Kostenmanagement mehr als kompensiert werden. Die Risikovorsorge entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % rückläufig. Eine Sonderausschüttung aus einer Beteiligung in Höhe von 10,3 Mio. Euro verschaffte der OLB zusätzlichen Ergebnisspielraum. Belastungen aus der Bildung von Rückstellungen für die geplanten Maßnahmen des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ konnten mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt konnte das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vorjahr um 11,4 Mio. Euro auf 46,1 Mio. Euro deutlich gesteigert werden.

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	421,2	454,8	- 33,6	- 7,4
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	182,1	217,6	- 35,5	- 16,3
Zinsüberschuss	239,1	237,2	1,9	0,8
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	10.401,4	10.516,3	- 114,9	- 1,1

Die expansive Geldpolitik der EZB setzte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fort. Im Dezember 2015 senkte die EZB den Einlagenzinssatz von -0,2 % auf -0,3 %. Insgesamt lag das Zinsniveau im Jahresverlauf noch einmal deutlich unter dem Vorjahr und damit unter den der Planung für 2015 zugrunde liegenden Annahmen der Bank. Im Kreditgeschäft wirkte das Marktumfeld insbesondere im Baufinanzierungsbereich belebend auf die Kreditnachfrage. Fällige Tilgungen wurden durch Neugeschäft weitgehend ausgeglichen, sodass das hohe Niveau des Kreditvolumens nahezu gehalten, aber entgegen der Planung der Bank nicht gesteigert wurde. Im Einlagengeschäft führte das Niedrigzinsniveau zu einem zunehmenden Rückgang der Margen. Insgesamt behielten die Kundeneinlagen als stabile Refinanzierungsquelle des Kreditgeschäfts ihre wichtige Rolle für die Bank. In Summe blieb der Zinsbeitrag aus dem Kundengeschäft im Wesentlichen aufgrund der Entwicklung des Zinsniveaus und des leicht rückläufigen Kreditvolumens (-1,1 %) unter den Erwartungen des Vorjahres. Da in der Position Zinsüberschuss auch laufende Erträge aus Beteiligungen ausgewiesen werden, konnte aufgrund einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung in Höhe von 10,3 Mio. Euro für das Geschäftsjahr dennoch eine Steigerung des Zinsüberschusses um 1,9 Mio. Euro auf 239,1 Mio. Euro erzielt werden.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	11,6	13,6	-2,0	-14,7
Vermögensverwaltung	11,5	11,7	-0,2	-1,7
Zahlungsverkehr	23,0	25,1	-2,1	-8,4
Auslandsgeschäft	2,1	2,2	-0,1	-4,5
Versicherungs-, Bauspar-, Immobilien-geschäft	13,2	12,8	0,4	3,1
Kreditkartengeschäft	2,2	1,6	0,6	37,5
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—	—	k. A.
Sonstiges	3,3	3,9	-0,6	-15,4
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	-4,0	-5,6

Im Jahr 2015 erfolgte der Verkauf der Münsterländische Bank Thie & Co. KG (MLB) mit rückwirkender Wirkung zum 1. Januar 2015. Die Bank hatte ihren Geschäftsschwerpunkt im Wertpapiergeschäft und in der Vermögensverwaltung. Der dadurch bedingte Rückgang konnte durch das erfolgreiche Geschäft der Regionalbank mit dem Schwerpunkt in der Vermögensverwaltung – insbesondere im Geschäftsfeld Private Banking & Freie Berufe – in großen Teilen kompensiert werden. Ein weiterer Rückgang im Wertpapiergeschäft ergab sich im Vergleich zum Vorjahr durch den Wegfall von Bestandsprovisionen in Höhe von 1,4 Mio. Euro aufgrund der begonnenen Abwicklung eines Immobilienfonds. Während die übrigen Provisionssparten sich weitgehend stabil entwickelten, standen die Erträge im Zahlungsverkehr und im Kreditgeschäft im Jahr 2015 unter Druck. Hier waren im abgelaufenen Geschäftsjahr deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt ging der Provisionsüberschuss von 70,9 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 66,9 Mio. Euro im Berichtsjahr zurück. Damit blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück.

Laufendes Handelsergebnis

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Handel in Zinsprodukten	1,3	-0,4	1,7	k. A.
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,2	2,1	0,1	4,8
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	4,5	2,8	1,7	60,7
Sonstiges	-0,1	-0,3	0,2	-66,7
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	3,7	88,1

Die Position umfasst im Wesentlichen die Erträge aus dem Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsgeschäften und das Bewertungsergebnis von Swappgeschäften zur bankeigenen Zinsbuchsteuerung. Zu dem deutlichen Anstieg um 3,7 Mio. Euro auf 7,9 Mio. Euro trug unter anderem das Derivategeschäft mit Firmenkunden bei, das im Vorjahresvergleich durch gezielte Kundenansprache und individuelle Beratung deutlich gesteigert werden konnte.

Darüber hinaus entfielen 4,5 Mio. Euro des Jahresergebnisses (Vorjahr 2,8 Mio. Euro) auf die Bewertung von Zinsswaps im Rahmen des Hedge Accounting. Diesen Erträgen stehen Belastungen in Höhe von –5,3 Mio. Euro (Vorjahr –3,2 Mio. Euro) aus der Amortisation von Marktwertanpassungen bei Grundgeschäften gegenüber, die nach den Regelungen der IFRS als Zinsaufwand ausgewiesen werden. Per saldo ergab sich damit aus dem Hedge Accounting im Jahr 2015 ein Ergebniseffekt von –0,8 Mio. Euro (Vorjahr –0,4 Mio. Euro).

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	– 9,8	– 6,4
Sachaufwand	83,5	84,4	– 0,9	– 1,1
Verwaltungsaufwand	227,2	237,9	– 10,7	– 4,5
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember ¹	2.236	2.311	– 75	– 3,2
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	1.801	1.897	– 96	– 5,1
Cost-Income-Ratio in %	72,9	78,2	k. A.	k. A.

¹ Der Kreis der ausgewerteten Mitarbeiter schließt Auszubildende und seit 2015 auch Aushilfen und Praktikanten nicht mit ein. Um die Vergleichbarkeit zu wahren, wurden die Vorjahreszahlen an den Definitionskreis des Berichtsjahres angepasst.

Die OLB hat die Kostenentwicklung ganzjährig konsequent gesteuert. Die Verwaltungsaufwendungen konnten von 237,9 Mio. Euro im Vorjahr deutlich um 10,7 Mio. Euro auf 227,2 Mio. Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr gesenkt werden. Damit lagen die Kostensenkungen über Plan. Neben der Entlastung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 3,6 Mio. Euro durch den Verkauf der MLB trugen bei den Personalkosten Effizienzsteigerungen aus dem 2014 gestarteten Modernisierungsprogramm des Privatkundengeschäfts sowie eine Überprüfung und Anpassung der Höhe der variablen Vergütungselemente bei. Die Anzahl der Mitarbeiter sank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 75 auf 2.236. Gestiegene Belastungen wie u. a. durch eine deutlich erhöhte Bankenabgabe, höhere Aufwendungen für die Einlagensicherung und Tarifierhöhungen im Personalbereich konnten insgesamt mehr als kompensiert werden. Als Folge verbesserte sich die Cost-Income-Ratio von 78,2 % im Vorjahr erwartungsgemäß deutlich auf 72,9 % im laufenden Jahr.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Eine anhaltend stabile konjunkturelle Entwicklung sorgte auch 2015 in der Breite des Kundenkreditportfolios für eine günstige Entwicklung. Die zu verzeichnende Nettobelastung in Höhe von 36,3 Mio. Euro (Vorjahr 39,0 Mio. Euro) ist im Wesentlichen auf das Firmenkundenportfolio und besondere Entwicklungen auf Einzelmärkten sowie auch weiterhin im Bereich der Schifffahrtsbranche zurückzuführen. Insgesamt lag die Risikovorsorgeentwicklung 6,9 % unterhalb des Vorjahres und entwickelte sich deutlich besser, als in der bewusst konservativen Planung für das Geschäftsjahr veranschlagt worden war.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Aus Umschichtungen im Rahmen der Steuerung der Liquiditätsreserve resultierte ein Ergebnis von 4,0 Mio. Euro, das sich gegenüber dem Vorjahr (2,6 Mio. Euro) deutlich verbesserte.

Ergebnis aus Restrukturierung

Zur Steigerung der Kundenorientierung und Verbesserung der Profitabilität plant die Bank im Rahmen ihres strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ eine Forcierung der durchgängigen Digitalisierung und die schrittweise Einführung von Online-Produkten und -Beratungselementen. Das Filialnetz wird im Zuge dieser Entwicklung weiter angepasst. Insgesamt soll die Komplexität in den Abläufen der Bank reduziert werden, um bedürfnisorientiert mit einfachen, verständlichen Produkten und schnellen Prozessen Kunden zu begeistern. Der Abbau von Komplexität wird zu einem geringeren Personalbedarf führen. Der Mitarbeiterabbau soll mittels geeigneter Instrumente sozialverträglich umgesetzt werden, die im Wesentlichen zu dem bereits im Geschäftsjahr 2015 verbuchten Restrukturierungsaufwand von saldiert 7,0 Mio. Euro führen.

Segmentergebnisse

Die Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen „Privat- und Geschäftskunden“, „Private Banking & Freie Berufe“ sowie „Firmenkunden“. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die Segmentberichterstattung.

In der Sparte „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei strategischen Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung und Verwaltung der Bank verantwortet. Im laufenden Jahr hat die Bank ihre Kostenverrechnung erweitert. Die Kosten zentraler Einheiten, die für die Erbringung der Leistungen im operativen Geschäft entstehen, werden als „Kostenverrechnung Betrieb“ auf die strategischen Geschäftsfelder verursachungsgerecht umgelegt. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

Die Sparte „Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst die Ergebnisbeiträge aus den von der Bank gehaltenen Spezialfonds, dem Abbauportfolio Schiffe sowie dem fortgeführten Geschäft der ehemaligen Allianz Bank zusammen.

	1.1. – 31.12.2015					OLB-Konzern Gesamt
	Privat- und Geschäfts- kunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmen- kunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichts- pflichtige Segmente	
Mio. Euro						
Zinsüberschuss	84,1	26,6	111,9	—	16,5	239,1
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	31,7	20,4	16,4	—	7,1	75,6
Laufende Erträge	115,8	47,0	128,3	—	23,6	314,7
Laufender Personalaufwand	43,5	13,0	17,4	61,9	7,9	143,7
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,1	2,5	2,8	54,4	7,8	85,6
Kostenverrechnung Betrieb	36,8	10,6	23,1	-71,2	0,7	—
Laufende Aufwendungen	98,4	26,1	43,3	45,1	16,4	229,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1,8	0,1	20,4	—	14,0	36,3
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	-7,0	-7,0
Operatives Ergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-13,8	42,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	4,0	4,0
Segmentergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-9,8	46,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,9	5,0	—	3,9	13,6
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,5	1,6	1,9	—	7,0	13,0
Cost-Income-Ratio in %	85,0	55,5	33,7	—	69,5	72,9
Risikokapital (Durchschnitt) ¹	41,1	14,8	203,5	—	221,2	471,6
Risikoaktiva (Durchschnitt)	743,9	285,2	3.052,0	—	1.555,9	5.637,0

¹ Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital aufgrund von Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges		OLB-Konzern Gesamt
				Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	
Zinsüberschuss	85,3	26,8	116,1	—	9,0	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,3	19,2	16,0	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	117,6	46,0	132,1	—	17,0	312,7
Laufender Personalaufwand	46,4	12,8	16,2	62,3	15,8	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	52,0	14,2	91,1
Kostenverrechnung Betrieb	35,3	10,6	23,3	–69,8	0,6	—
Laufende Aufwendungen	100,5	26,7	42,3	44,5	30,6	244,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	–0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung ¹	—	—	—	—	3,0	3,0
Operatives Ergebnis	14,7	19,4	75,3	–44,5	–32,8	32,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	14,7	19,4	75,3	–44,5	–30,2	34,7
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,1	—	4,4	14,1
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	85,5	58,0	32,0	—	180,0	78,2
Risikokapital (Durchschnitt) ²	45,9	13,5	251,9	—	204,9	484,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

¹ Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital aufgrund von Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Die Wirkung der anhaltenden Niedrigzinsphase beeinflusste die Ergebnisentwicklung in allen drei strategischen Geschäftsfeldern. Der Zinsüberschuss zeigte in allen Segmenten einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Das Segment Firmenkunden stand dabei im Einlagengeschäft aufgrund einer rückläufigen Margenentwicklung insbesondere für großvolumige befristete Einlagen unter besonderem Druck. Die Sonderausschüttung aus einer Beteiligung wird unter den nicht berichtspflichtigen Segmenten ausgewiesen und führte hier zu einem deutlichen Anstieg des Zinsüberschusses. Der Provisionsüberschuss und die sonstigen Erträge, die im Wesentlichen aus dem Kundenhandel mit Devisen und Derivaten stammen, konnten in den strategischen Geschäftsfeldern insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Als Treiber dieser Entwicklung erwies sich zum einen das erfolgreiche Wertpapiergeschäft im Segment Private Banking & Freie Berufe. Hier wirkte sich u. a. der kontinuierliche

Ausbau des Mandatsgeschäfts aus. Im Firmenkundengeschäft konnten zum anderen die sonstigen Erträge durch gezielte Ansprache und individuelle Beratung der Kunden insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von Zinssicherungsinstrumenten gesteigert werden. Zusammenfassend liegt die Entwicklung der laufenden Erträge insbesondere aufgrund der rückläufigen Entwicklung des Zinsniveaus und einer ausgebliebenen Steigerung des Kreditvolumens unter der Prognose des Vorjahres.

Auf der Kostenseite zeigten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr die ersten Erfolge des Umbaus und der Modernisierung des Privatkundengeschäfts. Im Segment Privat- und Geschäftskunden konnten die direkten Personal- und Sachkosten des Segments erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,1 Mio. Euro auf 98,4 Mio. Euro gesenkt werden. Weitere Kostenentlastungen aus dem Verkauf der Münstlerländische Bank Thie & Co. KG, aus der Überprüfung und Anpassung der Höhe variabler Vergütungselemente und dem Wegfall einer im Jahr 2014 ausgewiesenen Sonderbelastung aus Rückstellungen im Zusammenhang mit einer neuen Rechtsprechung zum Verbraucherschutz führten zu einem starken Rückgang der unter „nicht berichtspflichtige Segmente“ ausgewiesenen laufenden Aufwendungen. Die Gesamtentwicklung der laufenden Aufwendungen fiel damit insgesamt gegenüber der ursprünglichen Planung leicht besser aus. Die Cost-Income-Ratio sank in den Geschäftsfeldern Privat- und Geschäftskunden sowie Private Banking & Freie Berufe, wohingegen sie sich im Firmenkundengeschäft im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der laufenden Erträge auf 33,7% erhöhte.

Während die Entwicklung der Risikovorsorge auf Ebene der Gesamtbank insgesamt rückläufig war, zeigte die Entwicklung in den Segmenten differenzierte Verläufe. Die Risikolage in den strategischen Geschäftsfeldern „Privat- und Geschäftskunden“ und „Private Banking & Freie Berufe“ profitierte deutlich vom Niedrigzinsniveau und einer guten Arbeitsmarktentwicklung, sodass im abgelaufenen Geschäftsjahr in diesen Geschäftsfeldern eine anhaltend geringe Nettobelastung aufgrund von Risikovorsorge zu verzeichnen war. Das Geschäftsfeld „Firmenkunden“ profitierte 2014 von einer außergewöhnlich günstigen Entwicklung im mittelständischen Firmenkundenkreditportfolio, die sich im laufenden Geschäftsjahr nicht wiederholte. Die Belastung des Segmentergebnisses „Firmenkunden“ erhöhte sich entsprechend. Hingegen zeigte sich im Bereich „nicht berichtspflichtige Segmente“ eine gegenüber Vorjahr deutlich günstigere Entwicklung der Risikovorsorge im Abbauportfolio Schiffe.

Insgesamt konnten die Segmente „Privat- und Geschäftskunden“ und „Private Banking & Freie Berufe“ ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 15,6 Mio. Euro bzw. um 7% auf 20,8 Mio. Euro ausbauen. Das Ergebnis des Geschäftsfelds „Firmenkunden“ verzeichnete aufgrund des Margendruckes im Einlagengeschäft und einer gegenüber dem Vorjahr ungünstigeren Entwicklung der Risikovorsorge einen Rückgang des Segmentergebnisses um 10,7 Mio. Euro auf 64,6 Mio. Euro.

Ergebnis / Steuern

Für 2015 betrug das Ergebnis vor Steuern 46,1 Mio. Euro und lag damit entsprechend der letztjährigen Prognose deutlich über dem Vorjahresergebnis von 34,7 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 14,3 Mio. Euro ergab sich damit ein Nachsteuerergebnis von 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 24,9 Mio. Euro).

Vermögens- und Finanzlage des Konzerns

Kreditvolumen

Die OLB konnte das Kundenkreditvolumen mit 10,2 Mrd. Euro nahezu auf dem hohen Niveau des Jahresanfangs (10,3 Mrd. Euro) halten. Dabei legte die Bank in ihrer Geschäftssteuerung unverändert starken Fokus auf die Durchsetzung ihrer Margenerfordernisse und auf die Verbesserung der Risikostruktur des Portfolios. Durch gezielt an Privatkunden gerichtete Angebote im Bereich der Immobilienfinanzierung und Konsumentenkredite konnte die OLB das Neugeschäft erfolgreich gestalten. Insbesondere im Bereich der privaten Baufinanzierung war eine anhaltend hohe Nachfrage zu verzeichnen. Im Firmenkundengeschäft belebte sich das Neugeschäft nach einem schwächeren ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte deutlich.

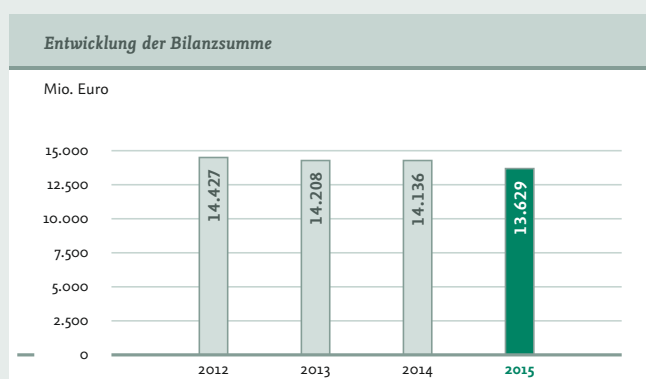
Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.325,3	10.448,7	- 123,4	- 1,2
Kundenkredite Ausland	76,1	67,6	8,5	12,6
Kreditvolumen (brutto)	10.401,4	10.516,3	- 114,9	- 1,1
abzüglich Risikovorsorge	209,6	215,9	- 6,3	- 2,9
Kreditvolumen (netto)	10.191,8	10.300,4	- 108,6	- 1,1

Liquidität

Die Liquiditätsausstattung der Bank ist angemessen. Sie orientiert sich an dem Ziel, auch bei einer plötzlichen krisenhaften Zuspitzung an den Finanzmärkten die Zahlungsfähigkeit der OLB zu gewährleisten. Dazu unterhält die Bank konservative Sicherheitspuffer und refinanziert das Kreditgeschäft überwiegend durch ihr Einlagengeschäft. Im Ergebnis lag die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer am Bilanzstichtag bei 1,25 (Vorjahr: 1,74) und damit erneut deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Auch bei der zweiten aufsichtsrechtlich relevanten Liquiditätsgröße, der Liquidity Coverage Ratio (LCR), lag der Wert am Jahresende mit 138% (Vorjahr: 244%, jeweils auf Ebene der OLB AG) deutlich über dem regulatorischen Schwellenwert von 60%.

Finanzanlagen

Die OLB unterhält ein Finanzanlagenportfolio von rund 2,8 Mrd. Euro, das im Wesentlichen der Liquiditätsreserve dient und überwiegend aus Pfandbriefen und staatlichen Schuldverschreibungen sehr guter Bonität besteht (Vorjahr: 2,9 Mrd. Euro).



Fremde Gelder

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	7.375,0	7.957,9	- 582,9	- 7,3
täglich fällig	4.615,7	4.219,2	396,5	9,4
befristet	890,7	1.478,2	- 587,5	- 39,7
Spareinlagen	1.868,6	2.260,5	- 391,9	- 17,3
Bankengelder	4.519,8	4.231,5	288,3	6,8
täglich fällig	52,4	60,7	- 8,3	- 13,7
befristet	4.467,4	4.170,8	296,6	7,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	395,4	512,5	- 117,1	- 22,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	250,8	220,9	29,9	13,5
Fremde Gelder insgesamt	12.541,0	12.922,8	- 381,8	- 3,0

Entgegen den Erwartungen im Vorjahr war im Einlagengeschäft ein Rückgang zu verzeichnen, der im Wesentlichen durch großvolumige Einzeldispositionen im Firmenkundengeschäft verursacht wurde. Im Bereich der Einlagen von Privatkunden im Regionalbankgeschäft ist gegenüber dem Vorjahr ein weiteres Wachstum zu verzeichnen. Dadurch konnte der Abfluss von Einlagen aufgrund fälliger Sparverträge von Kunden der ehemaligen Allianz Bank weitgehend kompensiert werden.

 siehe Grafik Seite 058

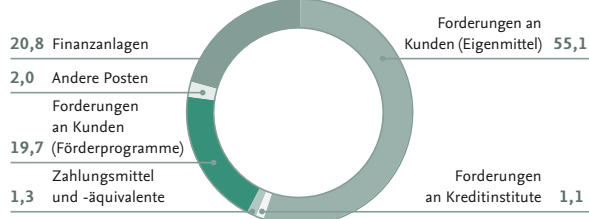
Bilanzielles Eigenkapital

Die Bank hat ihre Kapitalbasis im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter gestärkt. Insgesamt stieg das Eigenkapital zum Ende des Geschäftsjahrs auf 640,8 Mio. Euro nach 614,7 Mio. Euro im Vorjahr. Das deutlich verbesserte Ergebnis und die vor dem Hintergrund der steigenden Kapitalanforderungen getroffene Entscheidung zur Thesaurierung eines Teils der Vorjahresgewinne trugen im Wesentlichen zu dieser Entwicklung bei. Im kumulierten sonstigen Ergebnis werden die Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen und Pensionsrückstellungen erfasst, die sich im Jahr 2015 nahezu vollständig ausglich.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg entsprechend der Prognose deutlich an und lag mit 7,3 % um 1,6 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert (5,7 %).

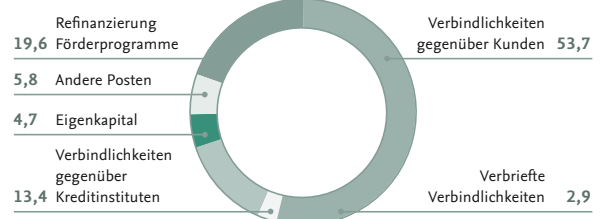
Bilanzstruktur Aktiva

in %



Bilanzstruktur Passiva

in %



Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10 KWG i. V. m. Art. 25 bis 88 CRR)

Das aufsichtsrechtliche Kapital wird im Wesentlichen aus dem bilanziellen Eigenkapital unter Berücksichtigung von regulatorisch vorgeschriebenen Zu- und Abschlägen abgeleitet. Durch die Anwachsung der W. Fortmann & Söhne KG auf die Oldenburgische Landesbank AG und die rechtswirksame Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG rückwirkend zum 1. Januar 2015 entfiel die aufsichtsrechtliche Kapitalmeldung auf Gruppenebene nach IFRS. Zum Bilanzstichtag erfolgte die aufsichtsrechtliche Ermittlung der Kapitalquoten gemäß § 10 KWG auf Einzelinstitutsebene der OLB AG in der Rechnungslegung nach HGB. Als Vorjahreswert wurden die vergleichbaren Kapitalquoten zum 31. Dezember 2014 herangezogen, die um jeweils 0,5 Prozentpunkte (absolut) über den im Jahresabschluss 2014 ausgewiesenen Werten gem. § 10a KWG lagen.

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	596,2	584,4	11,8	2,0
Ergänzungskapital	174,9	169,4	5,5	3,2
Eigenmittel	771,1	753,8	17,3	2,3
Risikoaktiva Adressrisiken	4.989,7	5.076,5	-86,8	-1,7
Risikoaktiva Marktrisiken	23,4	26,0	-2,6	-10,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	530,8	548,6	-17,8	-3,2
Risikoaktiva	5.543,9	5.651,1	-107,2	-1,9

%	2015	2014
Kernkapitalquote	10,8	10,3
Gesamtkapitalquote	13,9	13,3

Kundeneinlagen und OLB-Schuldverschreibungen

Mio. Euro



■ Verbriefte Verbindlichkeiten ■ Spareinlagen □ befristet □ täglich fällig

Das Kernkapital betrug auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses zum Jahresende 596,2 Mio. Euro (Vorjahr: 584,4 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Thesaurierung von 14,2 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres zurückzuführen. Gegenläufig wirkte die erhöhte Anrechnung eines regulatorischen Abschlagpostens. Das Ergänzungskapital, das im Wesentlichen aus nachrangigen Verbindlichkeiten besteht, lag zum Jahresende mit 174,9 Mio. Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres (169,4 Mio. Euro). Die Risikoaktiva entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr (5,7 Mrd. Euro) leicht rückläufig auf 5,5 Mrd. Euro.

Insgesamt verbesserte sich die Kernkapitalquote deutlich auf 10,8 % (Vorjahr: 10,3 %). Die für 2019 durch Basel III vorgegebene Mindestkernkapitalquote von 8,5 % wurde bereits erfüllt. Die OLB ist damit auch für den Fall möglicher Verschärfungen der regulatorischen Kapitalanforderungen gut aufgestellt. Die Gesamtkapitalquote betrug 13,9 % und lag ebenfalls über dem Vorjahreswert von 13,3 %. Mit der Stärkung ihres Eigenkapitals legte die Bank eine gute Basis, um auch künftig Wachstumsinvestitionen der Privat- und Firmenkunden in der Region eng begleiten zu können. Die OLB wird daher der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, die Kapitalbasis der Bank durch eine Zuführung von 13,0 Mio. Euro zu den Gewinnrücklagen zu stärken. Auf dieser Basis erwartet die Bank trotz einer geplanten Zunahme des Kreditvolumens eine stabile Kernkapitalquote.

Zusammenfassende Gesamtaussage

Die OLB konnte 2015 unter anspruchsvollen Rahmenbedingungen eine insgesamt gute Geschäftsentwicklung erzielen. Die Ertragslage im operativen Geschäft hat sich zwar trotz eines weiterhin soliden Kundengeschäfts aufgrund des verschärften Niedrigzinsniveaus gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Diesem Trend hat die Bank auf der Kostenseite aber konsequent gegengesteuert. Die positiven Ergebniseffekte einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung und eines gegenüber Vorjahr rückläufigen Risikovorsorgebedarfs haben die Belastungen aus der Bildung von Rückstellungen für das strategische Zukunftsprogramm „OLB 2019“ mehr als ausgeglichen. Die Kapitalausstattung der Bank wurde weiter gestärkt, die Liquiditätsausstattung ist unverändert angemessen. In der Zusammenschau war der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2015 günstig. Die OLB konnte das Ergebnis nach Steuern gegenüber dem Vorjahr um 27,7 % auf 31,8 Mio. Euro steigern. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich signifikant auf 72,9 % und die Eigenkapitalrendite stieg auf 7,3 %. Damit zeigt das Gesamtergebnis die prognostizierte deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der OLB ist in die folgende Darstellung der Prognose zum Geschäftsverlauf und der Lage des Konzerns integriert. Ergänzend finden sich im Konzernrisikobericht des Lageberichts weitere Angaben zum Risikomanagementsystem, einzelnen Risiken und zur Risikolage.

Die Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2016 wird im Wesentlichen von folgenden Einflussfaktoren und den daraus resultierenden Chancen und Risiken beeinflusst:

Auf Basis der Prognosen deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute geht die OLB für 2016 von einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % in Deutschland aus. Grundsätzlich erwartet die Bank einen Gleichlauf der regionalen konjunkturellen Entwicklung im Nordwesten. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt wird mit einer Fortdauer der günstigen Situation mit einer niedrigen Arbeitslosenquote und einer hohen Anzahl von Beschäftigten gerechnet. Die Prognoserechnung basiert damit auf der grundsätzlichen Erwartung eines stabilen Umfelds für die Entwicklung des Kreditgeschäfts. Risiken aus der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen hinsichtlich der Entwicklung relevanter Einzelmärkte, die neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung von spezifischen Struktur- oder Branchenproblemen beeinflusst werden. Dies betrifft neben der Schifffahrtsbranche auch spezielle Bereiche der Landwirtschaft, wo z. B. niedrige Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch die Betriebe vor Herausforderungen stellen. Im Bereich der Erneuerbaren Energien sieht die Bank aufgrund des besonderen Standortvorteils im Nordwesten weiterhin Ausbaupotenzial und damit Chancen für die weitere Begleitung der Entwicklung und Finanzierung von Windkraftprojekten.

Aufgrund ihrer massiven Eingriffe in die Finanzmärkte ist die weitere Entwicklung des Zinsniveaus im Wesentlichen von der Politik der EZB abhängig. Diese hat durch die weitere Senkung des Zinssatzes für bei ihr unterhaltene Guthaben auf –0,3 % und die Verlängerung des Ankaufprogramms für Schuldverschreibungen bis März 2017 die Rahmenbedingungen für ein weiteres Anhalten der gegenwärtigen Niedrigzinsphase gesetzt. Die OLB erwartet daher, dass der Zinsüberschuss 2016 durch das Auslaufen höher verzinsten Kredite unter Druck bleibt. Fällige Refinanzierungen auf der Passiv-Seite der Bilanz, die durch niedrig verzinsten Mittel ersetzt werden können, kompensieren diese Belastungen teilweise. Bei der aktuellen Bilanzstruktur der Bank würde ein weiteres deutliches Absinken des Zinsniveaus den Ergebnisdruck verschärfen. Dieses Risiko würde sich zusätzlich über die Bewertung der langfristigen Pensionsverbindlichkeiten im IFRS-Konzernabschluss direkt im Eigenkapital niederschlagen. Korrespondierend dazu besteht die Chance der Bank bei einem Zinsanstieg darin, Positionen variabel verzinsten Kredite und Wertpapiere sowie aufgrund geringerer Belastungen durch Pensionsrückstellungen zu profitieren.

Die OLB ist wenig anfällig für Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten, welche die Beschaffung von Liquidität erschweren oder lediglich zu hohen Zinsaufschlägen erlauben würden, da sie aufgrund des soliden Einlagengeschäftes ihr eigenes Kreditgeschäft weitgehend selbst refinanziert. Potenzielle Marktengpässe können aufgrund der mit ausreichend bemessenen Sicherheitspuffern ausgestatteten Liquiditätsreserve überbrückt werden. Mit Blick auf das Jahr 2016 werden somit keine wesentlichen Risiken aus einer unvorhergesehenen Zuspitzung an den Geld- und Kapitalmärkten gesehen. Die OLB erwartet, auch im kommenden Jahr bei der LCR über den gesetzlichen Mindestquoten zu liegen. Strukturell wird es für Banken – insbesondere aufgrund geänderter Anrechnungsvorschriften bei der Investorengruppe der Versicherungen – schwieriger, liquide Mittel einzuwerben, die langfristig zur Verfügung stehen. Dies könnte den Ersatz auslaufender Nachrangmittel von Banken erschweren und Auswirkungen auf die Gesamtkapitalquote und langfristige Liquiditätskennzahlen haben.

Der durch regulatorische Vorschriften gesteckte Rahmen für die Geschäftstätigkeiten von Banken ist in den letzten Jahren stetig enger geworden. Dieser Trend hält auch im kommenden Geschäftsjahr an. So verschärft die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie die Anforderungen an entsprechende Kreditverträge und die Baufinanzierungsberatung. Zudem werden Frühwarnsysteme und Beratungspflichten für Dispositionskredite obligatorisch. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko, dass im Namen des Verbraucherschutzes weitere einseitig den Bankensektor belastende Urteile ergehen. Hinsichtlich aktuell laufender Prozesse sieht die Bank über die im Einzelfall getroffene Vorsorge hinaus keine erhöhten Risiken. Weitere Auswirkungen aus dem Bereich Regulatorik erwartet die Bank durch die 2016 startende europäische Vereinheitlichung des bankaufsichtlichen Überwachungsprozesses (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process). In der Erwartung der Branche wird dieser Prozess zu zusätzlichen Kapitalanforderungen für die beaufsichtigten Institute führen. Neben den Kosten der Implementierung besteht das Risiko, dass bestehende Leistungsangebote der Bank u. a. wegen der Anforderung einer erhöhten Eigenkapitalunterlegung deutlich in ihrer Rentabilität eingeschränkt werden.

Im Weser-Ems-Raum als dem traditionellen Geschäftsgebiet der Bank verfügen rund 130 Kreditinstitute über ein flächendeckendes Filialnetz von ca. 1.000 Vertriebsstellen. Hauptwettbewerber der OLB sind die Sparkassen, die Volksbanken sowie im Firmenkundengeschäft auch die privaten Groß- und Landesbanken. Neben dem filialorientierten regionalen Wettbewerb gewinnt zunehmend der Multi-Kanal- und Online-Vertrieb an Bedeutung. Von dieser Entwicklung werden auch überregional tätige Wettbewerber – insbesondere Direktbanken – begünstigt, die mit einem hohen Automatisierungsgrad und aggressiver Konditionsgestaltung das traditionelle Filialbankgeschäft vor Herausforderungen stellen. Insgesamt ist der Wettbewerb geprägt von einer hohen Intensität, einer beginnenden Straffung der Filialnetze, anhaltendem Margendruck und nur limitierten Spielräumen in der Preisgestaltung. Die zunehmende Digitalisierung der Geschäftsprozesse ermöglicht es den Banken auf der anderen Seite, Prozesse effizienter zu organisieren, kostengünstiger abzuwickeln und Kunden mit einfachen, intuitiven Dienstleistungen zu binden.

Das Kundenverhalten im Bankgeschäft durchläuft einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel, wie dieser auch in anderen Wirtschaftszweigen zu beobachten ist. Private Verbraucher ebenso wie Entscheider in Unternehmen nutzen verbreitet das Internet, um Konditionen zu vergleichen. Die Preissensitivität der Kunden steigt, gleichzeitig nimmt die Kundenloyalität tendenziell ab. Einfache, intuitiv gestaltete Kundenprozesse und schnelle Abwicklung werden – geprägt durch die Kundenerfahrungen aus Handel und Dienstleistungsbranchen – zunehmend zu einer als selbstverständlich erwarteten Leistung. Angesichts eines kaum überschaubaren Informationsangebots im Internet und einer weiterhin nur eingeschränkten Befassung weiter Teile der Bevölkerung mit finanziellen Zusammenhängen behält die persönliche Beratung aber insbesondere bei komplexen Produkten weiterhin eine hohe Bedeutung und bietet die Chance, sich positiv vom Wettbewerb abzuheben.

Den herausfordernden Rahmenbedingungen stellt sich die OLB aktiv mit ihrem strategischen Zukunftsprogramm „OLB 2019“. Die Bank entwickelt sich mit ihren Kunden, um auch langfristig die kundenorientierte, kompetente, moderne und profitable Regionalbank des Nordwestens zu sein. Bei ihrer Wachstumsinitiative hat die Bank insbesondere die Firmenkunden sowie Private Banking-Kunden im Blick, da hier die Beratung von hoher Bedeutung ist. Durch den systematischen Einsatz von Spezialisten werden diese Kunden noch stärker profitieren. Die vielschichtige Beratungsleistung wird gemäß den Kundenwünschen unabhängig von Standorten und Öffnungszeiten angeboten. Darüber hinaus setzt die OLB auf ein erhöhtes Tempo bei der durchgängigen Digitalisierung und wird zunehmend Produkte und Beratungselemente auch online zur Verfügung stellen. Das Filialnetz wird die Bank weiter anpassen und in den Filialen das Angebot stärker differenzieren. Insgesamt wird die Komplexität in den Abläufen reduziert, um bedürfnisorientiert mit einfachen, verständlichen Produkten und schnellen Prozessen Kunden und Neukunden zu begeistern.

Auf dieser Basis plant die OLB für 2016 im operativen Geschäft ein moderates Wachstum des Zins- und Provisionsüberschusses. Getragen wird diese Prognose durch eine erwartete deutliche Steigerung des Kreditvolumens bei einer anhaltend weitgehenden Refinanzierung durch wachsende Kundeneinlagen. Im Provisionsgeschäft wird weiterhin die Vermögensverwaltung als Treiber bei der Belebung des Wertpapiergeschäftes gesehen. Da die Ausschüttung aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister einen Sonderertrag im Jahr 2015 darstellte, wird grundsätzlich ein insgesamt leichter Rückgang der laufenden Erträge erwartet. Allerdings bestehen weiterhin konkrete Chancen für eine Verbesserung der Gesamtertragslage durch zusätzliche Erträge aus dem Beteiligungsportfolio der Bank. Da aber Anfall und Höhe der Erträge nicht durch die OLB gesteuert werden können, sind diese nicht in die Planung mit eingeflossen.

Der Abbau von Komplexität im Rahmen des Zukunftsprogramms „OLB 2019“ führt zu einem geringeren Personalbedarf. Gemäß Planung werden bis 2019 rund 15 % der Stellen im Vergleich zur Jahresmitte 2015 abgebaut. Durch die Umsetzung dieses Programmes erwartet die Bank die Kosten auch im kommenden Geschäftsjahr stabil halten zu können, trotz notwendiger Investitionen in die Digitalisierung der Kunden- und Geschäftsprozesse. Insgesamt resultiert aus der erwarteten Entwicklung der Erträge und Aufwendungen eine geringfügige Verschlechterung der geplanten Cost-Income-Ratio für 2016.

Die Risikovorsorgeplanung basiert auf der Erwartung, dass sich die günstige Entwicklung in der Breite des Kreditportfolios 2016 nicht wiederholt, sondern auf das statistisch erwartete Niveau ansteigt. Darüber hinaus sieht die Planung Puffer für Belastungen aufgrund besonderer Entwicklungen auf Einzelmärkten vor. Auf Basis dieses konservativen Ansatzes berücksichtigt die Planung für 2016 einen deutlichen Anstieg der Risikovorsorge.

Mit Blick auf die Segmententwicklung wird erwartet, dass die drei strategischen Geschäftsfelder denselben maßgeblichen Einflussfaktoren unterliegen und grundsätzlich gleichgerichtete Entwicklungen aufweisen werden. Gute Wachstumschancen sieht die OLB insbesondere im Firmenkundengeschäft und im Segment Private Banking & Freie Berufe. Die Fortführung der Optimierungsmaßnahmen im Vertrieb wird überwiegend im Segment Privat- und Geschäftskunden zu Kosteneinsparungen und in der Folge zu einer verbesserten Cost-Income-Ratio des Bereichs führen. Weitere Einsparungen werden in den zentralen Bereichen für Betrieb und Steuerung der Bank erwartet.

Die OLB wird der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, die Kapitalbasis der Bank durch eine Zuführung von 13,0 Mio. Euro zu den Gewinnrücklagen zu stärken. Auf dieser Basis erwartet die Bank trotz einer geplanten Zunahme des Kreditvolumens eine stabile Kernkapitalquote.

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die OLB mit leicht ansteigenden Erträgen aus dem operativen Geschäft und stabilen Verwaltungsaufwendungen einen wichtigen Schritt im Rahmen des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ zu gehen. Aufgrund einer konservativ geplanten Risikovorsorge und des positiven Sonderertrages aus Beteiligungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erwartet die Bank einen leichten Rückgang des Ergebnisses vor Steuern und der Eigenkapitalrendite gegenüber 2015.

Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)

Ergänzend zur Berichterstattung über den OLB Konzern wird im Folgenden die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG erläutert.

Der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Daraus resultierten Bewertungsunterschiede zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss. Diese betrafen vor allem Finanzinstrumente, Rückstellungen und latente Steuern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen %
Zinsüberschuss	245,6	236,0	9,6	4,1
Provisionsüberschuss	69,1	68,7	0,4	0,6
Zins- und Provisionsüberschuss	314,7	304,7	10,0	3,3
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	-0,2	-0,8	0,6	-75,0
Personalaufwand	135,0	135,3	-0,3	-0,2
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	89,2	85,1	4,1	4,8
Verwaltungsaufwand	224,2	220,4	3,8	1,7
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge (+) und Aufwendungen (-)	-14,8	-17,3	2,5	-14,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	75,5	66,2	9,3	14,0
Risikovorsorge	31,3	33,5	-2,2	-6,6
Betriebsergebnis	44,2	32,7	11,5	35,2
Außerordentliches Ergebnis	-9,0	0,2	-9,2	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	-0,9	0,6	-1,5	k. A.
Übrige Posten	—	—	—	—
Gewinn vor Steuern	34,3	33,5	0,8	2,4
Steuern	16,0	13,5	2,5	18,5
Jahresüberschuss	18,3	20,0	-1,7	-8,5

¹ Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat einen Anteil an der Konzernbilanzsumme von mehr als 98 % und bestimmt damit maßgeblich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns. Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Oldenburgische Landesbank AG steht somit im Einklang mit der für den Konzern beschriebenen Entwicklung.

Neben einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister enthält der Zinsüberschuss im Einzelabschluss der OLB eine Ausschüttung aus den AllianzGI-Fonds in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro), was zu dem deutlichen Anstieg der Position auf 245,6 Mio. Euro führte (Vorjahr 236,0 Mio. Euro). Hinsichtlich der Entwicklung des Provisionsergebnisses, der Verwaltungsaufwendungen und der Risikovorsorge wird auf die entsprechenden Erläuterungen im Konzernabschluss verwiesen. Die Verwaltungsaufwendungen im Einzelabschluss steigen gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mio. Euro auf 224,2 Mio. Euro. Dieser im Vergleich zur Entwicklung im Konzernabschluss gegenläufige Trend ist zum einen darauf zurückzuführen, dass im aktuellen Geschäftsjahr erstmals die Aufwendungen der Zweigniederlassung W. Fortmann & Söhne enthalten sind. Darüber hinaus werden bestimmte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bzw. der Erstattung von Verbrauchssteuern

aus Vorjahren im HGB-Einzelabschluss als sonstiger betrieblicher Ertrag und nicht als Minderung des Sachaufwands ausgewiesen. Weitere Unterschiede resultieren aus der unterschiedlichen Bewertung verschiedener Rückstellungen nach HGB und IFRS. Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen wird auf der Aufwandsseite im Wesentlichen geprägt durch den Aufwand für Pensionsrückstellungen, der sich aus dem laufenden Zinsaufwand und dem Bewertungsergebnis aus der Diskontierung der künftigen Zahlungsströme aus Pensionszusagen ergibt. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase stieg dieser Aufwand im vergangenen Jahr deutlich. Sonstige Erträge ergaben sich durch Auflösung von Rückstellungen und Steuererstattungen im Bereich der USt. Insgesamt ging die Belastung von 17,3 Mio. Euro im Vorjahr auf 14,8 Mio. Euro zurück.

Der deutlich höhere Aufwand für Pensionsverpflichtungen ist der wesentliche Grund für den im Vergleich zum IFRS-Konzernergebnis signifikant geringeren Ergebnisanstieg vor Steuern um 0,8 Mio. Euro auf 34,3 Mio. Euro. Die Steuerbelastung stieg aufgrund der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit der Bankenaufgabe und eines Großteils der Zinsbelastung aus Pensionsrückstellungen 2015 auf 16,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,5 Mio. Euro). Als Folge sank der Jahresüberschuss von 20,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 18,3 Mio. Euro im Jahr 2015. Zusammen mit dem bestehenden Vortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 18,8 Mio. Euro.

Die Stärkung der Kapitalbasis ist die Grundlage für weiteres geschäftliches Wachstum der Bank insbesondere im Kreditgeschäft. Daher wird die Bank den Aktionären auf der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, 5,8 Mio. Euro für die Zahlung einer Bar-Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden und weitere 13,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Bilanzentwicklung

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen %
Barreserve	182	188	-6	-3,2
Forderungen an Kreditinstitute	149	445	-296	-66,5
Forderungen an Kunden	10.163	10.193	-30	-0,3
Wertpapiere	2.813	2.872	-59	-2,1
Sachanlagevermögen	81	82	-1	-1,2
Treuhandvermögen	3	4	-1	-25,0
Sonstige Aktiva	362	261	101	38,7
Summe der Aktiva	13.753	14.045	-292	-2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.541	4.341	200	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.367	7.845	-478	-6,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	696	761	-65	-8,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	259	228	31	13,6
Genussrechtskapital	—	—	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	3	4	-1	-25,0
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	614	599	15	2,5
Bilanzgewinn	19	20	-1	-5,0
Sonstige Passiva	254	247	7	2,8
Summe der Passiva	13.753	14.045	-292	-2,1

Zur Erläuterung der Entwicklung der Bilanz und der Vermögens- und Finanzlage wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Situation des Konzerns verwiesen.

Risikobericht

Aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB Konzerns unterliegt die Geschäftsentwicklung den gleichen Risiken und einheitlichen Risikomanagementprozessen. Für weitere Informationen wird daher auf den Risikobericht verwiesen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die zukünftige Geschäftsentwicklung der Oldenburgische Landesbank AG unterliegt aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns denselben maßgeblichen Einflussfaktoren. Die OLB erwartet eine gleichgerichtete Entwicklung des operativen Geschäfts für die AG und den Konzern.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungssystematik für Pensionsverpflichtungen wird bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase der Aufwand nach HGB im kommenden Jahr voraussichtlich wiederum deutlich über der Belastung im IFRS-Konzernabschluss liegen. Wesentlicher Treiber ist die gesetzlich vorgeschriebene Abzinsung der HGB-Rückstellungen mit dem 7-jährigen gleitenden Durchschnitt für eine Duration von 15 Jahren, was bei unverändertem Zinsniveau zu rückläufigen Diskontfaktoren und damit einem Anstieg der Pensionsverpflichtungen führt. Darüber hinaus ist dieser Mehraufwand steuerlich nicht berücksichtigungsfähig, da hier die Vorschriften weiterhin eine Bewertung mit einem Zinssatz von 6,0% vorsehen. Der Gesetzgeber hat die resultierende Problematik für alle nach HGB-Standard bilanzierenden Gesellschaften erkannt und aufgenommen. Am 27. Januar 2016 wurde vom Bundeskabinett eine Anpassung von § 253 HGB zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen beschlossen. Der durchschnittliche Marktzinssatz bei sonstigen Rückstellungen soll demnach für Altersversorgungsverpflichtungen künftig aus dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre ermittelt werden. Sollte auf Basis des Kabinettsbeschlusses im Jahr 2016 eine entsprechende gesetzliche Regelung in Kraft treten, würde dies zu einer sehr deutlichen Reduzierung des Rückstellungsbedarfs der OLB führen. Ein möglicher positiver Effekt auf den Jahresüberschuss 2016 würde entsprechend dem Gesetzentwurf allerdings einer Ausschüttungssperre unterliegen. Eine Änderung der steuerlichen Bewertungsvorschriften für Pensionsverbindlichkeiten ist mit dem Gesetzentwurf nicht verbunden.

Die weiteren Informationen zur erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Gesellschaft sowie zu den Annahmen, die der Prognose zugrunde liegen, sind im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des OLB-Konzerns enthalten.

Sonstige Pflichtangaben

Zweigniederlassungen

Die OLB bietet ihren Kunden mit 164 Niederlassungen und 39 SB-Filialen an weiteren Standorten einen flächendeckenden Service im Nordwesten Deutschlands.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG. Im Bericht über die Beziehungen der Bank zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand der Bank gemäß § 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die dem Institut jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat die Bank bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben nicht vorgelegen.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Der Vergütungsbericht und die Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB sind Teile des zusammengefassten Lageberichts und sind dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichten wir auf einen Abdruck an dieser Stelle.

Risikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Grundprinzipien der Risikosteuerung

In der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist der Grundsatz der Unabhängigkeit zwischen Markt und Marktfolge einerseits sowie der Risikoüberwachung andererseits verankert. In diesem Sinne existiert eine strikte Trennung zwischen aktiver Risikoübernahme durch die Markteinheiten und deren Risikomanagement auf der einen Seite sowie der Risikoüberwachung auf der anderen Seite. Im Kreditgeschäft sowie im Treasury sind Markt und Marktfolge zusätzlich bis auf Vorstandsebene voneinander getrennt.

Bei der Einführung neuer Produkte ist über einen vordefinierten Prozess (Prozess zur Einführung neuer Produkte oder zum Eintritt in neue Märkte „NPNM“) sichergestellt, dass alle betroffenen Funktionen der OLB vor Beginn geplanter neuer Geschäftsaktivitäten an der Risiko- und Ertragsanalyse beteiligt sind.

Verschiedene Gremien unterstützen den Vorstand bei der Vorbereitung von Entscheidungen zum Risikomanagement. Die wichtigste Instanz bildet das Risikokomitee.

Die innerhalb des Unternehmens etablierte Risikoberichterstattung stellt die Einbindung und Information des Vorstandes im Risikomanagementprozess sicher.

Durch geeignete Maßnahmen zur Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagementprozess ist gewährleistet, dass die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen angemessen sind.

Risikostrategie

Die Risikostrategie wird vom Vorstand der Bank beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft. Das Risikomanagement der Allianz SE (übergeordnetes Finanzkonglomeratsunternehmen) legt konzernweite Standards fest. Speziell für Banken werden eigene Anforderungen durch die Allianz SE formuliert, welche den Banken-Tochtergesellschaften als Empfehlung gegeben werden.

Die Risikostrategie leitet sich aus der Geschäftsstrategie ab und berücksichtigt die Ergebnisse der Risikoinventur, die Risikotragfähigkeit und die organisatorischen Rahmenbedingungen der Bank. Die Formulierung der Risikostrategie erfolgt im Rahmen eines strukturierten Strategieprozesses, der sicherstellt, dass:

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Geschäftsplanung der OLB konsistent sind,
- nur Risiken eingegangen werden, die einem Steuerungsprozess unterworfen sind und die in ihrer Höhe die Unternehmensexistenz nicht gefährden,
- die Forderungen von Kunden und anderen Gläubigern der OLB gesichert sind,
- eine risikosensitive Limitierung der wesentlichen Risikoarten und der Risiken auf Geschäftsfeldebene die jederzeitige Risikotragfähigkeit der OLB gewährleistet,
- die jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet und mit Hilfe von Limiten überwacht wird und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Die OLB versteht sich als nachhaltig wirtschaftende, kundenorientierte Bank mit langfristiger Geschäftsausrichtung und einem auf Solidität und Stetigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell. Der Risikomanagementprozess der Bank unterstützt die Umsetzung dieser Strategie, indem die Nachhaltigkeit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens durch die Beherrschung der eingegangenen Risiken sichergestellt wird.

Aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht kommt der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter eine besondere Rolle zu, da die Ausgestaltung neben anderen personalpolitischen Zielen auch das risikoadäquate Handeln gewährleistet. Die Ausgestaltung wird daher regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten getroffen, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen.

Definition der Risikoarten

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken für die OLB relevant und ob alle wesentlichen Risikoarten einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen sind. Das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko werden als wesentliche Risiken klassifiziert, da sie aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind. Über die Risikostrategie finden die Ergebnisse der Risikoinventur Eingang in den Risikotragfähigkeitsprozess.

Kreditrisiko

Definition des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko ist definiert als das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko, das Spread-Risiko sowie das Länderrisiko:

- *Ausfallrisiko*
Das Ausfallrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, d. h. durch seine Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.
- *Migrationsrisiko*
Das Migrationsrisiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes einer Forderung durch Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Kontrahenten bzw. Schuldners.
- *Spread-Risiko*
Das Spread-Risiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes aufgrund von Veränderungen von Liquiditäts-Spreads und/oder Credit Spreads am Markt.
- *Länderrisiko*
Das Länderrisiko als Teil des Kreditrisikos wird definiert als Übernahme eines grenzüberschreitenden Risikos, insbesondere eines Transfer- und Konvertierungsrisikos, d. h. des Risikos, dass aufgrund von Moratorien und/oder Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Rückführung von Zins- und/oder Tilgungszahlungen in lokaler und/oder Fremdwährung unmöglich ist.

Marktrisiko

Definition des Marktrisikos

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank aufgrund von unerwarteten Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter Verluste erleidet. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiko

Definition des Liquiditätsrisikos

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die OLB zum einen das Risiko, dass sie die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit gewährleisten kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen versteht die Bank darunter auch das Risiko von Preisaufschlägen bei der Mittelaufnahme zur Schließung bestehender Refinanzierungslücken, die durch die Ausweitung von Liquiditäts- und Kreditaufschlägen auf den Zins marktbedingt entstehen können (Liquiditätskostenrisiko).

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

Das operationelle Risiko ist für die OLB das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Mitarbeitern, Systemen oder internen Verfahren bzw. infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch das Rechts- und das Rechtsänderungsrisiko, das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen, das Modellrisiko, das Reputationsrisiko und das Projektrisiko.

- *Rechts- und Rechtsänderungsrisiko*

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Conduct-Risiko als Unterkategorie des Rechtsrisikos beschreibt Verstöße gegen Wohlverhaltenspflichten insbesondere gegenüber Kunden (z. B. Verkaufspraktiken von Produkten, Interessenkonflikte und Anreizverfahren in Vertriebskanälen sowie Marktmanipulationen). Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften bzw. deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.

- *Risiko sonstiger strafbarer Handlungen*

Unter dem Risiko sonstiger strafbarer Handlungen versteht die OLB das Kriminalitätsrisiko und das Korruptionsrisiko:

- *Kriminalitätsrisiko*

Das Kriminalitätsrisiko ist in der Bank als das Risiko von Verlusten aufgrund krimineller Handlungen durch Mitarbeiter und/oder Dritte definiert.

- *Korruptionsrisiko*

Korruption im juristischen Sinne bezeichnet den Missbrauch einer Vertrauensstellung, um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht. Die OLB definiert folglich das Korruptionsrisiko als den wirtschaftlichen Verlust, den die Bank als Folge von Korruption erleiden kann.

- *Modellrisiko*

Das Modellrisiko beschreibt das Verlustpotenzial aus falschen Steuerungsimpulsen infolge der unsachgemäßen Anwendung, des ungeeigneten Einsatzes für die Anwendung, der ungeeigneten bzw. falschen Eingangsparameter sowie der Inkonsistenz des Modells (Modell veraltet oder nicht sachgerecht modelliert). Einem (möglichen) Modellrisiko im Sinne des operationellen Risikos unterliegen alle Modelle, die in der Produkt- oder (Bilanz-)Bewertung zur Entscheidungsfindung eingesetzt werden und nicht unmittelbar die Eigenkapitalanforderungen beeinflussen bzw. zu deren Überprüfung genutzt werden (Säule I & Säule II – Quantifizierungsmodelle).

- *Reputationsrisiko*

Unter einem Reputationsrisiko versteht die OLB die Gefahr einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens. Dabei geht es sowohl um die Unternehmenswahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit als auch bei (potenziellen) Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern, Aktionären oder Behörden.

- *Projektrisiko*

Die Bank versteht unter Projektrisiko den potenziellen Schaden, der durch Verzögerung, Kostenerhöhung, Qualitätseinbußen oder Scheitern von Projekten entstehen kann.

Risikotragfähigkeit

Die Bank verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht als strenge Nebenbedingung.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Liquidationsansatz)

Die OLB definiert in der Geschäftsstrategie den Liquidationsansatz als führenden Steuerungsansatz für die Risikotragfähigkeit. Die Kennzahl zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit ist dabei die Überdeckungsquote. Sie ermittelt sich als Quotient aus vorhandenem Risikodeckungspotenzial und dem Risikokapitalbedarf aus den eingegangenen Risiken. Die Risikotragfähigkeit ist gewährleistet, solange die Überdeckungsquote größer 100 % ist. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des

geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert. Der Risikokapitalbedarf wird mittels Value-at-Risk-Modellen auf einem Konfidenzniveau von 99,93 % und mit einer Haltedauer von einem Jahr berechnet.

Das Risikodeckungspotenzial wird im Liquidationsansatz aus bilanziellen Größen des IFRS-Teilkonzernabschlusses abgeleitet. Das Risikodeckungspotenzial berücksichtigt keine zukünftigen Gewinne.

Periodische Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die OLB überwacht neben dem Liquidationsansatz als strenge Nebenbedingung auch die periodenorientierte Risikotragfähigkeit, um die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung laufend zu gewährleisten (Going-Concern-Sicht). In der Going-Concern-Sicht der Bank ist die periodische Risikotragfähigkeit gegeben, solange auch entsprechende Verlustszenarien nicht zur Unterschreitung der gemäß CRR geforderten Kernkapitalquote und Gesamtkennziffer innerhalb des nächsten Jahres führen.

Zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit betrachtet die OLB dabei ein Verlustszenario, bei dem der maximale periodische Verlustbeitrag mittels eines Expected Shortfall zum Konfidenzniveau von 95 % (Conditional Value at Risk-Modell) und die gestressten risikogewichteten Aktiva mittels des Szenarios „schwerer konjunktureller Abschwung“ ermittelt werden. Zur abschließenden Beurteilung der periodenorientierten Risikotragfähigkeit werden die gestressten risikogewichteten Aktiva ins Verhältnis zum gestressten Kernkapital bzw. zum gestressten haftenden Eigenkapital gesetzt und es wird überprüft, ob die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote im betrachteten Risikoszenario die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten zum Risikohorizont weiterhin einhalten. Die Mindestkapitalquote ist definiert als Kapitalquote vor Capital Conservation Buffer (CCB).

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Im Rahmen seiner Gesamtverantwortung und nach § 25c KWG ist der Vorstand der OLB für die Festlegung der Strategien des Instituts sowie für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen, konsistenten und aktuellen Risikomanagementsystems verantwortlich. Er legt die Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling und den organisatorischen Aufbau fest und überwacht deren Umsetzung.

In der Risk Policy werden – als Ausgestaltung der Vorgaben aus der Risikostrategie – die wesentlichen Aspekte zur Organisation des Risikomanagements beschrieben. Hierbei ist das Risikokomitee unterhalb des Vorstandes als das zentrale Gremium zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit der Bank installiert. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der Vorstand Finanzen/Betrieb, der Leiter Kreditmanagement sowie die Leiter der Abteilungen Risikocontrolling, Groß- und Spezialkredite, Finanzen/Controlling und Qualitätsmanagement Kredit sowie der Gruppenleiter Treasury vertreten. Als Unterausschüsse des Risikokomitees sind der Risikomethoden- und Prozessausschuss, der Ausschuss für Operationelle Risiken und der Kreditportfolioausschuss eingerichtet, die jeweils vom Risikovorstand geleitet werden. Änderungen an Methoden und Risikoparametern werden im Ausschuss für Operationelle Risiken (für die operationellen Risiken) sowie im Risikomethoden- und Prozessausschuss (für alle übrigen Risikoarten) fachlich beurteilt. Der Kreditportfolioausschuss beurteilt Vorschläge zu Portfoliomaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Der Ausschuss für Operationelle Risiken ist das zentrale Gremium zur Steuerung der operationellen Risiken innerhalb der OLB. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Gesamtvorstandes werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für die Steuerung der wesentlichen Risikoarten sind die folgenden Gremien und Organisationseinheiten verantwortlich:

Risikoart	Gremium/Organisationseinheit
Kreditrisiko	Risikokomitee (Kreditportfolioausschuss)
Markt- und Liquiditätsrisiko	Treasury
Operationelles Risiko	Risikokomitee (Ausschuss für Operationelle Risiken)

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen und Limite die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen ist Teil dieser Aufgabe; die Entscheidung über Einzelkreditrisiken obliegt gemäß geltender Kompetenzordnung hingegen unterschiedlichen Organisationsstufen.

Risiküberwachung

Die Risiküberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance, die organisatorisch unabhängige Bestandteile des Risikomanagements der OLB sind. Es besteht sowohl eine strikte Trennung zwischen diesen beiden Abteilungen als auch zwischen den Einheiten, die für die Initiierung bzw. den Abschluss sowie die Beurteilung und Genehmigung von Geschäften zuständig sind. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen zur Verfügung. Compliance ist verantwortlich, den Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Hierbei hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, indem sie die Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse prüft.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Gesamtvorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter) und den Aufsichtsrat sowie den durch den Aufsichtsrat eingesetzten Risikoausschuss. Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision sowie an Compliance weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilung Finanzen/Controlling.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Kreditrisiko

Risikomessung

Zur Messung des ökonomischen Kreditrisikos wird in der OLB ein anerkanntes Kreditrisikomodell eingesetzt – das Simulationsmodell Credit Metrics™. Dieses Modell bildet das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko und das Spreadrisiko ab.

Auf Basis der Verlustrisiken jeder Einzelposition wird über das Modell eine gemeinsame Verlustverteilung aller Positionen ermittelt und dem Portfolio so ein Wert zugewiesen. Aus den Wertveränderungen des gesamten Portfolios werden abschließend die für die Risikosteuerung benötigten Risikokennzahlen und Limitgrößen abgeleitet. Zur Messung und Steuerung der Risiken wird ein Credit-Value-at-Risk (99,93%/1 Jahr) verwendet. Dieser beschreibt die Differenz zwischen dem Value-at-Risk (99,93%/1 Jahr) und dem erwarteten Verlust.

Eine Limitierung der Kreditrisiken erfolgt sowohl auf Gesamtportfolio- als auch auf Teilportfolioebene. Ergänzend werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Die dort betrachteten Szenarien werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Aktualität und Relevanz überprüft.

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Das Management sämtlicher Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf einem integrierten Konzept von Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anforderungssystemen, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. Engagements, die zum in der OLB als nichtrisikorelevant definierten Geschäft zählen (entspricht dem homogenen Portfolio), unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des als risikorelevant eingestuftes Geschäftes (entspricht dem inhomogenen Portfolio) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehaltes – innerhalb festgelegter Regeln – in der Gemeinschaftskompetenz des Marktes mit der Marktfolge votiert und entschieden.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im nichtrisikorelevanten Geschäft in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt bzw. bei Baufinanzierungsneugeschäft der Baufinanzierungsexperte, soweit eine angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden aus den Bereichen „Private Banking & Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden – bei angemessener Bonität – durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes (sofern es sich nicht um Baufinanzierungs- oder Verbraucherkreditgeschäft handelt) unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Raterstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit

von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch externe Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen sämtliche Engagements einer permanenten Kreditüberwachung. Bei Gesamtengagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) und einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro wird jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse vorgenommen. Engagements von Firmenkunden und Freiberuflern unterliegen bis zu einem Gesamtvolumen von 250 Tsd. Euro und bei einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro einem individuellen, über Risikofrüherkennungsmerkmale angesteuerten Ratingprozess. Für Spezialfinanzierungen und Banken gelten besondere Ratingregeln. Alle übrigen Engagements werden einem maschinellen, monatlich durchgeführten Bestands-Rating unterzogen.

Zusätzlich werden alle Engagements durch verschiedene maschinelle und manuelle Risikofrüherkennungsverfahren überwacht, die im Bedarfsfall eine Ratingpflicht auslösen und vordefinierte Analyse- und Berichtsprozesse in Gang setzen.

Turnus und Umfang der wiederkehrenden Bewertung von Sicherheiten sind abhängig von der Art der Sicherheit und dem ihr beigemessenen Wert. So ist vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die Bank ein zentrales Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen eine individuelle Überprüfung der regional betroffenen Immobilienwerte veranlasst.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Genehmigung der Kreditvergabe und an die Kreditüberwachung sind an das jeweilige Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren entsprechende Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limitierungen auf Kreditnehmerebene oder von Finanzierungsarten führen dazu, dass bei Bedarf z. B. entsprechende Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebsseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Inhalt der vierteljährlichen Berichterstattung ist auch die Untersuchung möglicher Risikokonzentrationen im Bereich des Kreditrisikos. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements, Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt. Zusätzlich wird mindestens einmal jährlich

im Rahmen der Risikoinventur eine Untersuchung der Risikokonzentrationen durchgeführt, um ergänzenden Bedarf im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Risikostrategie zu erkennen.

Zur Vermeidung von Risikokonzentrationen sind in der Risikostrategie über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert; die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Handelsgeschäft

Die OLB ist ein Nichthandelsbuchinstitut mit Zugang zu allen wesentlichen Kapitalmärkten. Handelsbuchaktivitäten finden nach Artikel 94 CRR nur noch in geringem Umfang statt. Auslöser hierfür sind die von Kunden initiierten Devisengeschäfte zuzüglich der dazugehörigen Absicherungsgeschäfte. Eine offene Devisenposition ist nur noch im Rahmen von technischen Bagatellgrößen möglich.

Risikomessung

Zur Limitierung der Kreditrisiken aus Handelsgeschäften wird für Derivate die Marktbewertungsmethode unter Hinzuziehung aufsichtsrechtlicher Add-ons verwendet. Die aufsichtsrechtliche Risikoanrechnung erfolgt über den fortgeschrittenen IRB-Ansatz nach CRR.

Daneben hat die Bank die Kreditrisiken aus Handelsgeschäften in das interne Kreditportfoliomodell integriert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk-Ansatzes ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Kreditrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Risikomanagement

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz und der Stabilität der Ertragslage. Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte zur Risikobegrenzung. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch werden in der OLB passiv gesteuert. Die Risikoposition entsteht im Wesentlichen durch die Entwicklung des Kreditneugeschäftes, den Bestand hochliquider Rentenpapiere der benötigten Liquiditätsreserven sowie die Refinanzierungsstruktur. Für die Liquiditätsreserve der Bank darf eine Anlage nur im Rahmen fest definierter Produktarten erfolgen.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität und auf zentrale Kontrahenten, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Risikostrategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Kreditgeschäft behandelt.

Marktrisiko

Risikomessung

Die OLB unterliegt Marktrisiken im Kunden- und Handelsgeschäft. Wesentliche Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis von Aktien,
- die Wechselkursentwicklung, sowie
- die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling, wobei die Entwicklung von Risiken und Ergebnisse der Liquiditätsreserve täglich und der VaR des Bankbuches monatlich berichtet werden.

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktrisiken erfolgt auf Gesamtbankebene insbesondere mittels Value-at-Risk-Modellen.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt. Sondertilgungsrechte im Kreditgeschäft gehen ebenfalls als Modell-Cashflow in die Risikomessung ein.

Das Währungsrisiko wird auf Basis der Standardmethode für Marktpreisrisiken gemäß CRR berechnet. Die OLB geht Währungsrisiken nur in Zusammenhang mit Kundengeschäften ein. Diese werden soweit möglich täglich geschlossen. Für nicht geschlossene Positionen wird die Einhaltung eines Limits von 0,5 Mio. Euro überwacht.

Für die Risiken aus dem Bestand an Sorten und Edelmetallen besteht ein Limit von 2 Mio. Euro.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung des Marktrisikos ist die Gruppe Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird im Banksteuerungskomitee beraten und entschieden. Die Überwachung und Limitierung der Kreditrisiken erfolgt im Kreditkomitee, die der Marktrisiken im Risikokomitee.

Zur Limitierung der Risiken dient der Value-at-Risk für das Marktrisiko (99,93%/1 Jahr), welcher unter Berücksichtigung der Diversifikation weiter auf die beiden Positionen Aktien und Zinsbuch allokiert wird.

Zur Bewertung der Marktrisiken werden ergänzend zur statistischen Risikomessung mit Hilfe von VaR-Modellen regelmäßig sowohl regulatorische als auch ökonomische Stresstests durchgeführt.

Liquiditätsrisiko

Risikomessung

Auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen erfolgt mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken (im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos). Neben den deterministischen Zu- und Abflüssen werden auch Annahmen zur Weiterentwicklung des variablen Geschäfts getroffen. Die Auswertungen zum zukünftigen Liquiditäts-cashflow finden dabei sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien statt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Szenarien entspricht dabei grundsätzlich derjenigen aus der mittel- und langfristigen Sicht.

Die Messung und Steuerung der mittel- und langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf Auswertungen, die monatlich den zukünftigen Liquiditätscashflow mit einer Vorausschau auf die nächsten zehn Jahre analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang wird die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien untersucht.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Annahme von zunehmenden Kreditausfällen, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der Bank. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bank Runs.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend werden Risikokonzentrationsanalysen in der Liquiditätsrisikobetrachtung berücksichtigt. Dabei fließen zusätzlich die Unwägbarkeiten aus Mittelabflüssen der Top-10-Einlegekunden ein.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist Bestandteil der Risikomessung. Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl LCR der CRR. Die LCR fordert die Haltung eines Liquiditätspuffers, der die innerhalb von 30 Tagen unter marktweiten und idiosynkratischen Stressbedingungen anfallenden Nettozahlungsabflüsse mindestens abdeckt. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden seit dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt. Vervollständigt wird diese Betrachtung durch einen Liquiditätspuffer für den Zeitraum einer Woche. Alle Maßnahmen dienen der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve.

Zur Bewertung des Liquiditätskostenrisikos werden die Liquiditätsablaufbilanzen der nächsten zehn Jahre aus den Stress-Szenarien des Liquiditätsrisikos analysiert. Kommt es in diesem Zeitraum in einem Szenario zu einer Unterschreitung von Liquiditätsrisikolimiten, so wird die Lücke zwischen gegebener und benötigter Liquidität durch eine Simulation liquider Refinanzierungsgeschäfte zu aktuellen Zinsen mit möglichen Liquiditäts-Spreads bei gleichbleibender Bonität geschlossen. Das Liquiditätskostenrisiko wird wertorientiert als LVaR zum Konfidenzniveau 99,93 % ermittelt.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken werden auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern der Liquiditätsverordnung und der LCR limitiert. Bei der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung werden Forderungen und Verbindlichkeiten auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem

Risikokomitee berichtet. Ein vorzuhaltender Liquiditätspuffer, der sich aus den wöchentlichen Liquiditätsabflüssen aus Kundengeschäften ableitet, ergänzt diese Betrachtungen. Die Limitierung der Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“. Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“, „Top-10-Einlagekunden“ sowie das Szenario „Kombiniert“. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Bei der LCR handelt es sich um eine Liquiditätsrisikokennzahl für ein vorgegebenes Stressszenario in 30 Tagen. Seit Oktober 2015 wird die LCR nach der Delegierten Verordnung berechnet. Für die LCR gibt es aufsichtsrechtliche Limite, die um interne Frühwarnschwellen ergänzt wurden.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von Repo-Geschäften zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Operationelles Risiko

Risikomessung

Zur Identifikation, Bewertung und Überwachung operationeller Risiken werden in der OLB einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt.

Seit 2003 werden relevante Schadensfälle, die auf Operationelle Risiken zurückzuführen sind, strukturiert und systematisch in einer internen Datenbank erfasst. Die aus den erfassten Schadensfällen gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden in der Bank Szenarioanalysen in Form eines Risk-Assessments durchgeführt. Hierbei werden durch Experten, Produkt- und Prozessverantwortliche kritische Szenarien hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalysen wird der ökonomische Kapitalbedarf für die Risikotragfähigkeitsrechnung bestimmt.

Der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko wird nach dem Standardansatz ermittelt.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle sowie den Risikoindikatoren für Operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Risikolage

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Liquidationsansatz)

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2015	2014
Kreditrisiko	327,7	366,7
Marktrisiko	102,0	92,5
Liquiditätskostenrisiko	0,0	—
Operationelles Risiko	19,7	27,8
Bankweites Risiko	449,4	487,0

Mit dem zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzial konnte das bankweite Risiko per 31. Dezember 2015 zu 174 % (Vorjahr zu 150 %) abgeschirmt werden. Die allokierten Limite wurden zum gleichen Stichtag zu 127 % (Vorjahr zu 124 %) durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt. Für das Geschäftsjahr 2016 wird eine stabile Entwicklung der Deckungsquote erwartet.

Der periodische Vergleich des bankweiten Risikos mit dem Risikodeckungspotenzial zeigte, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit im gesamten Berichtsjahr gegeben war.

Das Liquiditätsrisiko wird in der Bank durch einen eigenen Risikomanagementprozess gesteuert und überwacht, der sicherstellt, dass auch in ungünstigen, aber denkbaren Marktsituationen genügend liquide Aktiva vorhanden sind, um die Zahlungsfähigkeit des Instituts jederzeit zu gewährleisten. Aus diesem Grund, und weil die Risikodeckungsmasse in der wertorientierten Risikotragfähigkeit nicht geeignet ist, die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, ist das Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsfähigkeit hier nicht enthalten. Das Liquiditätskostenrisiko wurde im Geschäftsjahr hingegen als wesentliches Risiko eingestuft und ist daher seit Juni 2015 Bestandteil der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Kreditrisiko

Der Rückgang des Kreditrisikos ist Folge einer in einem stabilen konjunkturellen Umfeld verbesserten Bonitätsstruktur bei relativ konstanter Portfoliogröße und Granularität. Die ebenfalls verbesserte Besicherung einiger Spezialfinanzierungsportfolios zahlte ebenfalls auf die Verminderung des Kreditrisikos ein.

Marktrisiko des Anlagebuchs

Das Limit für Marktrisiken und dessen Auslastung wurden im Jahresverlauf erhöht.

Operationelles Risiko

Das Operationelle Risiko wird auf Basis des Value-at-Risk aus einer Szenarioanalyse ermittelt. Die Szenarioanalyse wird jährlich oder bei Bedarf anlassbezogen aktualisiert. Für das Jahr 2015 ergab sich gegenüber 2014 ein deutlich geringerer Risikobetrag. Eine anlassbezogene Aktualisierung war im letzten Jahr nicht notwendig.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der Risikopositionen des Kreditrisikos, des Marktrisikos, des Liquiditätskostenrisikos und des operationellen Risikos. Dieser Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2015 betrug unter dieser Annahme 449,4 Mio. Euro (Vorjahr: 487,0 Mio. Euro).

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalausstattung war 2015 im Verlust-Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ jederzeit gegeben.

Kreditrisiko

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio der Bank wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36 (a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kunden	10.191,8	10.300,4
Forderungen an Kreditinstitute	151,5	435,1
Finanzanlagen	2.834,3	2.865,4
Handelsgeschäft	13,0	14,9
Eventualverbindlichkeiten	293,7	303,3
Offene Kreditzusagen	639,7	600,1
Summe	14.124,0	14.519,2

Das Kreditportfolio der OLB wird mit 79 % (Vorjahr: 77 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.740,7	290,1	633,4	2.998,2	13.662,4	13.943,7
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	166,9	2,0	1,2	0,3	170,4	243,4
Überfällig und einzelwertberichtigt	284,2	1,6	5,1	0,3	291,2	332,1
Summe	10.191,8	293,7	639,7	2.998,8	14.124,0	14.519,2

Als „überfällig“ gilt ein Kunde, sobald er eine wesentliche Überziehung gemäß CRR aufweist, die als am Kunden kumulierte Kontoüberziehung bzw. als kumulierter Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro oder mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden definiert ist. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Ist der Kunde länger als 90 Tage überfällig oder gibt es andere Hinweise auf eine drohende Zahlungsunfähigkeit (z. B. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), gilt er im Sinne der Rechnungslegung sowie im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung als „ausgefallen“. Er wird in die Verfahren zur Ermittlung einer Einzelwertberichtigung aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der Bank gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung auf der internen Ratingklasse, die über statistische Verfahren im Rahmen der Kreditbearbeitung regelmäßig ermittelt wird. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handels-geschäft	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kredit-zusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
1–2	525,4	52,0	2.400,1	—	1,6	4,6	2.983,7	3.084,5
3–4	1.457,9	97,2	333,8	4,4	63,7	151,6	2.108,6	1.989,0
5–6	2.365,3	0,1	—	1,6	102,4	201,4	2.670,8	2.551,4
7–8	3.437,2	0,9	—	1,2	77,5	177,3	3.694,1	3.772,7
9–10	1.407,0	—	—	1,4	33,5	80,6	1.522,5	1.719,8
11–12	407,1	—	—	—	10,7	16,4	434,2	553,0
13–14	125,1	—	—	0,2	0,7	1,0	127,0	145,5
n. a.	15,7	1,3	100,4	3,6	—	0,5	121,5	127,8
Summe	9.740,7	151,5	2.834,3	12,4	290,1	633,4	13.662,4	13.943,7

Bonitätsklasse ¹	Bewertung
1 – 2	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
3 – 4	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
5 – 6	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
7 – 8	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
9 – 10	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
11 – 12	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
13 – 14	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

¹ Die Bonitätsklassen 15 und 16 umfassen Kreditnehmer, die sich nach CRR im Zahlungsverzug befinden oder als ausgefallen gelten.

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird für rund 95 % (Vorjahr: 94 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse 1–10), bei 3 % (Vorjahr: 4 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse 11–12). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 1 % (Vorjahr: 1 %; Bonitätsklasse 13–14).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio der Bank entstammen zum einen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Zum anderen werden im Rahmen von Geldmarktgeschäften Wertpapiere als Sicherheit für Forderungen gegenüber Kreditinstituten hereingenommen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	10.191,8	151,5	293,7	639,7	11.276,7	11.638,9
Zugeordnete Sicherheiten	6.242,4	—	57,2	—	6.299,6	6.319,6

Die Forderungen des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 61 % (Vorjahr: 60 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden mit 75 % (Vorjahr: 76 %) Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien, gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 10 % (Vorjahr: 10 %). Auf die sonstigen Sicherheiten – im Wesentlichen Sicherungsübereignungen – entfallen etwa 15 % (Vorjahr: 14 %).

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Sicherheitsleistungen (gem. IFRS 7.13)
Finanzielle Vermögenswerte

						2015
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	177,7	-154,2	23,5	—	—	23,5
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	27,6	—	27,6	-27,6	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	205,3	-154,2	51,1	-27,6	—	23,5

						2014
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	157,1	-133,3	23,8	—	—	23,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	31,9	—	31,9	-31,9	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	50,0	—	—	—	-50,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	239,0	-133,3	55,7	-31,9	-50,0	23,8

Finanzielle Verbindlichkeiten

						2015
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 195,8	154,2	- 41,6	—	—	- 41,6
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 101,5	—	- 101,5	27,6	73,9	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 443,2	—	- 443,2	—	438,0	- 5,2
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 967,1	—	- 967,1	—	956,4	- 10,7
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.707,6	154,2	- 1.553,4	27,6	1.468,3	- 57,5

						2014
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 166,6	133,3	- 33,3	—	—	- 33,3
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 122,3	—	- 122,3	31,9	90,4	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 1.117,6	—	- 1.117,6	—	1.068,6	- 49,0
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.406,5	133,3	- 1.273,2	31,9	1.159,0	- 82,3

Rückstände

Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen

– Gliederung nach Dauer des Rückstands –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	163,5	2,0	1,2	0,3	167,0	241,2
31 – 60 Tage	3,1	—	—	—	3,1	1,1
61 – 90 Tage	0,3	—	—	—	0,3	1,1
Summe	166,9	2,0	1,2	0,3	170,4	243,4

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 98,0 % (Vorjahr: 99,1 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 2,0 % (Vorjahr: 0,9 %). Absolut ist die Summe der Überziehungen gegenüber dem letzten Stichtag deutlich zurückgegangen.

Risikokonzentrationen

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Daneben bildet das Kreditgeschäft im Bereich der Erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft- und Biogasanlagen, einen Schwerpunkt.

Schiffsfinanzierungen

Schiffsfinanzierungen haben trotz des sukzessive reduzierten Portfolios weiterhin einen hohen Anteil an der Risikovorsorge. Im Ganzen nimmt die Belastung aus dem Schifffahrtsportfolio jedoch ab, da der Großteil der risikobehafteten Schiffsengagements restrukturiert wurde. Dennoch wirkt sich die seit 2008 anhaltende Branchenkrise im Schifffahrtsbereich weiterhin auf die Bewertung aus. Dies ist zum größten Teil auf die stagnierenden Charraten zurückzuführen. Im Jahresverlauf wurden weitere Schiffe vom Fortführungswert auf den Substanzwert zurückgenommen.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Risikokonzentrationen auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sieht die Bank dort jedoch aktuell keine relevanten Risikokonzentrationen.

Dort wo sich Konzentrationen aufgrund der Sicherheitenart bzw. des Sicherheitengegenstandes ergeben, wurden geeignete Maßnahmen zur Überwachung implementiert:

Sicherheit	Überwachung
Immobilien	Immobilienmarktmonitoring zur Überwachung regionaler Marktpreisschwankungen
Binnen- und Seeschiffe	Halbjährliches Marktwertgutachten

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen nahezu vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (1–6). 99,9 % der Forderungen liegen im Bereich 1–4, der Rest in Höhe von 1,0 Mio. Euro verteilt sich auf die Bonitätsklassen 5–8.

 siehe Grafik unten links

Das Volumen wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter reduziert. Die Bank setzt in diesem Segment ihre konservative Risikopolitik fort.

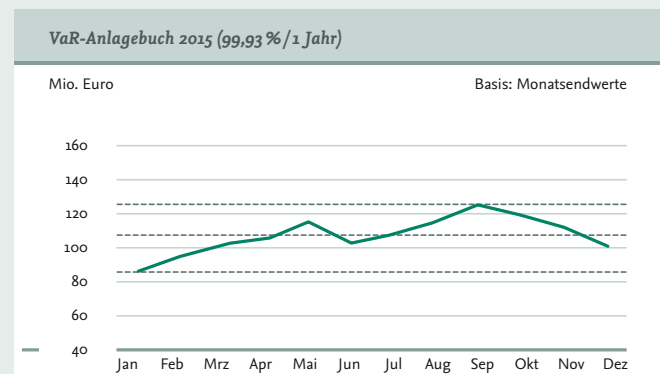
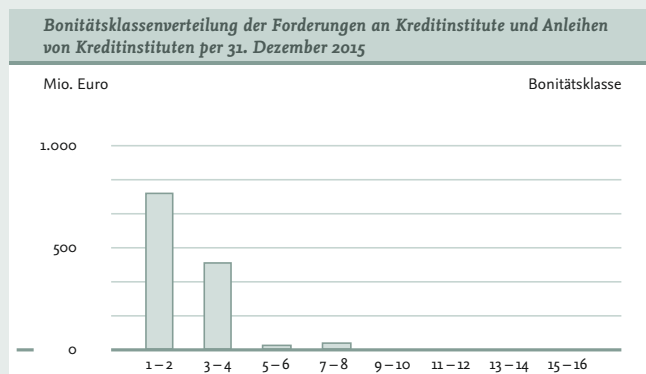
Länderrisiko

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen in der Bank keine wesentliche Rolle.

Marktrisiko

Handelsgeschäft

Der Handel wurde zum Jahresende 2012 eingestellt; neue Positionen wurden dem Anlagebuch zugeordnet.



■ Minimum, Maximum, Mittelwert ■ VaR

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2015:

Mio. Euro	VaR
Minimum	85,6
Mittelwert	107,7
Maximum	125,6

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2015 oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 107,7 Mio. Euro über dem Wert für 2014 in Höhe von 86,5 Mio. Euro. Das Limit in Höhe von 125 Mio. Euro wurde im September kurzfristig leicht überschritten.

Das Marktrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Hauptsächlich durch Zukäufe in der Liquiditätsreserve und durch das wachsende Kreditgeschäft ist das Risiko gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

 siehe Grafik Seite o85 rechts

Die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten wurde im September für wenige Tage überschritten (20,6 % bei einer Meldegrenze von 20 %).

Operationelles Risiko

Im Rahmen des jährlichen Risk-Assessments werden von der Abteilung Risikocontrolling institutspezifische Risikoszenarien entwickelt. Nach Absprache werden die relevanten Szenarien in Workshops mit Experten aus den Fachabteilungen besprochen und von diesen hinsichtlich der möglichen Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet.

Mittels einer Monte Carlo-Simulation wird der VaR zum 99,93 % Quantil bestimmt. Sofern bei Szenarien unterjährige Veränderungen auftreten, erfolgt eine Neubewertung der entsprechenden Szenarien. Für das Jahr 2015 wurde mit 19,7 Mio. Euro ein deutlich niedrigerer Risikobetrag ermittelt als im Vorjahr (27,8 Mio. Euro). Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf die risikosensitivere Ausgestaltung des internen Modells zurückzuführen.

Beispiele für relevante Szenarien:

Szenario	Zuständiger Fachbereich
Ausfall unternehmenskritischer IT	Informationstechnologie
Beratungshaftung	Produktmanagement
Änderung in Gesetzgebung und Rechtsprechung	Recht
Modellrisiko bei der Bemessung des Marktpreisrisikos	Risikocontrolling
Pandemie	Organisation

Liquiditätsrisiko**Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer**

	2015	2014
Minimum	1,25	1,41
Mittelwert	1,38	1,52
Maximum	1,58	1,74

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 38 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2015 betrug die Kennziffer 1,25.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht unter dem Vorjahresniveau.

Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die Bank die Kennzahl LCR der CRR. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden seit dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl nach Delegierter Verordnung ergänzt. Die Meldekennziffer LCR der OLB lag am 31. Dezember 2015 bei 138 %.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

Forderungen 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	45,7	0,2	—	—	45,9
Forderungen an Kunden	1.262,8	659,5	2.718,0	5.761,1	10.401,4
Forderungen zum 31. Dezember 2015	1.308,5	659,7	2.718,0	5.761,1	10.447,3

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 747,5 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52,4	—	—	—	52,4
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.212,9	896,1	1.017,5	1.340,9	4.467,4
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.615,7	—	—	—	4.615,7
Spareinlagen	1.711,6	136,0	21,0	—	1.868,6
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133,1	43,7	293,8	420,1	890,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	9,6	70,3	41,9	273,6	395,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	58,0	25,6	102,6	250,4	436,6
Steuerschulden	—	—	3,5	—	3,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	—	132,7	103,1	250,8
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015	7.808,3	1.171,7	1.613,0	2.388,1	12.981,1

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	0,1	4,2	52,5	54,7	111,5
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps	1,4	0,9	—	—	2,3
Devisenoptionen	0,1	0,1	—	—	0,2
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2015	1,6	5,2	52,5	54,7	114,0

Forderungen 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	1.609,4	725,0	2.597,3	5.801,0	10.732,7

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Steuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	7.798,7	1.156,4	1.822,5	2.633,8	13.411,4

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsswaps	—	—	54,4	79,4	133,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	—	—	2,4	—	2,4
Devisenoptionen	—	—	—	—	—
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2014	—	—	56,8	79,4	136,2

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie Available-for-Sale (AfS) können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

Die OLB verfügt aufgrund ihrer breiten Kundenbasis über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

④ siehe Grafik unten links

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2015

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von sieben Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre für alle Szenarien einen deutlichen Liquiditätsüberschuss.

Interne Kontrollen der Finanzberichterstattung (Angaben nach § 289 Absatz 5 HGB sowie erläuternder Bericht)

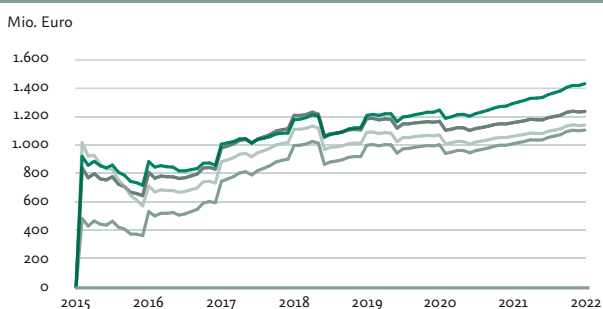
Rahmenwerk

Die Finanzberichterstattung der Bank unterliegt den Anforderungen des einheitlichen Rahmenwerks „Internal Controls over Financial Reporting“ (ICOFR) der Allianz Gruppe.

Im Rahmen dieses Regelwerks wurden Vorgehensweisen entwickelt, mit denen Risiken für wesentliche Fehler im Jahresabschluss identifiziert und verringert werden können. Das interne Kontrollsystem (ICOFR) beruht auf dem Regelwerk des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) und wird von der Bank regelmäßig überprüft sowie aktualisiert. Darüber hinaus umfasst dieser Ansatz folgende fünf zusammenhängende Komponenten:

Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung. Diese fünf Bestandteile werden von einem „Entity Level Control Assessment Process“ (ELCA), den „IT General Controls“ (ITGC) sowie Kontrollen auf Prozessebene abgedeckt. Im ELCA-Rahmenwerk sind dabei Kontrollen wie ein Compliance-Programm oder eine Committee-Governance-Struktur festgeschrieben, während im ITGC-Rahmenwerk beispielsweise Kontrollen für die Zugriffsrechteverwaltung oder Projekt- und Change-Management-Kontrollen definiert sind.

Liquiditätscashflows über sieben Jahre



■ Normal Case □ Rezession ■ Downgrade ■ Kombiniert

Ansatz des internen Kontrollsystems

Umfang festlegen	Bestimmung der wesentlichen Prozesse, die das interne Kontrollsystem abdecken soll
Risiken identifizieren	Identifizierung von Risikoszenarien, die zu einer wesentlichen Falschdarstellung führen können
Kontrollen implementieren	Implementierung geeigneter Schlüsselkontrollen, die Fehler oder Betrug, die aus den Risikoszenarien resultieren können, erkennen oder verhindern
Wirksamkeit überprüfen	Überprüfung der Ausgestaltung und der operativen Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen

Bilanzierungsprozesse

Am Rechnungslegungsprozess sind im Wesentlichen die Abteilungen Finanzen / Controlling (mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Meldewesen / Regulatorik), Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Meldewesen / Regulatorik den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Abteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Abteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit möglich, Standardsoftware eingesetzt.

 siehe Grafik Seite 090 rechts

Die Vorgehensweise lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Bank nutzt einen risikoorientierten Ansatz. Zu Beginn eines jeden ICOFR-Jahres wird eine Überprüfung der ICOFR-relevanten Prozesse auf Vollständigkeit durchgeführt. Hierfür werden die Fachbereiche mit Blick auf mögliche ICOFR-relevante Risiken analysiert. Neben diesem jährlich wiederkehrenden Prozess werden unterjährig die Prüfungsergebnisse der internen Revision und anderer externer Prüfer von der ICOFR-Koordination auf ICOFR-relevante Themen und Feststellungen geprüft.

Daran anschließend werden Risiken identifiziert, die zu wesentlichen finanziellen Falschdarstellungen führen können. Dabei werden alle möglichen relevanten Ursachen (insbesondere menschliche Verarbeitungsfehler, Betrug, Systemschwächen, externe Faktoren usw.) berücksichtigt. Nach der Identifizierung und Analyse der Risiken werden die potenziellen Auswirkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeiten beurteilt.

Im Finanzberichterstattungsprozess werden präventive und aufdeckende Schlüsselkontrollen durchgeführt, um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen finanziell falscher Darstellungen zu reduzieren. Tritt ein potenzielles Risiko tatsächlich ein, werden Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkung dieser Falschdarstellungen zu reduzieren. Da die Finanzberichterstattung in hohem Maße von Systemen der Informationstechnologie abhängig ist, werden auch IT-Kontrollen durchgeführt.

Kontrollen müssen sowohl angemessen konzipiert sein als auch wirksam umgesetzt werden. Daher werden für Komponenten des internen Kontrollsystems – etwa Prozesse, zugehörige Schlüsselkontrollen und deren Durchführung – durchgängige Dokumentationen vorgeschrieben. Zudem wird das Kontrollsystem einer jährlichen Bewertung unterzogen, um dessen Wirksamkeit zu erhalten und kontinuierlich zu verbessern. Die interne Revision stellt sicher, dass die Qualität des internen Kontrollsystems der Bank regelmäßig überprüft und somit dessen Angemessenheit und Wirksamkeit gewährleistet wird.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann

Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

ABSCHLUSS

HGB-Bilanz 094

Gewinn- und Verlustrechnung 096

Bilanz der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2015

Aktiva	Euro	2015	2014
1. Barreserve		181.730.153,25	188.104.966,61
a) Kassenbestand		129.297.862,49	103.540.964,60
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		52.432.290,76	84.564.002,01
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 52.432 Tsd. Euro (Vj.: 84.564 Tsd. Euro)			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		—	—
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind		—	—
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		—	—
b) Wechsel		—	—
3. Forderungen an Kreditinstitute		149.423.684,47	444.892.304,48
a) täglich fällig		103.576.815,34	213.988.268,69
b) andere Forderungen		45.846.869,13	230.904.035,79
4. Forderungen an Kunden		10.163.142.978,58	10.193.377.347,43
a) darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 5.311.412 Tsd. Euro (Vj.: 5.226.529 Tsd. Euro)			
darunter: Kommunalkredite 87.401 Tsd. Euro (Vj.: 87.354 Tsd. Euro)			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		2.599.920.302,10	2.615.047.010,38
a) Geldmarktpapiere		—	—
aa) von öffentlichen Emittenten		—	—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)			
ab) von anderen Emittenten		—	—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		2.599.920.302,10	2.615.047.010,38
ba) von öffentlichen Emittenten		1.432.730.952,34	1.313.107.959,45
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.432.731 Tsd. Euro (i.Vj. 1.313.108 Tsd. Euro)			
bb) von anderen Emittenten		1.167.189.349,76	1.301.939.050,93
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.167.189 Tsd. Euro (Vj.: 1.301.939 Tsd. Euro)			
c) eigene Schuldverschreibungen		—	—
Nennbetrag 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		191.115.318,76	188.521.197,99
6a. Handelsbestand		22.087.685,74	68.622.176,25
7. Beteiligungen		461.616,66	988.584,06
darunter: an Kreditinstituten 123 Tsd. Euro (Vj.: 123 Tsd. Euro)			
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		52.000,00	15.325.345,22
darunter: an Kreditinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 15.273 Tsd. Euro)			
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)			
9. Treuhandvermögen		3.161.951,80	3.766.435,77
darunter: Treuhandkredite 987 Tsd. Euro (i.Vj. 1.189 Tsd. Euro)			
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		—	—
11. Immaterielle Anlagewerte		9.800.882,59	10.022.045,22
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		—	—
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte wie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		9.800.882,59	10.022.045,22
c) Geschäfts- oder Firmenwert		—	—
d) geleistete Anzahlungen		—	—
12. Sachanlagen		80.595.117,20	81.905.362,58
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital		—	—
14. Sonstige Vermögensgegenstände		344.052.689,01	224.984.212,44
15. Rechnungsabgrenzungsposten		7.088.172,35	9.678.116,59
16. Aktive latente Steuern		—	—
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		—	—
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		—	—
Summe der Aktiva		13.752.632.552,51	14.045.235.105,02

Passiva Euro	2015	2014
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.540.539.457,67	4.340.985.990,97
a) täglich fällig	65.109.920,66	170.807.601,86
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.475.429.537,01	4.170.178.389,11
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.366.547.490,45	7.844.806.803,68
a) Spareinlagen	1.868.618.900,81	2.240.125.231,10
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.701.313.898,65	2.049.041.265,91
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	167.305.002,16	191.083.965,19
b) andere Verbindlichkeiten	5.497.928.589,64	5.604.681.572,58
ba) täglich fällig	4.615.731.043,07	4.146.491.353,91
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	882.197.546,57	1.458.190.218,67
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	696.239.236,02	760.658.898,89
a) begebene Schuldverschreibungen	696.239.236,02	760.658.898,89
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	—	—
darunter: Geldmarktpapiere 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)	—	—
darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)	—	—
3a. Handelsbestand	—	—
4. Treuhandverbindlichkeiten	3.161.951,80	3.766.435,77
darunter: Treuhandkredite 987 Tsd. Euro (Vj.: 1.189 Tsd. Euro)	—	—
5. Sonstige Verbindlichkeiten	9.067.863,55	13.682.670,91
6. Rechnungsabgrenzungsposten	38.159.725,42	45.203.964,16
6a. Passive latente Steuern	—	—
7. Rückstellungen	207.390.315,04	188.597.703,37
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	144.264.917,36	123.949.763,93
b) Steuerrückstellungen	3.489.224,50	1.778.577,90
c) andere Rückstellungen	59.636.173,18	62.869.361,54
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	258.799.980,50	228.160.474,54
10. Genussrechtskapital	—	—
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)	—	—
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.782.297,03	12.925.784,03
darunter: Sonderposten nach §340e Abs. 4 HGB 0 Tsd. Euro (Vj.: 144 Tsd. Euro)	—	—
12. Eigenkapital	619.944.235,03	606.446.378,70
a) Eingefordertes Kapital	60.468.571,80	60.468.571,80
Gezeichnetes Kapital	60.468.571,80	60.468.571,80
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	—	—
b) Kapitalrücklage	208.306.686,77	208.306.686,77
c) Gewinnrücklagen	332.402.151,58	317.706.761,19
ca) gesetzliche Rücklage	171.066,50	171.066,50
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
cc) satzungsmäßige Rücklagen	—	—
cd) andere Gewinnrücklagen	332.231.085,08	317.535.694,69
d) Bilanzgewinn / Bilanzverlust	18.766.824,88	19.964.358,94
Summe der Passiva	13.752.632.552,51	14.045.235.105,02

Unter-Strich-Positionen Euro	2015	2014
1. Eventualverbindlichkeiten	293.902.628,00	296.316.577,18
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen	—	—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	293.902.628,00	296.316.577,18
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—	—
2. Andere Verpflichtungen	639.725.862,26	589.944.015,49
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	—	—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	—	—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	639.725.862,26	589.944.015,49

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1. bis 31.12.2015

Aufwendungen Euro	2015	2014
1. Zinsaufwendungen	201.582.640,87	230.528.164,14
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft	203.625.020,59	230.528.164,14
abzgl. positive Zinsen	-2.042.379,72	—
2. Provisionsaufwendungen	29.093.334,27	24.650.827,22
3. Nettoaufwand des Handelsbestandes	201.545,28	792.031,62
Nettoaufwand des Handelsbestandes ohne Auflösung Sonderposten §340g HGB	345.032,28	792.031,62
Auflösung Sonderposten §340g HGB	-143.487,00	—
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	209.386.675,22	206.237.387,94
a) Personalaufwand	134.985.877,43	135.254.514,80
aa) Löhne und Gehälter	108.967.826,01	113.275.222,29
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	26.018.051,42	21.979.292,51
darunter: für Altersversorgung 6.415 Tsd. Euro (Vj.: 2.376 Tsd. Euro)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	74.400.797,79	70.982.873,14
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	14.775.706,04	14.190.468,27
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	28.008.769,58	24.266.839,56
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	31.281.415,69	33.469.656,74
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	876.585,97	—
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	248,67	309,00
11. Außerordentliche Aufwendungen	12.431.255,95	7.553.348,46
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.207.343,20	12.554.314,87
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen	848.168,62	945.001,58
14. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	—	—
15. Jahresüberschuss	18.254.302,95	19.964.358,94
Summe der Aufwendungen	561.947.992,31	575.152.708,34

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1. bis 31.12.2015

Erträge Euro	2015	2014
1. Zinserträge aus	431.808.977,50	463.735.045,29
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	393.397.190,87	422.337.331,69
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	393.643.506,96	422.337.331,69
abzgl. negative Zinsen	- 246.316,09	—
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	38.411.786,63	41.397.713,60
Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	38.411.786,63	41.397.713,60
abzgl. negative Zinsen	—	—
2. Laufende Erträge aus	15.173.542,02	2.350.893,51
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	4.663.510,42	2.214.894,99
b) Beteiligungen	10.407.031,60	135.998,52
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	103.000,00	—
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	243.452,22	382.421,35
4. Provisionserträge	98.179.469,61	93.379.586,29
5. Nettoertrag des Handelsbestandes	—	—
Nettoertrag des Handelsbestandes ohne Zuführung Sonderposten §340g HGB	—	—
Zuführung Sonderposten §340g HGB	—	—
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	—	—
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	—	538.338,12
8. Sonstige betriebliche Erträge	13.180.246,47	7.007.197,24
10. Außerordentliche Erträge	3.362.304,49	7.759.226,54
11. Erträge aus Verlustübernahme	—	—
12. Jahresfehlbetrag	—	—
Summe der Erträge	561.947.992,31	575.152.708,34
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18.254.302,95	19.964.358,94
2. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	512.521,93	—
3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	—	—
4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	—	—
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—	—
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	—	—
d) aus anderen Gewinnrücklagen	—	—
5. Entnahmen aus Genussrechtskapital	—	—
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen	—	—
a) in die gesetzliche Rücklage	—	—
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
c) in satzungsmäßige Rücklagen	—	—
d) in andere Gewinnrücklagen	—	—
7. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	—	—
8. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	18.766.824,88	19.964.358,94

Der Gewinnvortrag in Höhe von 512.521,93 Euro ergab sich aus dem Anwachsen des Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG.

ANHANG

	Allgemeine Angaben	100
Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung		104
	Sonstige Angaben	113
	Mandate der Organmitglieder	118
	Gewinnverwendungsvorschlag	120

Anhang für das Geschäftsjahr 2015 der Oldenburgische Landesbank AG

Vorschriften zur Rechnungslegung	<p>I. Allgemeine Angaben</p> <p>Die Bank hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.</p>
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	<p>Barreserven sind zu Nennwerten bilanziert, Sortenbestände unter Berücksichtigung der zum Jahresende gültigen Referenzkurse der Europäischen Zentralbank bewertet.</p> <p>Forderungen sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt, gegebenenfalls unter Absetzung darauf entfallender Wertberichtigungen. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst. Unverzinsliche Forderungen sind zum Barwert angesetzt.</p> <p>Der Gesamtbestand an Risikovorsorge setzt sich zusammen aus der aktivisch abgesetzten Risikovorsorge für Forderungen und der passivisch unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten. Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgte wie im Vorjahr in der Weise, wie sie auch nach den Bestimmungen der IFRS gebildet wird. Dabei wird unterschieden in das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risiko sowie die jeweils dazugehörigen Vorsorgearten PLLP (Portfolio Loan Loss Provision), SLLP (Specific Loan Loss Provision) und die Pauschalwertberichtigungen GLLP (General Loan Loss Provision). Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB. Für Kredite, für die eine SLLP besteht, werden keine Zinsabgrenzungen berücksichtigt.</p> <p>Wertberichtigte Kredite werden spätestens nach Ablauf von definierten Fristen einzeln bewertet und mit einer SLLP bevorsorgt. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von den Erfahrungswerten. Bestand und Verfolgung der rechtlichen Ansprüche der Bank werden hiervon nicht berührt.</p> <p>Die Risikovorsorge wird grundsätzlich von der betroffenen Bilanzposition abgesetzt. Soweit die Risikovorsorge außerbilanzielles Kreditgeschäft (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) betrifft, wird die gebildete Risikovorsorge hingegen unter den Rückstellungen ausgewiesen.</p> <p>Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht. Eine Ausbuchtung der Forderungen erfolgt, wenn eine Forderung gekündigt und uneinbringlich ist und</p> <ul style="list-style-type: none"> • aus einem bestehenden Insolvenzverfahren kein Zufluss mehr erwartet werden kann und hierfür die Stellungnahme des Insolvenzverwalters vorliegt • eine eidesstattliche Versicherung (Abgabe des Vermögensverzeichnisses) des Kreditnehmers vorliegt • der Gerichtsvollzieher fruchtlos vollstreckt hat und nichts mehr einzutreiben ist • der Schuldner in einem Schuldnerverzeichnis des betreffenden Bundeslandes aufgeführt ist • das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wurde. <p>Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ erfasst.</p>

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde von dem Wahlrecht nach § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und in den Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ bzw. „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“ der Saldo aus Aufwendungen und Erträgen eingestellt.

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und Zinserträge aus Festverzinslichen Wertpapieren, und Schuldbuchforderungen enthalten gegebenenfalls negative Zinsen aus Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen. Zinsaufwendungen für genommene Einlagen aus dem Bankgeschäft enthalten positive Zinsen für genommene Einlagen aus dem Bankgeschäft.

Der überwiegende Teil der im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere wird im Liquiditätsbestand geführt. Dieser Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren Börsenkursen oder beizulegenden Werten unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes angesetzt.

Im Anlagebestand befanden sich zum Bilanzstichtag ausschließlich börsenfähige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 664 Mio. Euro. Diese Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Anlagevermögen enthalten, deren beizulegender Zeitwert unterhalb des Buchwerts lag. Aufgrund der voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung wurden keine Abschreibungen vorgenommen.

Es sind Prozesse installiert, die sicherstellen, dass dauerhafte bonitätsinduzierte Wertminderungen von temporären zinsinduzierten Kursänderungen unterschieden werden können.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente erfolgt unter Anwendung der Bewertungsvorschriften des § 340e HGB. Der verwendete Risikoabschlag setzt sich zusammen aus dem im Risikobericht genannten Anrechnungsbetrag für die Marktpreisrisiken des Handelsbuches gemäß Solvabilitätsverordnung („Value-at-Risk-Abschlag“), der von einem Konfidenzniveau von 99 % bei zehn Tagen Haltedauer und einer Beobachtungsdauer von 250 Handelstagen (gleichgewichtet) ausgeht.

Die Überprüfung, ob aus den schwebenden Zinsansprüchen und Zinsverpflichtungen des gesamten Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss resultiert, dem durch die Bildung einer Rückstellung gemäß § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB Rechnung zu tragen ist, erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) zur Rechnungslegung, verabschiedet vom Bankenfachausschuss (BFA) (IDW RS BFA 3) vom 30.08.2012 unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise. Der Barwert des Bankbuchs wurde dabei nach Abzug anteiliger Risiko- und Verwaltungskosten mit den Buchwerten verglichen. Auf Basis dieser Berechnung ist die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich.

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes nicht-derivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands wird grundsätzlich der jeweilige Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages herangezogen. Bei den nicht-derivativen Finanzinstrumenten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Schuldverschreibungen. Die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen werden mit Kursen bewertet, die aus einem internen Modell stammen. Die Bewertung erfolgt mittels des DCF-Verfahrens, unter Berücksichtigung der am Markt beobachtbaren risikolosen Zinssätze sowie von Marktbeobachtungen abgeleiteten und auf Expertenschätzung basierenden beobachtbaren Credit-Spreads der OLB.

Eigene Schuldverschreibungen, die zum Einzug vorgesehen sind, werden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen und zum Nominalwert angesetzt.

Die Derivate des Bankbuchs werden in die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs nach IDW RS BFA 3 einbezogen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und der immateriellen Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 Euro Anschaffungskosten werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 Euro betragen, aber 1.000 Euro nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre linear abgeschrieben. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Wertaufholungen werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten vorgenommen, soweit die Gründe für eine Abschreibung nicht mehr bestehen.

Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Disagio wird in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen werden nach Maßgabe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und bei einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Effekte aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes sowie Zeiteffekte aus der Abzinsung von Rückstellungen werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Der aus den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten gesetzlichen Vorschriften resultierende Umstellungsaufwand wird auf 15 Jahre verteilt. Im Geschäftsjahr 2015 wird im Wesentlichen ein Fünfzehntel dieses Betrages als außerordentlicher Aufwand erfasst. Die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen, Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen werden ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in voller Höhe passiviert.

Beim Diskontierungssatz wird die Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB (Restlaufzeit von 15 Jahren) in Anspruch genommen.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden unter dem Bilanzstrich zum Nennbetrag abzüglich bilanziell angesetzter Rückstellungen bilanziert.

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB sowie unter Berücksichtigung der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Kassa-Geschäfte werden zum EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte unterliegen je Währung der besonderen Deckung. Durch prozessuale Vorkehrungen wird sichergestellt, dass offene Währungspositionen täglich geschlossen werden. Erträge und Aufwendungen aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gem. § 340h HGB erfolgswirksam vereinnahmt. Sich nicht ausgleichende Betragsspitzen aus offenen Währungspositionen werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln abgebildet.

Der Ausweis entsprechender Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung erfolgt unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

II. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

**Laufzeitengliederung
von Bilanzpositionen
nach Restlaufzeiten
(§ 9 RechKredV)**

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kreditinstitute	149	445
b) andere Forderungen	46	231
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	46	161
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	—	57
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	—	6
– mehr als fünf Jahren	—	7
Forderungen an Kunden	10.163	10.193
mit unbestimmter Laufzeit	651	745
mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	510	493
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	660	667
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	2.700	2.567
– mehr als fünf Jahren	5.642	5.721
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.600	2.615
davon im Geschäftsjahr 2016 (2015) fällig	409	449
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.541	4.341
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.475	4.170
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	1.220	975
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	898	576
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	1.026	1.184
– mehr als fünf Jahren	1.331	1.435
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.367	7.845
a) Spareinlagen	1.869	2.240
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	167	191
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	8	8
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	138	161
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	21	22
– mehr als fünf Jahren	—	—
b) andere Verbindlichkeiten	5.498	5.605
bb) mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist	882	1.458
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	156	385
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	44	340
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	294	262
– mehr als fünf Jahren	388	471
Verbriefte Verbindlichkeiten	696	761
a) begebene Schuldverschreibungen	696	761
davon im Geschäftsjahr 2016 (2015) fällig	96	72
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	—	—
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	—	—
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	—	—
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	—	—
– mehr als fünf Jahren	—	—

Mio. Euro	2015	2014
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Eigene Schuldverschreibungen	22,1	68,8
Risikoabschlag	—	-0,2
Gesamt	22,1	68,6

Aufgliederung
„6a Handelsbestand
Aktiv“

Der Aktivposten Handelsbestand enthält im Wesentlichen die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen.

Gliederung nach Bilanzpositionen	Mio. Euro	2015	2014
Forderungen			
Forderungen an Kreditinstitute ¹		—	14
Forderungen an Kunden		—	—
Treuhandvermögen		—	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		191	188
Sonstige Vermögensgegenstände		23	20
Gesamt		214	222
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		—	97
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		37	30
Treuhandverbindlichkeiten		—	—
Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten		—	—
Gesamt		37	127

Forderungen und
Verbindlichkeiten
an beziehungsweise
gegenüber verbundenen
Unternehmen

¹ Davon 2,2 Mio. Euro Nachrangige Forderungen

Es bestanden keine Avalkredite gegenüber verbundenen Unternehmen.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro), Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Gliederung nach Bilanzpositionen	Mio. Euro	2015	2014
Treuhandvermögen			
Forderungen an Kunden		3	4
Gesamt		3	4
Treuhandverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		1	1
Gesamt		3	4

Treuhandgeschäfte

**Fremdwährungs-
volumina**

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden:

Mio. Euro	2015	2014
Vermögensgegenstände	103	100
Schulden	127	112

**Wertpapiere und
Finanzanlagen**

In den nachfolgenden Bilanzposten enthaltene börsenfähige Wertpapiere:

Mio. Euro	2015		
	Gesamt	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.600	2.600	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	191	—	191
Handelsbestand	22	—	22
Beteiligungen	—	—	—
Anteile an verbundenen Unternehmen	—	—	—
Sonstige Vermögensgegenstände	278	—	278

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Papiere im Wert von 409 Mio. Euro enthalten, die im Geschäftsjahr 2016 fällig werden. Die Bewertung erfolgt für die Positionen der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Wertpapiere des Handelsbestandes werden mit einem internen Modell bewertet (abzgl. eines Credit-Spreads für die OLB). In dieser Position werden im Jahr 2016 15 Mio. Euro fällig. Die Wertpapiere des Anlagebestandes wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

**Anteile an inländi-
schem Investment-
vermögen i. S. d. § 1
Abs. 6 KAGB**

Die Anteile an inländischem Investmentvermögen bestehen gemäß deren Anlagezielen in einem Rentenspezialfonds überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren erstklassiger Bonität (AllianzGI-Fonds Weser Ems). Darüber hinaus besteht ein Spezialfonds mit einem Schwerpunkt in Aktien- und Rentenfonds (AllianzGI-Fonds Ammerland), um gemäß Anlageziel Renditechancen zu nutzen und das Risikoprofil zu optimieren.

Mio. Euro	Bilanzwert 31.12.2015	Marktwert 31.12.2015	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttung 2015
AllianzGI-Fonds Weser Ems	94,9	94,9	—	—
AllianzGI-Fonds Ammerland	96,1	96,1	—	4,0

Die Ausschüttung erfolgte aus thesaurierten Erträgen. Eine tägliche Rückgabe der Anteile ist möglich. Es gab keine unterlassenen Abschreibungen.

	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen		Restbuchwert	
					Gesamt	Geschäftsjahr	2015	2014
Mio. Euro								
Wertpapiere des Anlagevermögens	552,7	207,5	96,2	—	—	—	664,0	552,7
Beteiligungen	1,0	—	0,5	—	—	—	0,5	1,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	15,3	—	15,2	—	—	—	0,1	15,3
Grundstücke und Gebäude ¹	146,2	—	2,8	—	95,3	3,2	48,1	51,6
Betriebs- und Geschäftsausstattung ²	124,5	10,8	22,6	—	80,2	8,6	32,5	30,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	35,0	2,8	—	—	28,0	3,0	9,8	10,0

¹ Die Grundstücke und Gebäude werden zu 99,6% (dies entspricht einem korrespondierenden Betrag von 47,9 Mio. Euro) im Rahmen unserer eigenen Tätigkeit genutzt.

² Die Abschreibungen des Geschäftsjahres enthalten Abschreibungen auf Leasinggegenstände in Höhe von 0,0 Tsd. Euro.

Entwicklung des Anlagevermögens

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt. Durch zinsinduzierte Bewertung resultierte zum 31.12.2015 ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 688,5 Mio. Euro. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Anlagevermögen enthalten, deren beizulegender Zeitwert unterhalb des Buchwerts lag. Es sind Prozesse installiert, die sicherstellen, dass dauerhafte bonitätsinduzierte Wertminderungen von temporären zinsinduzierten Kursänderungen unterschieden werden können. Aufgrund der voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung wurden keine Abschreibungen vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden zurückgekauft und zum Einzug vorgesehene eigene Schuldverschreibungen zum Marktwert von 101,8 Mio. Euro (Vorjahr: 48,1 Mio. Euro) in die sonstigen Vermögensgegenstände übertragen. Der Gesamtwert beläuft sich auf 277,8 Mio. Euro (Vorjahr: 176,0 Mio. Euro).

Im Rahmen einer Vereinbarung mit einem Kreditrefinanzierungsinstitut wurden Barmittel in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) an einen Treuhänder als Sicherheit übertragen. Dieses Treugutvermögen wird in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Außerdem sind hier neben den Steuererstattungsansprüchen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 16,3 Mio. Euro und Ansprüchen gegenüber den Kommunen in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr insgesamt: 21,8 Mio. Euro) auch Forderungen aus der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr in Höhe von 16,5 Mio. Euro (Vorjahr: 15,2 Mio. Euro) enthalten. Ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen wurde in Höhe von 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) ausgewiesen und in der Position Andere Rückstellungen mit dem Deckungsvermögen saldiert. Im Jahr 2015 beinhaltete die Position Sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus dem Bereich Group Equity Incentive (GEI) in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro) sowie zum Einzug erhaltene Papiere in Höhe von 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro). Darüber hinaus werden diverse Provisionsforderungen ausgewiesen.

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Disagiobeträge aus Verbindlichkeiten in Höhe von 4,7 Mio. Euro gemäß § 250 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 268 Abs. 6 HGB enthalten.

Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere der Bank von nominal 500,0 Mio. Euro bei der XEMAC, dem Sicherheitenverwaltungssystem der Clearstream Banking AG, Frankfurt, verpfändet. Für die Besicherung des Eurex-Eigenhandels wurden Wertpapiere im Nennwert von 17,3 Mio. Euro bei der BNP Paribas S.A. hinterlegt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Rechnungsabgrenzungsposten

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Am Bilanzstichtag gab es Rücknahmeverpflichtungen in Höhe von 1.387,1 Mio. Euro (Buchwert: 1.342,7 Mio. Euro) für in Pension gegebene Vermögenswerte aus dem Repo-Geschäft.

Pensionsrückstellungen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat Pensionszusagen erteilt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden. Der Erfüllungsbetrag wird auf Basis der Projected Unit Credit-Methode ermittelt beziehungsweise als Barwert der erworbenen Anwartschaft ausgewiesen. Sofern es sich um wertpapiergebundene Zusagen handelt, wird der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände angesetzt.

%	2015
Diskontierungszinssatz ¹	3,89
Rententrend	1,70
Gehaltstrend (inkl. durchschnittlichem Karrieretrend)	2,50

¹ Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 7-jähriger Durchschnitt festgelegt.

Beim Diskontierungszinssatz wird die Vereinfachungsregelung in § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB (Restlaufzeit von 15 Jahren) in Anspruch genommen, wobei wie im Vorjahr ein zum Bilanzstichtag prognostizierter Zinssatz zugrunde gelegt wurde. Hintergrund ist das deutliche Absinken des Diskontierungszinssatzes seit 2014.

Abweichend hiervon wird bei einem Teil der Pensionszusagen der Garantiezins der Pensionszusage von 2,75 % pro Jahr und die garantierte Rentendynamik von 1,0 % pro Jahr zugrunde gelegt.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT2005G verwendet, die bezüglich der Sterblichkeit, Invalidisierung und Fluktuation an die unternehmensspezifischen Verhältnisse angepasst wurden.

Als Pensionierungsalter wird die vertraglich vorgesehene beziehungsweise die sich nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 ergebende Altersgrenze angesetzt.

Ein Teil der Pensionszusagen ist im Rahmen eines CTA (Methusalem Trust e.V.) abgesichert. Dieses Treuhandvermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert beziehungsweise der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Mio. Euro	2015
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	31,1
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	31,6
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	198,2
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	22,3

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für Risiken aus noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen und für Steuerzahlungen aufgrund ausstehender Bescheide.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen von 59,6 Mio. Euro beinhalten Rückstellungen für Abschlussvergütung, Vorruhestandsverpflichtungen, Restrukturierungsmaßnahmen, die Bonifizierung von Spareinlagen sowie Rückstellungen für das Kreditgeschäft und für Rechtsrisiken.

Die Gesellschaft hat Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen, die unter den Anderen Rückstellungen ausgewiesen werden. Ein Teil dieser Verpflichtungen ist im Rahmen eines CTA (Methusalem Trust e.V.) abgesichert. Das im Methusalem Trust e.V. für das Altersteilzeit-Sicherungsguthaben reservierte Vermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert bzw. der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen.

Mio. Euro	2015
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	3,2
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	3,5
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	4,9

Mio. Euro	01.01. 2015	Anpas- sung 01.01. 2015	Ver- brauch	Auf- lösung	Zu- führung	Rechne- rischer Zins	Umset- zungen	31.12. 2015
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	123,9	2,1	5,8	—	4,9	21,0	-1,8	144,3
b) Steuerrückstellungen	1,8	—	—	—	1,7	—	—	3,5
c) andere Rückstellungen	62,9	0,3	23,5	18,1	37,7	1,3	-1,0	59,6
Ungewisse Verbindlichkeiten	45,1	0,3	20,2	10,8	30,2	1,0	-1,0	44,6
Rückstellungen im Kreditgeschäft	4,3	—	0,9	0,4	2,4	—	—	5,4
Sonstige	13,5	—	2,4	6,9	5,1	0,3	—	9,6
Gesamt	188,6	2,4	29,3	18,1	44,3	22,3	-2,8	207,4

Rückstellungsspiegel

Dieser Posten betrifft im Wesentlichen noch abzuführende Lohnsteuer für Dezember 2015 in Höhe von 1,6 Mio. Euro, noch abzuführende Kapitalertragsteuer in Höhe von 4,0 Mio. Euro sowie noch abzuführende USt in Höhe von 0,5 Mio. Euro.

Sonstige
Verbindlichkeiten

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite sind 6,4 Mio. Euro Disagiobeträge und Bearbeitungsgebühren aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 HGB enthalten.

Rechnungs-
abgrenzungsposten

Mittelaufnahmen von mehr als 10 % des Gesamtbetrages betreffen nachfolgende Positionen:

Nachrangige
Verbindlichkeiten

OLB-Inhaberschuldverschreibungen

Betrag (Mio. Euro)	Nominalzinssatz (%)	Fälligkeit (Jahr)	Emissionswährung
43	4	2017	Euro

Die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen insgesamt nominal 258,8 Mio. Euro.

Für alle Mittelaufnahmen gilt:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes.

Der gesamte Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten betrug im Berichtsjahr 10,5 Mio. Euro.

Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB

Das Eigenkapital und die Reserven nach § 340g HGB der Bank veränderten sich wie folgt:

Euro	31.12.2015	
Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)		60.468.571,80
Kapitalrücklage		208.306.686,77
Gewinnrücklagen		
a) Gesetzliche Rücklage	171.066,50	
b) Rücklage für eigene Anteile	—	
c) Andere Gewinnrücklagen Stand 1. Januar 2015	318.081.011,89	
Zuführung 2015 aus Bilanzgewinn 2014	14.150.073,19	
Gewinnrücklagen insgesamt		332.402.151,58
Rücklagen insgesamt		540.708.838,35
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB		
Stand 1. Januar 2015	12.925.784,03	
Auflösung gem. § 340e Abs.4 Satz 2 Nr. 1 HGB	- 143.487,00	
		12.782.297,03
Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB insgesamt		613.959.707,18

Das gezeichnete Kapital ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber.

Gem. § 340e Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 HGB wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den gesonderten Topf des Fonds für allgemeine Bankrisiken zum Ausgleich der Nettoaufwendungen des Handelsbestandes aufzulösen.

Die Allianz Deutschland AG hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Oldenburgische Landesbank AG.

Die Allianz SE, München, stellt einen Konzernabschluss auf, in den der Jahresabschluss der Oldenburgischen Landesbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss der Allianz SE wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Darüber hinaus stellt auch die Oldenburgische Landesbank AG einen eigenen (Teil-)Konzernabschluss nach IFRS auf.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu Euro 15.000.000 zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Eigene Aktien

Gemäß Beschluss durch die Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 war der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf. Diese Ermächtigung ist zum 26. Mai 2015 ersatzlos ausgelaufen. Auf der Hauptversammlung vom 13. Mai 2015 wurde kein neuer Beschluss gefasst.

Am 31. Dezember 2015 waren keine Eigenen Aktien im Bestand. Im Jahr 2015 ergaben sich keine Zu- und Abgänge.

Zum Jahresende waren 6.251 Stück Eigene Aktien mit einem rechnerischen Nennwert von 16 Tsd. Euro in Pfand genommen. Das entspricht 0,03 % des Grundkapitals der Bank.

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB sind folgende Beträge ausschüttungsgesperrt:

Ausschüttungssperre

Tsd. Euro	2015
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersteilzeit zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	230,7
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersvorsorge zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	427,8
Gesamtbetrag	658,5

Mio. Euro	2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.214
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	4.214

Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Per 31. Dezember 2015 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank in Höhe von 100 Mio. Euro aus einem Offenmarktgeschäft (Verzinsung 0,05 % mit einer Laufzeit vom 30. Dezember 2015 bis 6. Juni 2016).

Mio. Euro	2015
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	—
davon bei der Deutschen Bundesbank rediskontiert	—
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	294
davon Kreditbürgschaften	10
davon Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	276
davon Akkreditive	8
davon Akkreditiveröffnungen	7
davon Akkreditivbestätigungen	1
Haftung aus den Bestellungen von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—

Eventualverbindlichkeiten

Soweit sich aus den zugrunde liegenden Kundenverbindungen Risiken der Inanspruchnahme ergeben, wurde für diese Risiken durch Rückstellungsbildung Vorsorge getroffen. In allen Fällen lag die geschätzte Inanspruchnahmewahrscheinlichkeit unter 50 %. Die Verpflichtungen werden kreditmäßig überwacht und beordnet.

Mio. Euro	2015
Buchkredite kurzfristig	102
Buchkredite langfristig	326
Avalkredite	118
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	94
Unwiderrufliche Kreditzusagen	640

Andere Verpflichtungen

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich hinsichtlich der angegebenen Volumina um noch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge nehmen Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Im Bereich der Aufwendungen handelt es sich im Geschäftsjahr 2015 insbesondere um belastende Effekte aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 21,0 Mio. Euro.

Des Weiteren sind in Sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen Zinseffekte aus der Änderung der Restlaufzeit und aus Änderungen des Zinssatzes in folgender Höhe enthalten:

Erträge (-)/Aufwendungen (+)	2015	
	Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Sonstige Verpflichtungen
Mio. Euro		
Ertrag aus dem beizulegenden Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	- 1,0	—
Rechnerische Verzinsung des Erfüllungsbetrages der verrechneten Schulden	7,8	0,3
Effekt aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes für den Erfüllungsbetrag	14,2	0,4
Netto-Betrag der verrechneten Erträge und Aufwendungen	21,0	0,7

Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge enthalten im Berichtsjahr außerdem Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 0,2 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro Erträge).

Außerordentliches Ergebnis

Aus der planmäßigen Verteilung des Unterschiedsbetrags aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG ergibt sich ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro).

Außerdem sind Restrukturierungsaufwendungen enthalten, die sich auf Maßnahmen im Rahmen des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ beziehen, hierzu gehören unter anderem zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit-, Vorruhestands- und Abfindungsregelungen. Dem stehen Auflösungen aus bestehenden Restrukturierungsrückstellungen gegenüber, die aus der Ablösung bestehender Sozialpläne durch den Sozialplan für das Zukunftsprogramm „OLB 2019“ resultieren oder aus Restrukturierungsrückstellungen, die nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand für das Berichtsjahr beträgt 15,2 Mio. Euro. Vom gesamten Steueraufwand entfielen 7,8 Mio. Euro auf Körperschaftsteuer und 7,4 Mio. Euro auf Gewerbesteuer.

Latente Steuern

Die per saldo aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des in § 274 Abs. 1 S. 2 HGB enthaltenen Wahlrechts nicht angesetzt.

Die umfangreichsten Abweichungen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen ergeben sich bei den folgenden Bilanzpositionen, die zu Steuerlatenzen führen.

Mio. Euro	2015		
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Saldo
Bilanzposition			
Forderungen an Kunden	1,3	—	1,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	2,4	—	2,4
Sonstige Vermögensgegenstände	3,9	—	3,9
Pensionsrückstellungen	17,2	—	17,2
Andere Rückstellungen	1,7	-0,5	1,2
Gesamt	26,5	-0,5	26,0

Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt mit einem Steuersatz von 31,000 %. Der Steuersatz setzt sich aus dem aktuell gültigen Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 % (inkl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,500 %) sowie dem für den Allianz-Konzern anzuwendenden Gewerbesteuersatz in Höhe von 15,175 % zusammen.

III. Sonstige Angaben

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

Mio. Euro	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2015	2014	2015	2015
Zinsrisiken (OTC-Kontrakte)				
Caps	23	24	—	—
Swaps (Kundengeschäft)	294	148	7	-5
Swaps (Bankbuchsteuerung)	1.531	1.416	28	-107
Summe Zinsrisiken	1.848	1.588	35	-112
Währungsrisiken (OTC-Kontrakte)				
Devisenoptionen (Long)	7	—	—	—
Devisenoptionen (Short)	7	—	—	—
FX-Swaps und Devisentermingeschäfte	209	130	2	-2
Summe Währungsrisiken	223	130	2	-2

Geschäfte
mit Derivaten

Bei diversen Positionen handelt es sich um Werte, die unter 500.000 Euro liegen.

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

Mio. Euro	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2015	2014	2015	2015
OECD Bank	1.820	1.578	30	-112
sonstige Kontrahenten	251	140	7	-2
Derivate gesamt	2.071	1.718	37	-114

Derivative Geschäfte – nach Restlaufzeiten (Nominalwerte in Mio. Euro)

Restlaufzeit	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2015	2014	2015	2014
bis zu 3 Monaten	29	—	128	90
über 3 Monate bis 1 Jahr	132	61	93	38
über 1 Jahr bis 5 Jahre	731	778	2	2
über 5 Jahre	956	749	—	—
Derivate gesamt	1.848	1.588	223	130

Zum 31. Dezember 2015 wurden keine Derivate im Handelsbestand geführt.

Die derivativen Geschäfte dienen im Wesentlichen der Abdeckung von Zins-, Wechselkurs- oder Aktienkursschwankungen.

In die Ermittlung eines möglichen Verpflichtungsüberschusses aus zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs werden Zinsswaps für die Bankbuchsteuerung mit einem Volumen von 1.531,0 Mio. Euro einbezogen. Der negative Zeitwert dieser Zinsswaps liegt zum Stichtag bei –106,6 Mio. Euro, der positive Zeitwert bei 27,6 Mio. Euro. Zusätzlich werden Zinskontrakte, die aus dem Kundengeschäft resultieren, mit einem Volumen von 317,5 Mio. Euro einbezogen, die positive beizulegende Zeitwerte von 7,0 Mio. Euro sowie negative beizulegende Zeitwerte von –4,9 Mio. Euro aufweisen. Die Marktwerte dieser Zinsswaps werden nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Derivate finden Verwendung bei durchgehandelten Kundengeschäften (Glatstellung von Risiken aus Derivategeschäften der Kunden) und im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (u. a. Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert), die automatisch im Handelssystem PRIME der Bank ermittelt werden. Die oben stehende Tabelle weist die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalwerte dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	2015
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasingverträgen	106
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	6
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	—
Gesamt	113
davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	8

Die mit dem Nominalwert angesetzten Verpflichtungen enthalten Fälligkeiten bis zum Jahr 2027, hauptsächlich bedingt durch langfristige Mietverträge.

Durch die Rückzahlung einer Beteiligung ist die wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB (im Vorjahr 0,1 Mio. Euro) erloschen.

Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen

Haftungsverhältnisse bestehen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung für die Mitarbeiter der deutschen Tochtergesellschaften, die bis zum 31. Dezember 2014 eingetreten sind, ist in der Regel die Mitgliedschaft in der Allianz Versorgungskasse VVaG (AVK), die als rechtlich selbstständige und regulierte Pensionskasse der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegt. Die Leistungen der AVK werden nach dem Einmalbeitragssystem über Zuwendungen der Trägergesellschaften an die Kasse durch Gehaltsumwandlung finanziert.

Haftungsverhältnisse aus betrieblicher Altersversorgung und ähnlichen Verpflichtungen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist verpflichtet, anteilige Verwaltungskosten der AVK zu tragen und entsprechend den Rechtsgrundlagen gegebenenfalls Zuschüsse zu leisten.

Außerdem leisten die Trägergesellschaften für bis zum 31. Dezember 2014 eingetretene Mitarbeiter Zuwendungen an den Allianz Pensionsverein e.V. (APV), eine kongruent rückgedeckte Konzern-Unterstützungskasse.

Sowohl die AVK als auch der APV wurden für Neueintritte ab dem 1. Januar 2015 geschlossen.

Für Neueintritte ab 1. Januar 2015 wurde die betriebliche Altersversorgung einheitlich neu geregelt.

Die Oldenburgische Landesbank AG leistet für Neueintritte ab dem 1. Januar 2015 einen monatlichen Beitrag in eine Direktversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG, welcher im Rahmen der Entgeltumwandlung vom Mitarbeiter finanziert wird.

Außerdem wird monatlich ein Arbeitgeberbeitrag im Rahmen einer Direktzusage gewährt.

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene stellen sich wie folgt dar:

Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen an ehemalige Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene

Mio. Euro	2015	2014
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	0,8	0,8
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	0,8	0,8
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	16,4	15,6
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	2,3	2,7
Pensionsrückstellung/aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	13,3	12,1

Als beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zugrunde gelegt.

Folgende für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erreichen einen wesentlichen Umfang im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Bank:

- Depotverwaltung
- Vermögensverwaltung
- Vermittlung von Versicherungs- und Bauspargeschäften
- Verwaltung von Treuhandkrediten
- EDV-Dienstleistungen

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank 2.263 (Vorjahr: 2.279) Mitarbeiter. Die Mitarbeiter verteilen sich wie folgt:

	2015		
	Männlich	Weiblich	Gesamt
Mitarbeiter Vollzeit	956	639	1.595
Mitarbeiter Teilzeit	43	625	668
Gesamt	999	1.264	2.263

Am 31. Dezember 2015 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.236 (Vorjahr: 2.254). Der Kreis der ausgewerteten Mitarbeiter schließt Auszubildende und seit 2015 auch Aushilfen und Praktikanten nicht mit ein. Um die Vergleichbarkeit zu wahren, wurden die Vorjahreszahlen an den Definitionskreis des Berichtsjahres angepasst.

Daneben waren 204 Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten bei der Oldenburgische Landesbank AG tätig.

Corporate Governance

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde im Dezember 2015 abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: <https://www.olb.de/dieolb/2626.php>) zugänglich.

Organvergütung und Kreditgewährung an Organe

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 290,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 315,3 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 26,8 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 3,48 % und 8,18 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 109,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 5,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 7,0 Tsd. Euro) ausgenutzt. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.771,7 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.715,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 0,81 % und 4,98 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 90,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 140,4 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 8,1 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,68 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 60,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,9 Tsd. Euro) ausgenutzt. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 446,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 366,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,43 % und 1,67 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Die Vergütung des Vorstandes gemäß HGB im Geschäftsjahr 2015 betrug 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2015 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 20.992 Stück RSU.

Für die Erhöhung der Pensionsrückstellungen der aktiven Vorstandsmitglieder wurden 556,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 752,7 Tsd. Euro) aufgewendet. Am 31. Dezember 2015 betragen die Pensionsrückstellungen der Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 1.545,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.048,8 Tsd. Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 0,9 Mio. Euro gezahlt. Der Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis belief sich auf 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,6 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 betrug 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2015 1 Tsd. Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG (zzgl. MwSt.).

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40 Tsd. Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 0,6 Tsd. Euro (jeweils zzgl. MwSt.).

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im zusammengefassten Lagebericht.

Im Folgenden ist eine Übersicht über den Anteilsbesitz der OLB AG dargestellt:

Anteilsbesitz

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigenkapital Mio. Euro	Periodenergebnis 2015 ¹ Mio. Euro	Periodenergebnis 2014 ¹ Mio. Euro
OLB-Service GmbH, Oldenburg	100	0,03	—	—
OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg	100	0,03	—	—

¹ Periodenergebnisse nach Ergebnisabführung

Mit den beiden aufgeführten Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Tsd. Euro	2015	2014
Abschlussprüfungsleistungen	821	905
Andere Bestätigungsleistungen	928	2.603
Gesamt¹	1.749	3.508

Honorare für den Abschlussprüfer

¹ Die Honorare werden ohne USt angegeben; vom Gesamtbetrag 2015 betreffen 3 Tsd. Euro das Vorjahr.

Mandate der Organmitglieder

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate (Stand: 31. Dezember 2015):

Andree Moschner (bis 30. September 2015)

Vorsitzender

Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Allianz
Deutschland AG, München

Rainer Schwarz

Vorsitzender (seit 1. Oktober 2015)

Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG,
München

Uwe Schröder

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg,
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Prof. Dr. Werner Brinker

Honorarprofessor an der CvO Universität Oldenburg und
Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG,
Rastede

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Enovos International S.A., Luxembourg (ab 1. Januar 2016)
- Enovos Luxembourg S.A., Luxembourg (ab 1. Januar 2016)
- Jacobs University, Bremen
- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Prof. Dr. Andreas Georgi

Honorarprofessor an der LMU München und Mitglied diverser
Aufsichtsräte, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück
(stellv. Vorsitzender)

Svenja-Marie Gnida

Betreuerin Freie Berufe, Oldenburgische Landesbank AG,
Osnabrück

Dr. Peter Hemeling (seit 1. Oktober 2015)

Chefsyndikus der Allianz SE, München

Stefan Lübbe

Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung Firmenkunden und
Private Banking Oldenburger Münsterland, Oldenburgische
Landesbank AG, Vechta

Prof. Dr. Petra Pohlmann

Professorin an der WWU, Münster

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Allianz Versicherungs-AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär der Vereinte Dienstleistungsgewerk-
schaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Carl-Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Wyker Dampfschiffsreederei Föhr-Amrum GmbH,
Wyk auf Föhr

Gabriele Timpe

Kundenberaterin, Oldenburgische Landesbank AG, Lähden

Christine de Vries

Organisatorin Prozesse und Projekte, Oldenburgische
Landesbank AG, Oldenburg

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate (Stand: 31. Dezember 2015):

Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Hilger Koenig

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien

Konzernmandat:

- OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Bilanzgewinn von 18,3 Mio. Euro aus. Zusammen mit dem bestehenden Vortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 18,8 Mio. Euro. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, einen Betrag in Höhe von 5,8 Mio. Euro zur Zahlung einer Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden. Der verbleibende Betrag in Höhe von 13,0 Mio. Euro soll für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgeschlagen werden.

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



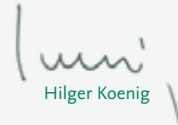
Patrick Tessmann
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



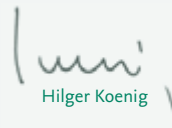
Patrick Tessmann
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a KWG Offenlegung durch die Institute

CRR-Institute haben auf konsolidierter Basis, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten, in denen die Institute über Niederlassungen verfügen, folgende Angaben in eine Anlage zum Jahresabschluss im Sinne des § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG aufzunehmen, von einem Abschlussprüfer nach Maßgabe des § 340k HGB prüfen zu lassen und offenzulegen:

1. Firmenbezeichnungen, Art der Tätigkeiten und geografische Lage der Niederlassungen:

Die Firma der Gesellschaft lautet: Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art, mit Ausnahme des Investmentgeschäfts, sowie von solchen Geschäften und Dienstleistungen, die den Absatz von Bank- und Finanzprodukten fördern können. Der Sitz der Konzerngesellschaften sowie aller Filialen (Niederlassungen) befindet sich in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Umsatz:

Als „Umsatz“ im Sinne des § 26a Absatz 1 Satz 2 KWG werden die laufenden Erträge gemäß des nach den IFRS aufgestellten Konzernabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesen:

Mio. Euro	2015	2014
Zinsüberschuss	239,1	237,2
Provisionsüberschuss	66,9	70,9
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2
Übrige Erträge	0,8	0,4
Laufende Erträge / Umsatz	314,7	312,7

3. Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten:

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB gemäß Konzernabschluss 2.272 (Vorjahr: 2.337) Mitarbeiter. Dies entspricht einer Mitarbeiterkapazität von 1.841 (Vorjahr: 1.915) Vollzeitäquivalenten.

4. Gewinn oder Verlust vor Steuern:

Als „Gewinn vor Steuern“ wird das im Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesene Ergebnis vor Steuern dargestellt:

Mio. Euro	2015	2014
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7

5. Steuern auf Gewinn oder Verlust:

Als „Steuern auf Gewinn“ wird der im Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesene Steueraufwand gemäß IAS 12 als Summe aus tatsächlichen und latenten Steuern dargestellt:

Mio. Euro	2015	2014
Steuern	14,3	9,8

6. Erhaltene öffentliche Beihilfen:

Im Berichtsjahr, wie auch im Vorjahr, erhielt die Oldenburgische Landesbank AG keine öffentlichen Beihilfen.

In ihrem Jahresbericht legen die CRR-Institute ihre Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, offen:

Als Nettogewinn auf konsolidierter Basis definiert die Bank das Ergebnis nach Steuern (Gewinn) im Konzernabschluss. Als Bilanzsumme auf konsolidierter Basis definiert die Bank die Summe der Aktiva bzw. Passiva im Konzernabschluss:

Mio. Euro	2015	2014
Nettogewinn / Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9
Bilanzsumme / Summe der Aktiva bzw. Passiva	13.629,2	14.135,7
Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme (Kapitalrendite)	0,23 %	0,18 %

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 17. März 2016
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

König
Wirtschaftsprüfer

Patzak
Wirtschaftsprüfer

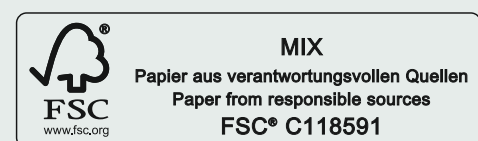
Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221-0
Telefax (0441) 221-1457
E-Mail olb@olb.de

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Zertifizierung



Veröffentlichungsdatum

30. März 2016

Dieser Bericht ist im Internet unter
www.olb.de abrufbar.

